Dienstag, 29. April 1986 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 99 - 18.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 400,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Mit mehr Komfort soll die Bahn besseren Zeiten entgegenrollen. Bei einem Besuch in der WELT-Redaktion schilderte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Reiner Gohlke, seine Pläne. Eine dritte Luxus-Klasse im Intercity, eine zweite komfortable Nahverkehrsbahn im Raum Hamburg und weitere Verträge mit den Bundesländern über neue Konzepte für Kurzstrecken sind Gohlkes Ziele. Sein bisheriger Erfolg läßt einiges für die Bahn erhoffen. Seite 12

POLITIK

Sockelrente: Eine „klare Absage" hat der Reichsbund den FDP-Plänen zu einer staatlich finanzierten Sockelrente erteilt. Der Vorsitzende Hermann Meyer unterstrich die mit Bundesarbeitsminister Blüm übereinstimmende Position, das in 100 Jahren gewachsene System der gesetzlichen Rentenversicherung habe sich bewährt.

Neuer Weg: Um soziale Hilfen auch in Zeiten knapper staatlicher Mittel finanzieren zu können, will der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband eine eigene Bank gründen. Zunächst wurde in Nordrhein-Westfalen eine Geldberatungsgenossenschaft mit einem Startkapital von 300 000 Mark ins Leben gerufen.

Flucht: Einem 25 Jahre alten Mann aus der „DDR" ist die Flucht nach Schleswig-Holstein gelungen. Er konnte die Grenzsperranlagen unverletzt überwinden.

Protest: Gegen den tätlichen Angriff paraguayanischer Polizisten auf den Presseattaché der deutschen Botschaft in Asuncion und ein ARD-Fernsehteam will die Bundesregierung „energischen Protest" einlegen. Botschafter Gracher hat außerdem Anweisung erhalten, zusätzlich eine Untersuchung des Vorgangs in die Wege zu leiten. (S. 5)

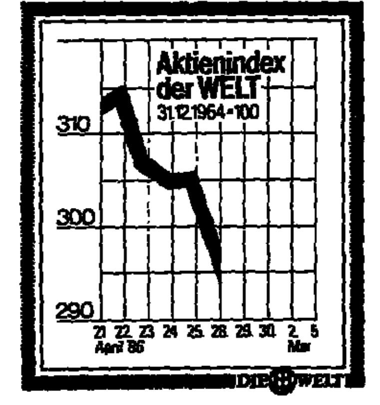
Botschafter: Erstmals will Südafrika einen Nicht-Weißen als Botschafter ins Ausland entsenden. Der 50 Jahre alte, als Mischling eingestufte Willie Hoods soll Pretoria in Kanada vertreten. Die Ernennung ist mit Ottawa noch nicht endgültig abgesprochen.

Haft: Der staatenlose Palästinenser Ahmad Nawaf Mansour Hasi bleibt in Berlin in Haft. Er steht in dem Verdacht, als „Gehilfe" an dem blutigen Sprengstoffanschlag auf die Berliner Diskothek „La Belle" beteiligt gewesen zu sein.

WIRTSCHAFT

EG-Haushalt: Die Bundesregierung wird vor 1988 keiner neuen Aufstockung der Mehrwertsteuer-Einnahmen der Europäischen Gemeinschaft zustimmen. Damit läßt sich absehen, daß die erforderlichen Mehraufwendungen für die Agrarpolitik nur durch Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen finanziert werden können. Bonn nannte es im Ministerrat notwendig, daß die Finanzierung der Landwirtschaftspolitik Vorrang habe. (S. 11)

Börse: Der schwache Dollar und andere Faktoren drückten die Kurse an den deutschen Aktienmärkten. Besonders Automobilaktien waren betroffen. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 298,13 (305,95). BHF Rentenindex 108,142 (108,110). BHF Performance Index 105,145 (105,085). Dollarmittelkurs 2,1713 (2,2050) Mark. Goldpreis pro Feinunze 343,15 (344,45) Dollar.



KULTUR

Avantgarde: Man kennt ein Gutteil der Bilder, die als Sammlung Ludwig unter dem Titel „Russische Avantgarde 1910–1930" in der Kölner Kunsthalle versammelt sind. Die Ausstellung handelt von jenen Avantgardisten, die sich im Einklang glaubten mit roter Revolution und diese mit „revolutionärer Kunst". (S. 19)

Funkenstiebend: Unter der Hand des Dirigenten Giuseppe Sinopoli hat sich Verdis Musik aufgebäumt mit verjüngter Spannkraft. Schon nach der Ouvertüre zur „Macht des Schicksals" im Münchner Nationaltheater bricht der Beifall los wie ein Orkan. Götz Friedrich hat einen aufregenden Opernabend gestaltet. (S. 18)

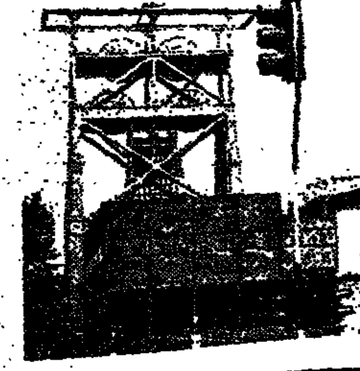
SPORT

Fußball: Franz Beckenbauer hat den Münchner Vorstopper Norbert Eder (30) in den Kreis der Nationalspieler berufen, die sich auf die Weltmeisterschaft vorbereiten. Auch Wolfgang Funkel von Bayer Uerdingen ist dabei. Dafür fehlen Falkenmayer (Frankfurt), Waas (Leverkusen) und Frontzeck (Mönchengladbach). (S. 9)

Eishockey: Kanada gewann bei der Weltmeisterschaft in Moskau die Bronzemedaille. Es besiegte die finnische Mannschaft durch ein Tor in der vorletzten Minute mit 4:3. Ein Unentschieden hätte den Skandinaviern zur ersten Medaille in der Geschichte des Eishockeys gereicht. Kanada hatte 1985 Silber gewonnen. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Bergwerk: In aller Stille kam im vergangenen August der „Deckel auf den Pütt", wie es im Ruhrpott heißt; die Zeche „Gneisenau" in Dortmund (Foto) war die vorletzte von vormals 14 Schachtanlagen, die stillgelegt wurde. Jetzt ist ein Förderverein dabei, aus der Zeche ein „Besucherbergwerk" zu machen – kein verstaubtes Museum, sondern ein lebendiges Zeitzeugnis. 13 Millionen Mark werden dazu benötigt; Oberbürgermeister Günter Samtlebe hofft auf die Unterstützung aller Städte des östlichen Ruhrgebiets. (S. 20)



„Frachtführer": Über die geheimnisvolle Fahrt mehrerer Güterzüge mit „duftender" Aluminium-Krätze aus der UdSSR quer durch die Bundesrepublik hüllt sich der „Frachtführer" Bundesbahn in Schweigen. Dieser Sondermüll soll im Westen entsorgt werden, zuletzt stank er auf Abstellgleisen dem Luftkurort Rotenburg/Fulda zum Himmel. (S. 20)

Aufschwung gewinnt an Kraft. Zahl der Arbeitslosen sinkt

Bundesregierung sieht sich durch die Wirtschaftsinstitute bestätigt

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Das Expansionstempo der deutschen Wirtschaft wird mit plus 3,5 Prozent in diesem Jahr höher sein als in den ersten drei Jahren des Aufschwungs. Und er wird auch 1987 anhalten. Mit diesem Urteil der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München stimmt die Bundesregierung überein.

Auch nach Ansicht der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft hat die Konjunktur nach der Pause im Winterhalbjahr, die wegen der Verlagerung der Wachstumskräfte von der Auslands- zur Binnennachfrage entstanden war, wieder an Kraft gewonnen. Die Institute führen dies auf den Rückgang des Ölpreises und der Zinsen zurück.

Die Bundesregierung fühlt sich in ihrer Ansicht bestätigt, daß der Aufschwung nicht am Arbeitsmarkt vorbeigeht. Nach dem Gutachten wird die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Laufe dieses Jahres um rund 300 000 zunehmen, verglichen mit 200 000 im vergangenen Jahr. Damit würden zwar immer noch rund eine halbe Million weniger Arbeitnehmer beschäftigt sein als auf dem Höhepunkt Ende 1980. Aber: „Zum ersten Mal seit 1979 wird es sowohl im Verlauf als auch im Durchschnitt des Jahres zu einer Abnahme der Arbeitslosenzahl kommen." Die Institute rechnen im Jahresdurchschnitt mit

SEITEN 2 UND 11: Weitere Berichte

2,23 Millionen Arbeitslosen gegenüber 2,39 Millionen 1985.

Nach ihrer Prognose werden die Ausfuhr und die Investitionen weiter deutlich zunehmen. Da die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 5,5 Prozent steigen dürften, wird mit einer Expansion des privaten Verbrauchs von 4,5 Prozent gerechnet. Ein solcher Anstieg sei zuletzt vor zehn Jahren registriert worden. Trotz der Steuersenkungen werde sich das Defizit der Gebietskörperschaften nur geringfügig erhöhen. Die Ausgaben des Staates dürften hinter der Zunahme des Bruttosozialprodukts zurückbleiben.

Die Belebung der Nachfrage rege die Produktion wieder an. Wegen der Pause im Winter dürfte das Gesamtergebnis nicht so günstig ausfallen, wie vielfach erwartet wird. Die Zuwachsrate des Sozialprodukts werde rund 3,5 Prozent betragen. Der Anstieg der Verbraucherpreise werde im weiteren Jahresverlauf insgesamt moderat sein, obwohl die Lohnstückkosten stärker steigen als 1985. Im Jahresdurchschnitt 1986 dürfte die Steigerungsrate mit rund 0,5 Prozent so niedrig sein, wie zuletzt 1954.

In ihren wirtschaftspolitischen Überlegungen mahnen die Institute eine mittelfristige Strategie an, um ein dauerhaft höheres Wachstum abzusichern. Für die Lohnpolitik hieße das, die Abschlüsse sollten stärker differenziert und der Spielraum aufgrund der gesunkenen Ölpreise nicht ausgenutzt werden. Positiv wird der Kurs der Bundesregierung zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Verminderung der Steuerbelastung gewürdigt. Kritisiert wird sie, da die Ordnungspolitik auf der Strecke geblieben sei. So sei das Volumen der Subventionen nicht kleiner, sondern größer geworden.

DER KOMMENTAR

Der Wind dreht sich

MICHAEL JACH

Plötzlich ist im Niedersachsen-Wahlkampf kaum noch die Rede von Arbeitslosigkeit und den Sorgen der Landwirtschaft. Das Thema Terrorismus beherrscht die Diskussion. Aber wo eben noch der SPD-Spitzenkandidat Schröder dem Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) vorwarf, „zur Bekämpfung des Terrors terroristische Mittel" angeordnet zu haben, erklärt jetzt der SPD-Bundesvorstand betreten, Albrecht möge sich nicht „mit einer Affäre von vorgestern ... als Held und Staatsmann präsentieren".

Warum nicht? Weil es der SPD offenbar peinlich ist, daß die Bevölkerung Albrecht keineswegs, wie Schröder und die Grünen es gern hätten, als Staatsterroristen betrachtet, sondern eben als Staatsmann, der den Mut hatte, etwas Unkonventionelles gegen die Terroristen zu tun.

Daß die SPD ihre Fehlkalkulation einsieht, ergibt sich auch aus der Weigerung ihrer Fraktion im Niedersächsischen Landtag, sich der Allianz aus Grünen-Fraktion und Gerhard Schröder anzuschließen – die hatten eine öffentliche Landtags-Sondersitzung verlangt. Die SPD-Fraktion stimmte zunächst nur einer geheimen Sitzung des Landtags-Innenausschusses zu. Ihr Spitzenkandidat ist nicht nur dadurch blamiert, sondern auch durch die Tatsache, daß der SPD-Fraktionsvorsitzende Ravens, Schröders Vorgänger als SPD-Spitzenbewerber in Niedersachsen, von der Sprengung Bescheid wußte und sie jedenfalls nachträglich mitgetragen hat. Und daß Schröder lospolterte, ohne dies vorher geklärt zu haben.

Inzwischen äußert Schröder sich behutsamer. Immer mehr kommen Einzelheiten über die Beteiligung der Bundesregierung Schmidt ans Licht. Der SPD-Bundesvorstand aber gebraucht den Ausdruck „leichtfertig" im Zusammenhang mit einem Schritt, den die SPD/FDP-Bundesregierung von 1978 verantwortet. Jeder blamiert sich, so gut er kann.

GSG 9 bekam „mündlichen Befehl"

Herold wußte nichts von Celler Aktion / Maihofer schrieb am 11. Mai 1978 an Börner

DW. Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) ist überzeugt, daß die SPD/FDP-Bundesregierung 1978 über den Sprengstoffanschlag informiert war. In einem „Bild"-Interview sagte Zimmermann: „Die damaligen Bonner Verantwortlichen sollten heute so ehrlich sein und zu dieser sachlich begründeten und rechtlich zulässigen Aktion stehen."

Aus einem geheimen Schreiben des damaligen Innenministers Maihofer (FDP) an den hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) geht hervor, daß höchste Bonner Regierungsstellen in die Aktion eingeschaltet waren. In dem Brief vom 11. Mai 1978 bittet Maihofer Börner um die vorzeitige Entlassung jenes Strafgefangenen, der später als V-Mann in das Celler Gefängnis eingeschleust wurde.

Der Befehl für den Sprengstoffanschlag soll in „mündlicher Form" an die GSG 9 ergangen sein. Aus Sicherheitskreisen war zu erfahren, daß davon ausgegangen werden muß, „daß dieser Befehl aus dem Innenministerium gekommen ist". Der frühere Innenstaatssekretär Siegfried Fröhlich dazu: „Ja, wir waren mit dem Fall befaßt." Der niedersächsische Innenminister Egbert Möcklinghoff sagte, daß der Generalbundesanwalt „umfassend informiert" worden sei, wie aus eindeutigen Aktenvermerken hervorgehe. Und der niedersächsische CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann verwies darauf, auch der spätere niedersächsische

SEITE 4: Notsituation von 1978

SPD-Oppositionsführer Karl Ravens habe von der Aktion gewußt. Ravens fühle sich noch heute an seine Schweigepflicht gebunden.

Niedersachsens SPD-Spitzenkandidat Gerhard Schröder hätte sich anstelle von Ravens wohl anders verhalten, erklärte er. Schröder wolle diesen aber deswegen nicht kritisieren. Der SPD-Bundesvorstand hat den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht davor gewarnt, sich „als Held und Staatsmann zu präsentieren".

„Zu keiner Zeit ist auch nur eine ähnliche Sache erörtert worden", sagte der damalige Regierungssprecher Klaus Bölling. Er widersprach damit Albrecht, der erklärt hatte, die Aktion sei in der „Kanzlerlage" besprochen worden. Auch der einstige Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Horst Herold, erklärte gegenüber der WELT: „Ich habe von diesem Vorgang keine Kenntnis gehabt." Und weiter: „Ich hätte einer solchen Aktion nicht zugestimmt, und zwar aus Rechtsgründen."

Holger Pfahls, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, verteidigte die Celler Aktion und sagte, er hoffe, daß in ähnlichen Situationen wieder so gehandelt werde. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler glaubt, daß durch den Anschlag der CDU keine Nachteile entstehen. Die Bevölkerung wisse, daß man den Terrorismus „nicht mit Pfeil und Bogen" bekämpfen könne.

Kohl sagt Indien mehr Kapitalhilfe zu

Co. Neu Delhi

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern zum Auftakt seines zweitägigen offiziellen Besuchs in Indien die „bedeutende Rolle" betont, die der Subkontinent in der Asienpolitik der Bundesrepublik Deutschland spiele. Er kündigte eine Aufstockung der Kapitalhilfe an Indien von 360 auf 395 Millionen Mark für dieses Jahr an. Der Kanzler sagte, Bonn wünsche eine Intensivierung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Neu Delhi.

Seite 10: Technologien weitergeben

Ein Werbe-Riese aus den USA

DW. New York

In den USA entsteht ein neuer Riese der Werbewirtschaft. Drei der größten amerikanischen Werbeagenturen haben in New York ihren Zusammenschluß bekanntgegeben: Die Unternehmen Batten Barton Durstine and Osborne (BBDO), Doyle Dane Bernbach (DDB) und Needham Harper. Zu den Kunden gehören unter anderen Volkswagen und Audi. Das Ziel des Zusammenschlusses ist die Schaffung „einer weltweiten kreativen Supermacht", sagte BBDO-Präsident Allen Rosenshine.

Polizei beendet Streik in Kairo

DW. Kairo

Zum dritten Mal in diesem Jahr haben Polizeikräfte einen Streik in einer Fabrik in Kairo beendet und zahlreiche Arbeiter verhaftet. Sicherheitskräfte drangen auf das Gelände der staatlichen Esko-Baumwollspinnerei im Norden der ägyptischen Hauptstadt vor und nahmen 150 Arbeiter fest. Die Beschäftigten hatten mit ihrem Ausstand am Sonntag abend begonnen, um ihrer Forderung nach Bezahlung des arbeitsfreien Freitages Nachdruck zu verleihen.

Peres lobt König von Jordanien

DW. Tel Aviv

Israels Ministerpräsident Shimon Peres hat bestätigt, daß zwischen Israel und Jordanien Kontakte aufgenommen worden sind. Peres sprach von „stiller Diplomatie" und lobte König Hussein von Jordanien dafür, daß dieser seine Vereinbarungen mit der PLO aufgekündigt habe. Syriens Staatspräsidenten Hafis el Assad warf Peres „gefährliche Träume" vor, er wolle der einzige anerkannte Führer der arabischen Welt werden.

Seite 5: Geheime Diplomatie

Israel fordert Vergeltung gegen Syrien

Außenminister Schamir für Militär-Aktionen / Thatcher sichert USA Hilfe zu / Genscher in Algier

DW. Abu Dhabi/Washington

Die libysche Führung hat zu verstehen gegeben, daß Oberst Khadhafi nicht am geplanten Gipfeltreffen der Arabischen Liga teilnehmen wird. Informationsminister Fittori wurde in der arabischen Presse mit der Bemerkung zitiert, es sei wichtig, daß die Konferenz überhaupt abgehalten werde, und nicht, wer daran aus Libyen teilnehme. Zugleich bestätigte der Minister, daß Libyen ernsthaft an einen Beitritt zum Warschauer Pakt denkt. Neutralität sei „für ein kleines Land wie Libyen sinnlos, wenn eine Supermacht wie die USA sie einfach zerschlägt". Bundesaußenminister Genscher informierte sich zum Auftakt seiner Gespräche in Algier über die Pläne für die arabische Konferenz, bei der die amerikanisch-libysche Konfrontation und die gespannte Lage im Mittelmeerraum im Vordergrund stehen sollen.

Unterdessen sprach sich US-Außenminister Shultz für die Möglichkeit geheimer Operationen als eine der Formen amerikanischer Aktionen gegen Khadhafi aus. In einem CBS-Interview zeigte sich Shultz zugleich davon überzeugt, daß auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Tokio „sehr große Übereinstimmung" über eine Strategie gegen den Terrorismus erzielt werde. Shultz versicherte, daß es keinerlei Pläne zur Ermordung des libyschen Revolutionsführers gäbe, auch wenn Oberst Khadhafi ein Terrorist und damit ein Teil des Problems sei.

Die britische Premierministerin Thatcher verteidigte die britische Hilfe bei dem amerikanischen Luftangriff auf Ziele in Libyen und schloß eine künftige Unterstützung Washingtons bei ähnlichen US-Einsätzen gegen Iran und Syrien nicht aus. In einem BBC-Interview erklärte Frau Thatcher, sie glaube, daß der amerikanische Militäreinsatz gegen Libyen berechtigt gewesen sei.

Neben Libyen sollte nach Ansicht von Israels Außenminister Schamir auch Syrien Ziel von westlichen Vergeltungsmaßnahmen sein. Er begründete seine Forderung mit der Verwicklung Syriens in terroristische Aktivitäten. Bei einem Gespräch mit dem stellvertretenden norwegischen Außenminister Froysness in Tel Aviv kritisierte Schamir auch die europäischen Staaten, die die USA nicht ausreichend unterstützten. Der einzige Weg, Damaskus und Tripolis zu überzeugen und von der weltweiten Unterstützung des Terrorismus abzuhalten, seien militärische Aktionen wie der jüngste Angriff der USA gegen libysche Ziele.

In dieser Woche nehmen „Pan American World Airways" und „Aeroflot" wieder ihre Flugverbindungen zwischen den USA und der Sowjetunion auf. Da amerikanische Touristen aus Angst vor Terroranschlägen in diesem Jahr weniger nach Westeuropa und in den Mittelmeerraum reisen wollen, rechnet die amtliche sowjetische Reiseagentur „Intourist" damit, daß 40 Prozent mehr Amerikaner als im Vorjahr die UdSSR besuchen werden.

„Unwesen der Fotokopie"

DW. Heidelberg

In der Bundesrepublik Deutschland werden jährlich 25 Milliarden Fotokopien hergestellt; schon macht das Wort vom Kopien-Unwesen die Runde. 20 Prozent davon entfallen auf urheberrechtlich geschützt Texte. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der „Berner Konvention" äußerten Verleger und Buchhändler scharfe Kritik an der Befreiung der Wirtschaft und der Verwaltung von der „Betreibervergütung" der Fotokopie.

Seite 19: Raubkopierer sind unter uns

Brandt stützt Absage an Grüne

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat sich hinter die Absage des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten Rau an eine rot-grüne Koalition nach der Bundestagswahl gestellt. Vor dem Parteivorstand widersprach Brandt dem südhessischen SPD-Vorsitzenden Görlach, der sich für Bündnisverhandlungen mit den Grünen eingesetzt hatte. Brandt betonte, er stütze die Haltung Raus, der versichert hat, er würde nicht Kanzler, wenn dies nur mit den Grünen ginge.

Ein Programm für die Spitzenforschung

DIETER THIERBACH, Bonn

Für Heinz Riesenhuber ist es „ein wichtiges Ereignis in der deutschen Forschung". Jetzt soll endlich Ernst gemacht werden mit dem oft gebrauchten Wort vom „Vertrauensvorschuß": Ein Programm soll die deutsche Spitzenforschung in ungewöhnlicher Weise fördern.

Die Vergabe der ersten Förderpreise für deutsche Wissenschaftler durch das Gottfried-Wilhelm-Leibniz-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) nahm ihr Präsident Hubert Markl gestern zum Anlaß, für die „geradezu märchenhafte Freiheit" zu danken, die Vater Staat jetzt den elf ausgezeichneten Forschern und Forschergruppen gewähre. „Sie können damit nach eigener Entscheidung fast alles tun", so Markl, „was ihrer Forschungsarbeit förderlich ist – nur ihr Gehalt können sie damit nicht erhöhen ..."

In den kommenden neun Jahren stehen insgesamt 150 Millionen Mark für diesen Zweck zur Disposition. Jeweils zehn – es können auch mal mehr sein – herausragende Forscher sollen im Einzelfall bis zu drei Millionen Mark über einen Zeitraum von fünf Jahren zur – fast – freien Verfügung erhalten. Die Wissenschaftler sind, wie es im korrekten Amtsdeutsch heißt, „weitgehend von administrativen Vorgaben befreit". Einige der Preisträger werden die Finanzspritze dazu verwenden, um exzellente Nachwuchs-Wissenschaftler an ihre Arbeitsgruppe zu binden. Ob der Versuch gelingen wird, sie von einem Karriere-Trip in lukrative Industrie-Positionen oder gar einem verlockenden Ruf an ferne Elite-Unis abzuhalten, wird sich zeigen.

140 eingegangene Vorschläge waren auf Eignung zu sichten. Nicht in die „engere Wahl" kamen solche, bei denen, so Markl, „die Bewilligung aus Altersgründen eher den Charakter der Prämierung eines Lebenswerkes bedeutet hätte". So präsentiert sich eine „erfreulich ausgewogene Mischung aus Jugendlichkeit und bestem Mannesalter". Der Wisenschaftler-Aufmarsch mutet illuster an: Da treten der Kernphysiker neben dem Althistoriker, der Philosoph neben dem Genforscher an.

Die ersten Förderpreise erhielten der Historiker Geza Alföldy (Heidelberg), der Physiker Dietrich Dörner (Bamberg), der Philosoph Jürgen Habermas (Frankfurt), das Forscherteam des Ökologen Ludwig Lange und des Biochemikers Ulrich Heber (Würzburg), der Biochemiker Hartmut Michel (Max-Planck-Institut Martinsried), die Biologen-Forschergruppe Christiane Nüsslein-Volhard und Herbert Jäckle (Max-Planck-Institut Tübingen), der Gießereiexperte Peter R. Sahm (TH Aachen), der Laserphysiker Fritz Peter Schäfer (Max-Planck-Institut Göttingen), der Festkörperphysiker Frank Steglich (TH Darmstadt), der Experimentalphysiker Albert H. Walenta (Siegen) und der Physiker Julius Wess (Karlsruhe).

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Museum für Deutschland

Von Eberhard Nitschke

Eine Woche, nachdem die „Konzeption für ein Deutsches Historisches Museum" für Berlin von einer Sachverständigenkommission in Bonn Bundeskanzler Helmut Kohl überreicht worden war, ist das achtzigseitige Schriftstück nun auch der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Nichts deutet zunächst darauf hin, daß die Pläne für die Ausgestaltung zukünftiger Museumssäle in einem Gebäude, das am Platz der Republik gegenüber dem Reichstag in Berlin stehen soll, irgendwelche Absonderlichkeiten zu berücksichtigen hätten. Und doch zeigt das Mißtrauen, das dem Projekt seit Bekanntwerden von manchen Gruppen entgegengebracht wurde, und zeigt die Angabe, daß die sechzehn Mitglieder der Sachverständigenkommission sich „zusammengerauft" hätten, als sie in einem halben Jahr Arbeit das Werk zustande brachten, welche Schwierigkeiten sich auftürmen.

Nun sollte die Angst, in dem Museum könne sich irgendeine Regierung in ihr nicht zukommender Weise von einer vorteilhaften Seite zeigen wollen – oder, was näher liegt: es könnte eine gewisse politische Richtung die Linie bestimmen – durch die eingebauten Sicherungen ausgeräumt sein. Zudem: der Aufbau des Museums in Berlin wird sich in Zeiträumen vollziehen, in denen die von einer Entscheidungsfindung sowieso ausgeschlossenen Politiker wechseln werden, und die Gefahr weltanschaulicher statt wissenschaftlicher Veranstaltungen müßte abnehmen. Mit was für Zeiträumen gerechnet werden muß, geht schon aus der Einschränkung hervor, mit der Bundesbauminister Oscar Scheider am Montag in Bonn von der eigentlich für den 27. Oktober 1987, das Stadtjubiläumsdatum von Berlin, angesetzten Grundsteinlegung am vorgesehenen Bauplatz abrückte, indem er nur noch von einer „definitiven Widmung" des Hauses als Geschenk des Bundes an die alte Reichshauptstadt zu diesem Datum sprach.

Trotz aller Stolpersteine auf dem Wege, die man jetzt schon sehen kann: das Museum wird gebaut. Der Appell an die privaten Stifter könnte ein Echo finden, das die Zauderer überwältigt.

Gipfel-Abkühlung

Von Jürgen Liminski

Ein aufmerksamer Beobachter stellte fest, daß auf den europäischen Straßen in diesen Wochen mehr aufgeregte Menschen zum Protest wider Reagans Vergeltungsschlag gegen Libyen zusammenliefen als in den arabischen Städten. Man könnte hinzufügen: Manche europäischen Minister sehen in der amerikanischen Aktion und ihren Folgen offenbar eher eine Bedrohung als ihre arabischen Kollegen. Denn die Dringlichkeitssitzung der Arabischen Liga, die drei Wochen nach dem Schlag von Tripolis stattfinden sollte, wird möglicherweise ausfallen – mangels Masse sozusagen.

Der Antragsteller, Revolutionsführer Khadhafi, wird seinem eigenen Antrag nicht Folge leisten. Er komme wahrscheinlich nicht zum Gipfel; wichtig sei, daß die Konferenz abgehalten werde, und nicht, wer daran teilnimmt, heißt es im libyschen Informationsministerium.

Die Verwirrung um den arabischen Gipfel hat eine einfache Erklärung. Irak wollte noch andere Themen zur Sprache bringen – zum Beispiel die einseitige libysche Unterstützung für den Kriegsgegner am Golf –, über die mit Sicherheit noch weniger Einigung erzielt worden wäre als zwischen europäischen Ministern. Da sagt man lieber ab. Syrien hat bereits abgewinkt, Iran zeigt ebenfalls wenig Begeisterung. Wenn aber die Hauptmatadore des Terrorismus nicht teilnehmen, was soll dann die Veranstaltung?

Nun werden Kritiker der Araber sich bestätigt finden und vielleicht sogar an die bösen Worte des seinerzeitigen Vizekönigs von Ägypten, Lord Cromer, erinnern, der meinte, der „Islam behindert die Entwicklung des logischen Denkens". Man darf das nicht verallgemeinern. Es wäre ja durchaus logisch, den Gipfel noch einmal zu vertagen. Bedauern würden es ohnehin nur einige Europäer.

Zum Beispiel der deutsche Außenminister. Er hofft auf ein starkes Gipfelwort aus Algerien, in dem er ein Kernstück einer euro-arabischen „Front der Vernunft" im Kampf gegen den Terrorismus sieht. Auch manche PLO-Terroristen sehen in Algerien ein Kernstück. Arafats Mann für heikle Operationen, Abu Iyad, nennt die Freunde in Algier „Waffenbrüder". Die lassen sich so vielseitiges Werben gern gefallen.

Freiheit für den Mörder?

Von Rolf Görtz

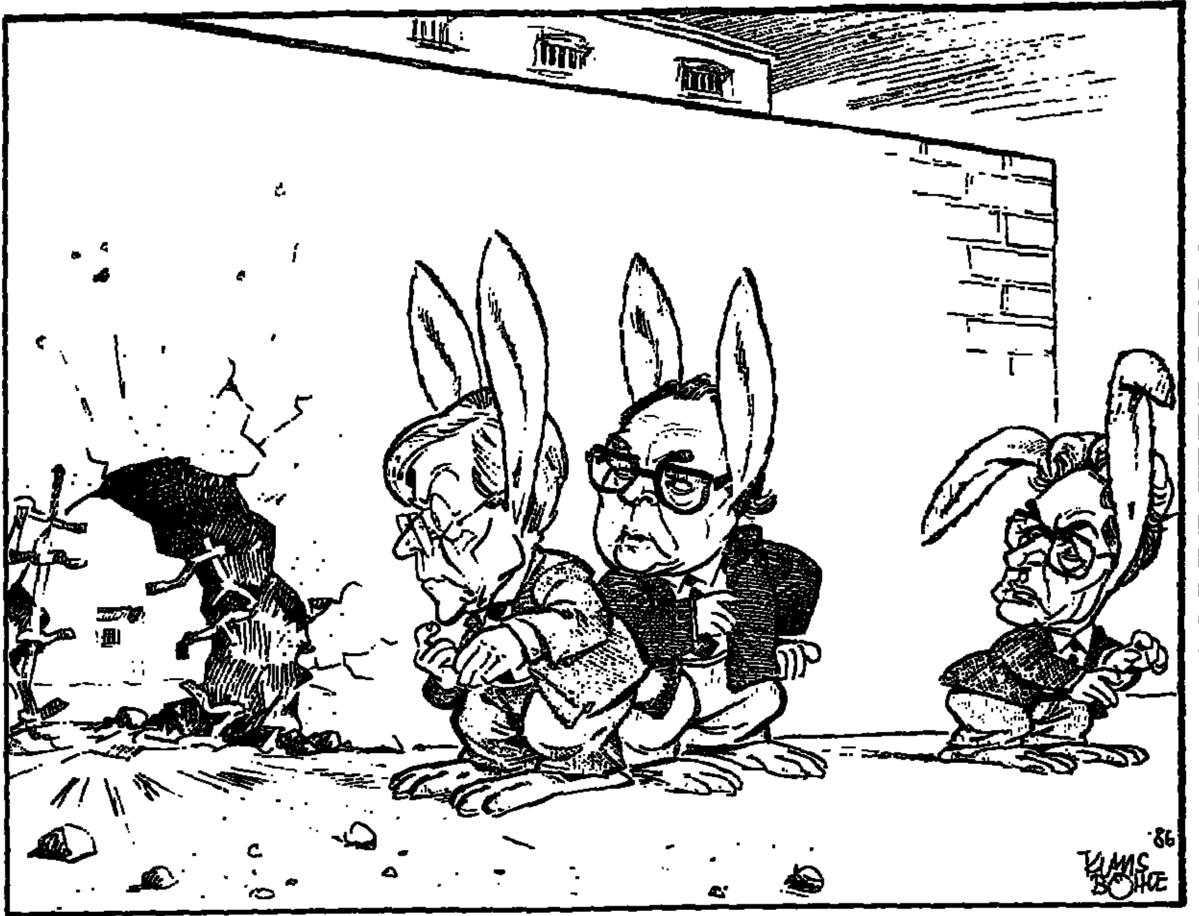
Die Nachricht von der Festnahme des Chefs der baskischen Terrororganisation ETA, Domingo Iturbe Abasolo alias Txomin – er genießt in Frankreich politisches Asyl, hatte aber vor zwei Jahren dem ihn zugewiesenen Wohnsitz in Tours unerlaubt verlassen –, löste eine Nachtsitzung des spanischen Innenministers Barrio Nuevo mit seinen Spezialisten in Madrid aus. Denn wenn die spanische Polizei keine triftigen Unterlagen für eine Auslieferung vorlegen kann, muß Txomin bereits am Dienstag wieder freigelassen werden. Txomins Fernsteuerung der Entführung des Präsidenten vom Fußballclub Athletic Bilbao – der Grund für die zuletzt geforderte Auslieferung – kann nach Lage der Dinge bestenfalls zu einer Verlängerung der Haft des Chefterroristen führen.

Aber die Festnahme durch eine Polizeistreife in Südfrankreich dürfte sich nicht so zufällig ereignet haben, wie es den Anschein hat. Nur wenige Tage vorher hatte der französische Innenminister Charles Pasqua in Den Haag bei der europäischen Anti-Terror-Konferenz seinen spanischen Kollegen José Barrio Nuevo kennengelernt und ihm im Rahmen des möglichen jede Unterstützung versprochen.

Txomin (42) floh vor siebzehn Jahren nach einer Reihe von Attentaten nach Frankreich, wo ihm Asyl gewährt wurde. Dennoch beteiligte sich der Chef der Kommandos des „militärischen Apparates" der ETA weiterhin auch persönlich an Attentaten im Baskenland und in Madrid.

Dem jüngste ETA-Anschlag in Madrid erlagen fünf Polizisten, vier weitere wurden teilweise sehr schwer verletzt. Nur durch einen zeitlichen Zufall wurden nicht auch eine gebärende Mutter, das Baby, Ärzte und Schwestern zu Opfern. Das Bombenauto hatte man direkt vor dem Kreißsaal einer großen Frauenklinik abgestellt, dessen Wand auch zerbarst.

Vielleicht helfen Zusammenhänge dieser Art, Rechtsfragen im Zusammenhang mit einem Berufsmörder zu klären. Auch dann, wenn die Etarras neuerdings – nachdem sie mehr als fünfhundert Menschen umgebracht haben – Interesse an politischen Verhandlungen signalisiern.



Das Gedächtnis-Loch KLAUS BÖHLE

Sackgasse am Hindukusch

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Moskauer „Prawda", sonst eher als Hüterin der einheitlichen Generallinie bekannt, stellt ihre Leser im Fall Afghanistan vor ein Rätsel. Einmal druckt das sowjetische Parteiorgan ein Glückwunschtelegramm des Kreml an die afghanischen Kommunisten – Parteichef Babrak Karmal und Regierungschef Sultan Ali Kischtmand – ab, in welchem beifällig versichert wird, „breite progressive demokratische Kräfte" unterstützten den konstruktiven Kurs der Regierung in Kabul.

In ihrem Leitartikel aus gleichem Anlaß aber schlägt die „Prawda" ganz andere Töne an. Hier finden sich Formulierungen, die eine scharfe Moskauer Kritik am Karmal-Regime und dessen ungenügender Verankerung im Volk erkennen lassen. Wie in solchen Fällen üblich, bringt die „Prawda" ihren ätzenden Geburtstagsgruß an die afghanischen Genossen sorgfältig verpackt dar. Wörtlich schreibt das Moskauer Zentralorgan: „Unzufriedenheit mit dem, was bislang getan wurde, scharfe Kritik an den Unzulänglichkeiten, die den revolutionären Prozeß in Afghanistan behindert haben, konnten aus den Beschlüssen des (afghanischen) Revolutionsrats vom vergangenen Herbst abgelesen werden."

Es bestehe die Notwendigkeit, heißt es weiter in dem „Prawda"-Artikel, die „gesellschaftliche Basis der Revolution zu verbreitern". Eine solche Formel stellt aber nichts anderes dar als ein Eingeständnis, daß die afghanischen Kommunisten entweder gar keine oder ungenügende Unterstützung in den „Volksmassen" genießen. Anders gesagt: Die „Prawda" gibt indirekt zu, daß die Mehrheit der Bewohner Afghanistans das gegenwärtige, von sowjetischen Panzern und Bajonetten gestützte Regime als Fremdherrschaft betrachtet.

Das also ist die Wahrheit (russisch: „Prawda"). Damit sind auch alle in westlichen Medien – zuletzt in einem Hamburger Nachrichtenmagazin – verbreiteten Behauptungen ad absurdum geführt worden, wonach die Bevölkerung in Afghanistan sich mit dem kommunistischen Regime und der sowjetischen Herrschaft abgefunden habe, weil eben alle wichtigen Zentren und Verkehrswege von russischen Truppen beherrscht würden. Hätte es wirklich eine Konsolidierung der sowjetischen Position gegeben, dann müßte heute keine Kritik an den einheimischen Genossen geübt werden.

Die Schwierigkeit der ideologisch-propagandistischen Bewältigung des Afghanistan-Krieges wird aus parteioffizieller Darstellung des Kampfes eines jungen Sowjetsoldaten in Afghanistan (in der „Literaturnaja Gaseta") erkennbar. Bisher galt der Partisanenkrieg als fortschrittliches Element der revolutionären Strategie. Die Heldengeschichten von tapferen Partisanen, die – in den russischen Wäldern gegen die Deutschen oder in Vietnam gegen die Amerikaner – die Fahne der Revolution hochhielten, gehörten bisher zum Lesestoff von Schulkindern und Komsomolzen in der ganzen UdSSR.

In Afghanistan aber hat sich das Blatt gewendet. Hier liegen die Partisanen im Hinterhalt gegen die Weltrevolution, werden „Banditen" genannt und von den sowjetischen Truppen bekämpft. Das schafft Probleme für das ideologische Bewußtsein; da stellt sich auch für nicht besonders aufgeweckte Soldaten die Frage: Wofür setze ich eigentlich mein Leben aufs Spiel?

Manches deutet darauf hin, daß innerhalb der sowjetischen Führung auch in der Afghanistan-Frage ein schwerer Konflikt ausgebrochen ist. Offenbar sind jene Kreise,



Aussichtslose Lage: Kabuls Regierungschef Sultan Ali Kischtmand FOTO: CAMERA PRESS

die ihre Hoffnungen auf Babrak Karmal setzten, gegenüber den Kritikern in die Defensive geraten. Denn Karmal, der mit der Sowjetinvasion im Dezember 1979 nach Kabul gelangte, nachdem sein Vorgänger und Genosse Amin, offenbar von sowjetischen Spezialkommandos, erschossen worden war: dieser Karmal hat nun im Karussell der afghanischen KP-Führer auch nicht das halten können, was man sich in Moskau von ihm versprach. Vielleicht ist das auch der Grund, warum er auf der Militärparade in Kabul durch Abwesenheit glänzte und warum sein Name bei der Übertragung der Feierlichkeiten nur ein einziges Mal im Kabuler Regime-Rundfunk erwähnt wurde.

Andererseits fällt auf, daß das sowjetische Fernsehen sein Konterfei publizierte. Und da ist das Telegramm auf der „Prawda"-Titelseite. Das Durcheinander könnte darauf hindeuten, daß sich Karmal in einem Schwebezustand zwischen Gnade und Ungnade befindet.

Gorbatschow steht in Afghanistan vor der Quadratur des Kreises. Ein Rückzug der sowjetischen Truppen, von dem neuerdings gerüchteweise viel die Rede ist, müßte das „realsozialistische" Regime von Kabul zum Einsturz bringen. Schon die jetzige Moskauer Kritik muß bei den zerstrittenen afghanischen KP-Kadern Unbehagen bis Panik wecken: hier weiß man sehr wohl, daß es eine furchtbare Abrechnung geben wird, wenn die Kommunisten eines Tages die Macht verlieren sollten. Eine Fortsetzung des bisherigen Kurses bedeutet aber, daß Moskaus Position in Asien und vor allem der islamischen Welt weiter geschwächt wird und sich Rückwirkungen auf die Moslems in Sowjetisch-Zentralasien nicht vermeiden lassen.

Gorbatschow muß also zur Erkenntnis gelangen: die Lage in Afghanistan ist so verfahren, daß alles, was er und seine Leute machen, sich letztlich negativ auswirkt. Ein Einlenken wäre ebenso katastrophal für die sowjetische Sache wie ein Weitermachen im Partisanenkrieg samt den unvermeidlichen Verlusten an sowjetischen Menschenleben. Der Fall Afghanistan gewinnt damit grundsätzliche Bedeutung für das Sowjetsystem selbst.

IM GESPRÄCH Benno Erhard

Der Bauernadvokat geht

Von Henning Frank

In seinem Dienstzimmer hängt seit einigen Monaten ein großflächiges Bild, dessen grelle Farben so gar nicht zu dem konservativen Katholiken passen. Das „Gemälde", das Benno Erhard von seiner China-Reise mitgebracht hat, ist wohl auch nicht nach seinem Geschmack. Sein sprichwörtlicher Gerechtigkeitssinn ließ es aber nicht zu, das Geschenk eines jungen Insassen eines chinesischen Umerziehungslagers vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Auch in diesem Fall will der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesjustizministers Flagge zeigen. Das hat er übrigens auch in den Gesprächen mit der chinesischen Führung getan, als er sich nachdrücklich für die Haftentlassung des katholischen Erzbischofs von Shanghai einsetzte. Daß dieser kurze Zeit später nach fünfunddreißigjähriger Gefangenschaft freikam, will er sich allerdings nicht als Verdienst anrechnen lassen.

Der 63jährige Rechtsanwalt aus dem hessischen Bad Schwalbach, der zu den wenigen profilierten Rechtspolitikern im Bundestag gehört, wurde in den letzten zweieinhalb Jahren nicht gerade vom Glück verwöhnt. Ende 1983 gab er das Amt des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, in das er 1982 mit der höchsten Stimmenzahl von seinen Kollegen gewählt worden war, um auf ausdrücklichen Wunsch des Bundeskanzlers die Nachfolge seines Parteifreundes Professor Hans Hugo Klein im Bundesjustizministerium anzutreten. Er ahnte zwar, was ihm bevorstand, aber der Umfang der politischen Enthaltsamkeit, die das erste Staatsamt in seiner fast dreißigährigen politischen Tätigkeit ihm abverlangte, war größer als in seinen schlimmsten Erwartungen. Benno Erhard, der bis dahin auf der freien politischen Wildbahn zu Hause war und es weder seinen Gegnern noch sich selbst leicht gemacht hatte, mußte sich plötzlich Zügel anlegen. Vor allem: da der Christdemokrat, der seit



Erfrischende Offenheit: Benno Erhard FOTO: JUPP DARCHINGER

1965 mit Mehrheiten bis zu 55 Prozent – 1983 waren es 54,6 Prozent – zum Direktkandidaten des Wahlkreises Rheingau-Taunus-Limburg gewählt wurde, Parlamentarischer Staatssekretär in einem FDP-Ministerium ist, mußte er nicht selten Kritik an der allzu „liberalen" Handschrift seines Hauses unterdrücken.

Auch wenn entgegen seinen eigenen Versicherungen sein Einfluß auf die Rechtspolitik nach wie vor sehr groß ist, hatten seine Parteifreunde doch Verständnis dafür, daß Benno Erhard im Frühjahr 1987 wieder in die politische Arena zurückkehren wollte. Das um so mehr, als er es meisterhaft versteht, komplizierte Rechtsfragen jedermann verständlich zu machen. Und daß er den politischen Gegner direkt in einer geradezu erfrischenden Offenheit angreift, ist im heutigen Parlament der Berufspolitiker auch nicht die Regel.

Es sind familiäre Gründe, die Benno Erhard anderen Sinnes werden ließen. Im März 1987 verläßt dieser Vollblutpolitiker Bonn, um sich wieder seiner Anwaltskanzlei („ich bin nur ein Bauernadvokat!") in Bad Schwalbach zu widmen. Die Hoffnung, daß er der Rechtspolitik trotzdem erhalten bleibt, begleitet ihn.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Saarbrücker Zeitung

Sie schreibt zur Agrarmisere der EG:

Die Mühe und der Schweiß, die in der vergangenen Woche vier Tage und vier Nächte lang in Luxemburg vergeudet wurden, vermögen unter dem Strich aber auch wirklich keinen der zwölf Akteure und schon gar nicht die elf Millionen EG-Bauern auch nur annähernd zu befriedigen ... Es ist nichts mehr als ein spröder Kitt, mit dem die nun 24 Jahre alte gemeinsame Agrarpolitik notdürftig zusammengehalten wird.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie kritisieren den Bundeskanzler wegen seiner Waldheim-Äußerungen:

Es wird das Geheimnis des deutschen Bundeskanzlers bleiben, was ihn bewogen hat, sich in dieser massiven Art und Weise für den umstrittenen österreichischen Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim auszusprechen. Jene Österreicher, die auch ohne die guten Bonner Ratschläge für Waldheim votieren werden, brauchten die beflissene Botschaft Kohls nicht, um sich bestärkt zu fühlen. Die anderen Österreicher hingegen, die an der Vergangenheit Waldheims Anstoß nehmen, dürften sich ob der guten Ratschläge des Bonner Gastes gefoppt fühlen.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung beleuchtet Frankreichs Rolle beim Gipfel:

Wird gegenüber der terroristischen Herausforderung die zwischen einem „linken" Präsidenten und einer „rechten" Regierung gespaltene Exekutive nicht gelähmt sein? In Tokio wird Frankreich mit zwei Stimmen sprechen ... Mitterrand hatte recht, als er einmal feststellte, daß die Pazifisten im Westen, die Raketen aber im Osten stehen. Er ist offensichtlich dabei einzugestehen, daß die Terroristen ausschließlich vom Osten bewaffnet werden und nur gegen den Westen handeln.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert die Aufhebung der Paßgesetze in Südafrika:

(Bothas) Ankündigung wurde unverzüglich mit der Kritik „zu wenig, zu spät" bedacht. Es ist sicherlich zu spät für die Millionen, die einen Paß bei sich tragen, und zu wenig für jene, die nichts weniger als eine sofortige Abdankung der weißen Herrscher verlangen. Aber bis zum Augenblick ihrer Aufhebung waren die Paßgesetze regelmäßig als eines der grausamsten Merkmale der Apartheid verdammt worden. Und es ist sowohl wenig hilfreich als auch unaufrichtig, die Abschaffung als lediglich unbedeutendes Zugeständnis an den Zorn der S[illegible]en abzutun.

Badische Zeitung

Das Freiburger Blatt blickt auf die Fußball-Bundesliga zurück:

Folge der nicht besonders attraktiven Spielweise sind weiter zurückgehende Zuschauerzahlen und dadurch geringer werdende Einkünfte für die Vereine. Bei gleichbleibenden Kosten für die Unterhaltungsware Fußball erhoffen sich die Club-Manager in Zukunft einen finanziellen Ausgleich von den verstärkt in den Sport drängenden privaten Fernsehanstalten ... Von diesem Kuchen werden aber auch nur die ganz vorne mitspielenden Mannschaften ein Stück abbekommen.

Der Konjunktur-Aufschwung wird eher noch größer

Die vorsichtigen Wissenschaftler müssen sich korrigieren / Von Hans-Jürgen Mahnke

Auch die Konjunkturforscher in der Bundesrepublik leben gegenwärtig in recht komfortablen Zeiten. Der Aufschwung hält bereits im vierten Jahr an und wird – mit guten Gründen – bereits für das nächste Jahr fortgeschrieben. Ein Wendepunkt ist nicht in Sicht. In solchen Perioden fallen die Prognosen leicht.

Und wenn es Überraschungen gibt, wie der in diesem Maße nicht vorhersehbare Preisverfall auf den Ölmärkten, dann müssen sie ihre Wachstumserwartungen allenfalls nach oben korrigieren. So rechneten die Institute im Herbst mit einem Plus von drei Prozent, jetzt gehen sie von 3,5 Prozent im Jahresdurchschnitt aus. Damals wie heute bewegen sie sich im unteren Bereich des Prognose-Spektrums.

Unerwartetes haben die Wissenschaftler nicht zu Papier gebracht, was auch dafür spricht, daß sich der wirtschaftliche Verlauf in einem Maße gefestigt hat wie seit rund zwei Jahrzehnten nicht mehr. Daß die Bäume auch bei einer solchen Konstellation nicht in den Himmel wachsen, ist selbstverständlich. Trotzdem ist der Hinweis angebracht, daß die Segnungen der niedrigeren Ölpreise mit der Zeit geringer werden.

Dies gilt auch für die Preise. Die in den vergangenen Wochen registrierte totale Stabilität wird kaum gehalten werden können, denn die Lohnstückkosten dürften stärker als im vergangenen Jahr steigen. Aber dies wird durch die außenwirtschaftlichen Einflüsse – neben der Öl-Verbilligung wirkt auch der Kursrückgang des Dollar in diese Richtung – überkompensiert werden. Im Jahresdurchschnitt dürfte das Preisniveau nur um 0,5 Prozent über dem von 1985 liegen. So etwas hat es zuletzt 1954 gegeben.

Und für die internationale Diskussion gerade auf dem am Sonntag in Tokio beginnenden Weltwirtschaftsgipfel ist der Hinweis auf die Einfuhren wichtig, die – wenn die Preissteigerungen herausgerechnet werden – doppelt so stark steigen dürften wie die Exporte. Das ist in Japan, das auch wegen seiner hohen Überschüsse zu binnenwirtschaftlichen Ankurbelungsmaßnahmen gedrängt wird, ganz anders. Die deutschen Überschüsse, die dadurch, daß die Exportpreise erheblich stärker stiegen als die der Importe, in diesem Jahr noch anschwellen werden, dürften sich zumindest mittelfristig zurückbilden. Mit solchen Erwartungen kann der Bundeskanzler auf dem Weltwirtschaftsgipfel die Forderung nach zusätzlichen Maßnahmen für die Binnenkonjunktur ablehnen.

Aus dem Gemeinschaftsgutachten läßt sich die Notwendigkeit für ein Ausgabenprogramm oder für kurzfristige steuerliche Maßnahmen wahrlich nicht herauslesen, auch nicht unter dem Aspekt des Arbeitsmarktes. Sicher, die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, und sie wird trotz der Zunahme der Beschäftigung um rund 300 000 in diesem Jahr nur geringfügig sinken. Aber dies ist immerhin der erste Rückgang seit 1979. Und auch das unterstreicht, daß jene Pessimisten, die den Zusammenhang von Wachstum und Abnahme der Arbeitslosigkeit leugnen, ihre düsteren Prophezeiungen kaum aufrechterhalten können.

Worauf es jetzt nach Ansicht der Institute ankommt, ist eine Weichenstellung, damit der konjunkturelle Schub in ein dauerhaft höheres Wachstum einmünden kann: ein Mehrjahresprogramm, kein kurzfristiger Aktionismus. So sollte die Geldpolitik alles vermeiden, was zu einer Überhitzung führen könnte, weil sonst rasch wieder gegengesteuert werden müßte. Die Lohnpolitik sollte den durch die Ölpreissenkung entstandenen Spielraum nicht voll ausschöpfen, gerade auch im Interesse der Arbeitslosen. Die Mahnungen, die Lohnabschlüsse stärker zu differenzieren, mögen zwar von manchen als Belästigung ihres Geschäfts empfunden werden, aber dies sagt nichts über die Notwendigkeit aus.

Soweit die Bundesregierung bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen und der Verminderung der Steuerbelastung bleibt, fällt das Urteil der Institute sehr positiv aus. Dagegen, und dies wird kritisiert, kommt der ordnungspolitische Teil kaum voran. Privatisierung und Deregulierung stagnieren, die Subventionen steigen. Das muß sich ändern. Daß dies nicht einfach ist, haben die Institute allerdings dadurch unterstrichen, daß konkrete Vorschläge auch ihnen nicht eingefallen sind. Aber dieses entbindet die Politiker nicht von ihrer Pflicht.

Auch nicht in Zeiten, in denen die verfügbaren Einkommen und der private Konsum in einem Maße wieder steigen, der vor kurzem noch nicht für möglich gehalten wurde. Diese Entwicklung jedoch sollten auch die berufsmäßigen Skeptiker zur Kenntnis nehmen.

Über Sibirien hängt der Himmel voller Hindernisse

Eigentlich wollte die Lufthansa schon bald nonstop über Sibirien nach Japan fliegen. Doch Moskau witterte die Chance für einen Deal – der den Lufthanseaten sehr mißfällt.

Von GERD BRÜGGEMANN

Seit den ersten Tagen des April hat sich die Flugzeit zwischen Europa und Japan um gut drei Stunden verringert, allerdings nur für Flugreisende, die in London und Paris abfliegen oder ankommen. British Airways, Air France und Japan Airlines haben den Nonstop-Flugverkehr zwischen den westeuropäischen Metropolen und Tokio aufgenommen. Die Fluggesellschaften setzen Maschinen vom Typ Boeing 747/300 ein, die den kürzeren Weg über die Weiten Sibiriens ohne Zwischenlandung bewältigen können.

Im Sommer 1987 möchte auch die Lufthansa ihren Japan-Passagieren diese Route anbieten. Dann hat die deutsche Gesellschaft die technischen Voraussetzungen geschaffen und wohl auch eine Vereinbarung mit ihrem fliegenden Personal getroffen, dem auf solchen Langstrecken besonders viel abverlangt wird. Bis dahin und möglicherweise auch länger müssen die Flugreisenden aus der Bundesrepublik noch den Weg über den Pol mit Zwischenlandung in Anchorage oder über die sogenannte Südroute mit Stopp in Karatschi fliegen. Vor den Plänen der Lufthansa haben sich nämlich unerwartete Hindernisse aufgetürmt: Es fehlen die Überflugrechte über Sibirien.

Die Sowjets fordern einen hohen Preis

Nun ist es keineswegs so, daß die Sowjets der Lufthansa solche Rechte schlechthin verweigerten, aber sie verlangen einen Preis dafür, den die deutsche Gesellschaft, vorerst jedenfalls, nicht zahlen will. Dabei sah es vor einem Jahr noch sehr viel erfreulicher aus. Vom 15. bis 18. Mai 1985 war Lufthansa-Chef Heinz Ruhnau auf Einladung des sowjetischen Zivilluftfahrt-Ministers Bugajew nach Moskau geflogen. Man kam überein, schon bald ein Langfrist-Programm auszuarbeiten.

Ruhnau kam mit dem Eindruck zurück, daß sich in diesem Rahmen auch die für 1987 geplanten Nonstopflüge nach Tokio verfolgen ließen. Am 26. und 27. Februar diesen Jahres reiste deswegen eine Lufthansa-Expertengruppe nach Moskau, um mit ihren Kollegen von Aeroflot die Konditionen auszuhandeln. Sie kam unverrichteter Dinge zurück.

Die Russen nutzten die Gelegenheit und forderten, daß die Sibirien-Route – auch wirtschaftlich und finanziell – nur gemeinschaftlich und gleich häufig beflogen werden könne. Sie verlangen außerdem, daß bei jedem zweiten Flug die Lufthansa eine Zwischenlandung in Moskau einlegen müsse, was aus Sicht der Lufthansa unsinnig ist. Die Russen wünschen weitgehende Rechte der sogenannten Fünften Freiheit, vor allem das Recht, Passagiere aus der Bundesrepublik nach Mittel- und Südamerika zu befördern. Und sie bestehen auf freiem Flugscheinverkauf in der Bundesrepublik.

Vor allem dieser Forderung wollen die Lufthanseaten unter keinen Umständen entsprechen, denn ebenso wie die Lufthansa schon einmal das Recht hatte, Sibirien zu überfliegen, verfügten die Russen hierzulande über den freien Flugscheinverkauf – mit katastrophalem Ergebnis für die Lufthansa. Die Russen dachten nämlich überhaupt nicht daran, sich an die vereinbarten und genehmigten Tarife zu halten, sondern unterboten sie um bis zu 50 Prozent. Das schlechte Beispiel verführte auch andere Fluggesellschaften, und binnen kürzester Zeit entstand in der Bundesrepublik ein grauer Markt mit Flugscheinen, der vor allem die Lufthansa teuer zu stehen kam.

Da das Bundesverkehrsministerium diesen Mißbrauch schon aus Mangel an Kontrollpersonal nicht stoppen konnte, entschloß sich die Bundesregierung, diesen Teil der Vereinbarungen mit der Sowjetunion vor zwei Jahren zu kündigen. Das war möglich, weil in dem allgemeinen Luftverkehrsabkommen aus dem Jahre 1971 die Sibirien-Route ausgeschlossen war. Sie wurden erst in einem „Sibirien-Protokoll" von 1973 vereinbart. In diesem Protokoll mußte Bonn auch den freien Flugscheinverkauf zugestehen.

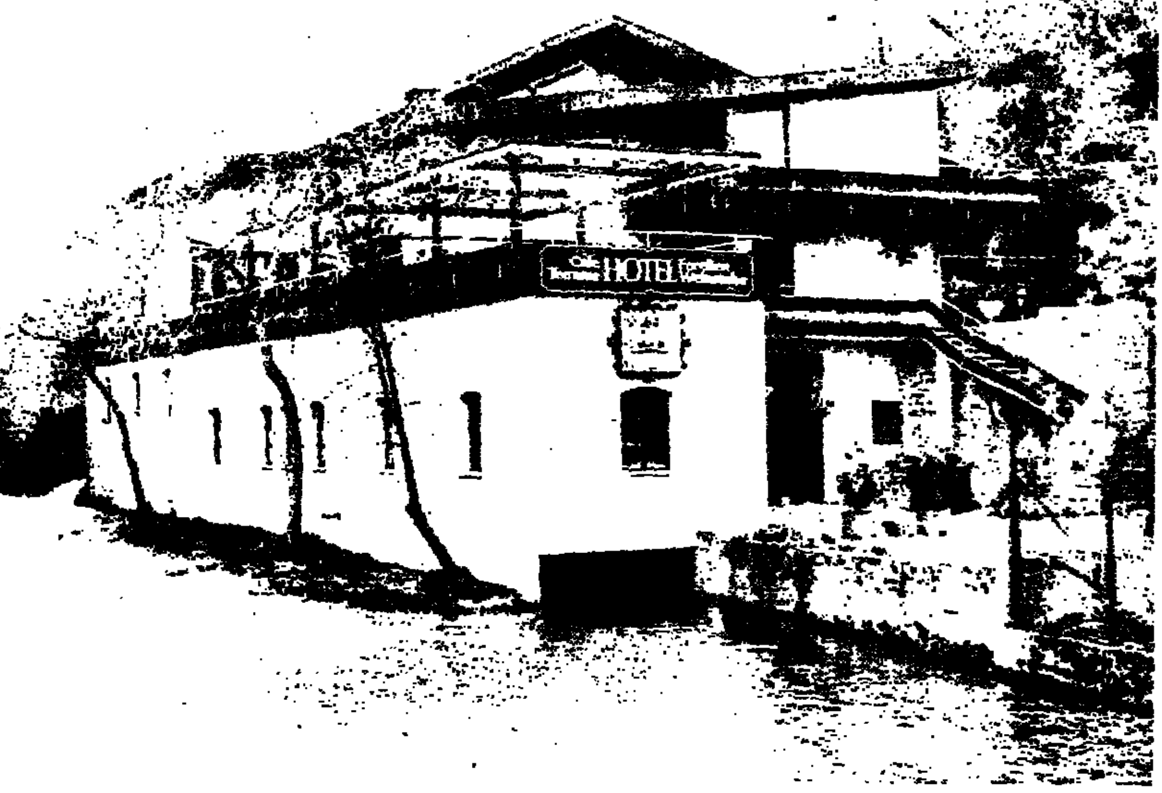
Jahrelang versuchte die Lufthansa, dieses Protokoll zu verbessern, allerdings ohne Erfolg. Über den deutschen Wunsch nach freiem Flugscheinverkauf in der UdSSR verhandelte Moskau erst gar nicht, weil er angeblich gegen sowjetische Gesetze verstößt. Die Kündigung des Protokolls war mithin eine sinnvolle Konsequenz, zumal die Lufthansa wenig aufgab. Flüge über Moskau nach Tokio mit Jets der ersten Generation waren nicht mehr wettbewerbsfähig.

Bei der Lufthansa weiß im Augenblick niemand so recht, wie es weitergehen soll; neue Verhandlungen erscheinen wenig aussichtsreich, denn die Experten, die im Februar an der Moskwa waren, berichteten ihrem Vorstand: „Bestimmtheit und Beharrlichkeit, mit der die Bedingungen vertreten wurden, lassen ein Abrükken von den überzogenen Positionen nicht erkennen."

Auf der Suche nach einem Druckmittel

Im Lufthansa-Haus in Köln-Deutz wird deswegen jetzt überlegt, ob es nicht einen anderen Weg geben könnte, Druck auf die Sowjets auszuüben. Dabei kam den Lufthanseaten ein Papier von Britsh Airways in die Hände, in dem zusammengestellt ist, in welchem Ausmaß Liniendienste von Aeroflot europäisches Gebiet überfliegen. Sie zählten 258 wöchentliche Flüge, davon allein 56 über die Bundesrepublik, im Sommer sollen es sogar 70 sein. Dem stehen nur wenige Überflüge westeuropäischer Gesellschaften über die UdSSR gegenüber.

Die Lufthansa will nun versuchen, unter dem Aspekt der sonst von den Sowjets so hoch geschätzten Gegenseitigkeit, auf der Ebene des Verbandes der europäischen Luftfahrt-Gesellschaften, eine gemeinsame Front aufzubauen, um die Russen zum Einlenken zu bewegen. Eine Beschränkung der Überflugrechte über Westeuropa müßte die Aeroflot schmerzlich treffen.





Am Anfang stand die Pleite des Hotels „Forellental" im schwäbischen Zwiefalten. Es folgte das Verbot der Gemeinde, ein Rehabilitationszentrum für Drogensüchtige einzurichten. Ein Beschluß, den die Gemeinde heute bereut, denn jetzt haben Sanyasin, Jünger des Guru Bhagwan, das Haus gekauft.
FOTOS J. P. MAUCHER/AP

Ein Dorf in Schwaben sieht rot

Der Pfarrer warnt vor zu erwartendem Gruppen-Sex, der Kolping-Verein sammelt Protestunterschriften, und die örtliche CDU bittet beim Ministerpräsidenten um weltlichen Beistand. Der vereinte Protest der Dörfler richtet sich gegen die rotgewandeten Jünger des Guru Bhagwan, die im schwäbischen Zwiefalten ein Meditationszentrum einrichten wollen.

Von HARALD GÜNTER

Als sich droben auf der Alb, in Trochtelfingen, die ersten weiblichen Catcher im Schlamm wälzten, da riefen im frommen Zwiefalten die Kirchenglocken zum Sühnegottesdienst. Zwei Jahre später, im März 1986, mußte Dekan Alois Gueter abermals auf die Kanzel steigen, um das Böse von der kleinen, heilen Welt Oberschwabens fernzuhalten. Doch diesmal ging's um die eigene Gemeinde. Zwiefalten, staatlich anerkannter Erholungsort auf halbem Weg zwischen Stuttgart und dem Bodensee, 2400 Einwohner, bekannt durch sein spätbarockes Kloster und sein Bier, sollte zur neuen Heimat des Münchner „Rajneesh Byen-Instituts für spirituelle Therapie und Meditation" werden.

Besagtes Institut hatte im März das pleite gegangene 15-Betten-Nobelhotel „Forellental" im Ortsteil Gossenzugen für 775 000 Mark (einschließlich Inventar) erworben. Ab 30. Mai sollten da, wo schon Präsidenten und Minister ihr müdes Haupt niedergelegt hatten, Jedermannkurse in Meditation, Bewegungs- und Atemtherapie, Psychologie, Geburtshilfe und Fasten anlaufen. „Mensch und Natur", schwärmten die Käufer angesichts der ländlichen Idylle am Oberlauf der Aach, würden hier „in Harmonie miteinander leben" können.

Oder auch nicht. Hinter dem Münchner Institut, einer GmbH in Gründung, stehen rund 20 von angeblich 30 000 deutschen Untertanen aus dem zusammengebrochenen Imperium des Guru Bhagwan Shree Rajneesh, Sanyasin also. Und das verhieß nichts Gutes. Gleich nach Bekanntwerden des Immobiliengeschäfts meldete sich bei Bürgermeister Karl Ragg „Die Frau aller Völker", eine Arbeitsgemeinschaft im Seelsorgeamt der Diözese Würzburg und warnte vor dem „neuen Ashram" in Zwiefalten, der „neues Leid, neue soziale Folgelasten" über die Menschen bringen werde. Denn Bhagwan, der „Erleuchtete", predige das „Ausleben aller Triebe" durch Männer, die „auf raffinierte Weise möglichst viele Frauen auf einmal befriedigen". Eine sündige, obendrein aber wenig dauerhafte Befriedigung. Am Ende, so hieß es in dem Brief aus Würzburg, stehe „ein Heer wunsch- und antriebsloser grauer, lenkbarer Mäuse".

Vor Ort brachte man's auf eine einfachere Formel. Statt naturnaher Entspannung, mutmaßte Pfarrer Gueter in seiner nächsten Sonntagspredigt, suchen die Sanyasin in Zwiefalten „Gehirnwäsche und Gruppensex". Und das auch noch zu Wucherpreisen. Ein besserer Meditationskurs in „Byenland", wie das „Forellental" fortan heißen sollte, kostet rund 8700 Mark. Tagungsmotto: „Alles oder nichts".

So kam es zum größten Volksaufstand seit Säkularisierung der Benediktinerabtei anno 1802. Es gab eine Bürgerversammlung mit dem evangelischen Sektenforscher Friedrich-Wilhelm Haack, weitere Gebetsaufrufe zur „Abwendung" der roten Gefahr, flankierende Stellungnahmen des örtlichen CDU-Bundestagsabgeordneten Toni Pfeifer, dem der Aufzug der Sanyasin im Aachtal ebenfalls „einfach nicht vorstellbar" erschien, eine Flut von Alarm-Meldungen und Leserbriefen in der Lokalpresse, aber auch anonyme Schmähbriefe und Drohanrufe bei Lisa Hummel, der Witwe des zwei Jahre zuvor verstorbenen Hoteliers.

Verschuldete Gemeinde konnte nicht kaufen

Die Bürgerinitiative, gestützt vom einflußreichen Kolpingverein, sammelte unter 1642 wahlberechtigten Bürgern 1189 Unterschriften gegen den Hausverkauf. Und die örtliche CDU, ein Landtagswahlergebnis von 76,6 Prozent im Rücken, bat Lothar Späth um irdischen Beistand. Es sei, so schrieb die Zwiefaltener Basis an den Ministerpräsidenten, die „Verpflichtung von Christdemokraten, gegen diese antireligiöse Bewegung vorzugehen".

Karl Ragg tat unterdessen sein möglichstes. Wohl wissend, daß Zwiefalten, die Gemeinde mit der größten Schuldenlast im Kreis, als Investor selbst nie in Frage kommen würde, verschleppte er den Besitzerwechsel unter Hinweis auf eine Art kommunales Vorkaufsrecht. Inzwischen, da selbst der Reutlinger Landrat feststellen mußte, daß der Vertragsabschluß „wasserdicht" sei, wollen Verwaltung und Gemeinderat einen Bebauungsplan für den 120-Seelen-Teilort Gossenzugen aufstellen. Die damit verbundene „Veränderungssperre" soll im Bereich des 55 Ar großen „Forellental"-Grundstücks alle „wertsteigernden" Aus- oder Umbauten verhindern.

„Wir sind ein Fremdenverkehrsort", erklärt Bürgermeister Ragg die hektische Geschäftigkeit, „und wollen es auch bleiben". Der gute Ruf Zwiefaltens würde „durch solche Leute" nur ruiniert.

Den Leuten, um die es geht, ist die Lust am oberschwäbischen Landleben fast schon vergangen. „Nach all dem Ärger wollen wir da nicht mehr unbedingt hin", gesteht die Geschäftsführerin des Byen-Instituts, Marita Deutsch alias Ma Anand Dwari. Aber Vertrag ist Vertrag. Und die Verkäuferin, Frau Hummel? Sie sitzt längst zwischen allen Stühlen. „Ich bin vollkommen fertig", sagt sie. Aber: „Ohne das Geschäft mit den Sanyasin werde ich zum Sozialfall." Mit 450 000 Mark Schulden und einer Witwenrente von 300 Mark im Monat. Deshalb bleibt sie bei ihrem Entschluß. „Am 15. Mai übergebe ich das Haus", bekräftigt die 64jährige. Notfalls, bis zur endgültigen Eigentumsüberschreibung, mietweise. Dann verläßt Lisa Hummel Zwiefalten für immer.

In den Ort traut sie sich vorerst nicht. So entgeht ihr, wie abends, am Stammtisch in der „Post", plötzlich auch Verständnis und Selbstkritik laut werden. „Wir wollen doch alle Christen sein", wundert sich ein älterer Herr, selbst langjähriges Gemeinderatsmitglied. Dann sagt er, daß „die christliche Nächstenliebe gebietet, denen zu helfen, die in Not sind". Und Lisa Hummels finanzielle Not, die bestreitet keiner.

Doch wer hat ihr wirklich zu helfen versucht? Die Gemeinde nicht, wie die Runde zugibt. Sie schließlich hatte vor einem Jahr den Verkauf des „Forellentals" an eine nordrhein-westfälische Rehabilitationseinrichtung verhindert. Über eine Million hätte Lisa Hummel damals bekommen. Doch die beantragte Umnutzung des Prominentenhotels in einen Therapieplatz für Drogensüchtige wurde nicht genehmigt. Jetzt wär's das kleinere Übel.

Der neue Pfarrer sucht Weg der Versöhnung

Kritisch hinterfragt wird inzwischen auch die Rolle des katholischen Dekanats. Denn Alois Gueter hatte es nicht mit dem Hirtenwort an die Gläubigen bewenden lassen. Brieflich teilte er der Witwe auch noch mit, daß er „sehr daran zweifeln" müsse, ob sie noch „eine ehrenwerte Frau" sei. Und das empfand man selbst auf dem Rathaus als „nicht sehr glücklich".

Doch mittlerweile ist der gestrenge Herr Pfarrer im Ruhestand. Der Nachfolger, der im Sommer nach Zwiefalten kommt, hat vorsorglich an seine künftigen Gemeindeglieder appelliert, keine Feindbilder aufzubauen, „vor denen wir als Christen nicht bestehen können". Und Pfarrer Gundolf Bühner aus dem nahen Hayingen, derzeit Amtsverweser, räumt ein, daß auch er „in der Stille gedacht" habe, man „hätte das alles gelassener hinnehmen können".

Wohl wahr. Zumal eine Sorge sicher unbegründet ist: Der Guru selbst wird sich im Schatten der Zwiefaltener Klosterkirche nicht niederlassen. Unheilschwangere Schlagzeilen in der Regionalpresse („Bhagwan ante portas") waren ebenso falsch, wie der heiße Tip aus Würzburg, das bärtige Sektenoberhaupt solle nach Zwischenstationen in Irland und Montevideo „illegal über Luxemburg in die Bundesrepublik gebracht" werden.

Und wenn schon: In Baden-Württemberg hätte er nichts zu lachen. Rajneesh Chandra Mohan, wie der angeblich 53 Jahre alte Inder mit bürgerlichem Namen heißt, käme wie jeder andere Asylbewerber schnurstracks ins Sammellager.

„Co-Co" sorgt in der Disco für die Partnerwahl

Erich Honeckers Lieblingskind, die Mikro-Elektronik, dient nun auch als Gag in der sozialistischen Disco. In Ost-Berlin stellt „Co-Co" die Pärchen für die Rock-Fête zusammen – ein Contact-Computer.

Von H. R. KARUTZ

Nach der Roboter-Euphorie des SED-Parteitages rollt die Computer-Welle durch die Republik: Auf der Ostberliner Fischerinsel, einer Keimzelle Berlins, knipsen die Manager der Discothek „Ahornblatt" zweimal im Monat die Elektronik an. Die Chips aus sächsischer „Robotron"-Produktion schmieden Pärchen für eine Tanz-Stunde zusammen.

Das SED-Blatt „Berliner Zeitung" beschrieb den technischen Vorgang bei der Premiere so: „Wer wollte, konnte seinen Vornamen, seine Wünsche und seine Tischnummer mit der Erwartung einspeichern, auf elektronischem Wege den idealen Partner im Saal ausfindig zu machen."

Jutta, am Tisch 14, von Elton John begeistert, kommt auf diese Weise mit Peter von Tisch 29 zusammen, dem NVA-Gefreiten mit dem Hang zur „DDR"-Rockband „Karat". Die Tischtelefone im „Resi" oder „Walterchens Ballhaus" seligen Angedenkens, Stätten Alt-Berliner Gemütlichkeit, haben endgültig dem Terminal Platz gemacht.

Die „New Wave" der Partei, sich stärker als bisher um die Jung-Berliner zu kümmern, hat viele Gründe: Ost-Berlin ist, neben Leipzig, die Hauptstadt der Punker und „Flippis". Diese Szene läßt sich zwar nicht in staatliche Discos locken, aber der Nachwuchs soll durch sinnvolle Freizeit-Offerten vom Milieu ferngehalten werden.

Dem Hang zum „Schwof", den Berlinern seit Zille-Ball und Pfingstkonzert ohnehin ein probates Kreislaufmittel, können die 210 000 Ost-Berliner zwischen 14 und 25 Jahren nur mit den üblichen sozialistischen Begleiterscheinungen nachkommen. Warteschlangen vor den Discos an der Schönhauser Allee, Kontrollen am Eingang – Jeansträger sind noch immer nicht allenthalben willkommen. „In diesem Jahr finden in jeder Woche 69 000 Jugendliche in Tanzgaststätten einen Platz", lobte die SED-Zeitung. Nach Adam Riese fände demnach nur jeder dritte Ostberliner Junior einmal pro Woche Zugang zur Lustbarkeit auf dem Parkett.

Der Elektronik-Gag im „Ahornblatt" nahe dem Alexanderplatz dient tagsüber als Betriebsgaststätte für Behördenmitarbeiter. Abends herrschte bisher Funkstille – also kam die ausgefeilte „DDR"-Kunst des Improvisierens zum Zuge. „Man schleppte Scheinwerfer für Lichtspots in den Saal. Bevor „Co-Co" seine Spiele machen und die Pop-Songs auf die Jungschar rieseln durften, mußten drei Ministerien, die FDJ-Spitze und der Magistrat eingespannt werden.

Seit das Disco-Fieber im neuen Fünfjahresplan („regelmäßige Durchführung von Tanzveranstaltungen auf hohem Niveau") Aufnahme fand, läuft es besser mit dem sozialistischen Vergnügen. Mit oder ohne „Co-Co", dem Paten für Partner.

Heereman: Handelskrieg verhindern

ARNULF GOSCH, Bonn

Vor einem Handelskrieg auf dem Agrarsektor hat Bauernverbandspräsident Constantin Freiherr Heereman gewarnt. Bei Eröffnung der 27. Generalversammlung des Weltbauernverbandes IFAP in Bonn-Röttgen erklärte Heereman gestern, man müsse verhindern, daß die gegenwärtige Krise noch schlimmer werde. Die Priorität gelte der Verhinderung eines Handelskrieges, den niemand gewinnen könne und der letzten Endes auf Kosten der Landwirte gehe.

Zur Zeit richte sich die Aufmerksamkeit auf die im September beginnende Gatt-Verhandlungsrunde, in die die Landwirtschaft einbezogen werden müsse. Bis zum Abschluß der Gatt-Verhandlungen müßten jedoch Schritte unternommen werden, um ein besseres Marktgleichgewicht herzustellen. Viele Landwirte zweifelten daran, ob dies vor allem durch eine Absenkung der Erzeugerpreise durchführbar wäre. Landwirte, die vor Schulden und Finanzierungsproblemen stünden, hätten dann keine andere Wahl, als auf niedrigere Preise mit erhöhter Produktion zu reagieren.

Nach Heeremans Meinung spielt es keine Rolle, ob der Weg zu einer effektiven Reduzierung der auf den internationalen Märkten angebotenen Mengen über Produktionsquoten, Flächenstillegungen, gespaltene Preise oder andere Maßnahmen führe. Alles, was die Landwirte wollten, sei ein gerechter Lohn für ihre Arbeit und für ihr Kapital.

Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble äußerte in seinem Grußwort die Überzeugung, daß der Hunger in der Welt nur bekämpft werden könne, wenn es gelinge, die landwirtschaftliche Erzeugung in der Dritten Welt nachhaltig zu steigern. Sicherlich nicht vergleichbar, aber dennoch fast so schwierig sei die politische Auseinandersetzung mit dem Überfluß an Nahrungsgütern. Kein Industrieland habe hierfür eine Patentlösung. Die Agrarpreispolitik müsse wesentlicher Bestandteil der Einkommenspolitik bleiben, weshalb drastische Preissenkungen ausschieden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Sogar das Evangelium muß für die Kampagne ran

DIETER DOSE, Berlin

Die Losung „Vorwärts zum XI. Parteitag", von den Bewohnern der „DDR" durch „aber lieber rückwärts in den Intershop" ergänzt, sind in die Schubladen versenkt worden. Doch der Parteitag der SED bleibt in den Medien ein Dauerbrenner. Nahtlos schließt sich die nächste Kampagne an. Denn jetzt geht es um die „Verwirklichung der Beschlüsse des Parteitages". Im Klartext: Mehr arbeiten, neue Sonderschichten, neue Initiativen, „Spitzenleistungen" sollen zum Alltag werden.

Zum „Kampfprogramm" hat der FDJ-Zentralrat die Parteitagsbeschlüsse deklariert. „120 Millionen Arbeitsstunden und 13 650 Arbeitsplätze", berichtet die „Junge Welt", sollen 1986 eingespart werden – bei gleichen Produktionsziffern. Zum „Kampfziel" gehören auch die Fertigung von 5000 Industrierobotern und *die Mobilisierung von „35 000 jungen Werktätigen" für die Mehrschichtarbeit in ihren Betrieben.*

Aus der Presse von drüben

Freiwillige vor für die Nationale Volksarmee – ein weiterer Programmpunkt der FDJ:

„Große Anstrengungen unternehmen wir zur Gewinnung von FDJ-Mitgliedern für einen freiwilligen Wehrdienst auf Zeit und einen militärischen Beruf. Wir helfen ihnen, sich durch aktive Tätigkeit im eigenen FDJ-Kollektiv und in den FDJ-Bewerberkollektiven gründlich darauf vorzubereiten und ihren Berufswunsch zu festigen."

SED und FDJ als „Schrittmacher", die sogenannten Blockparteien in ihrem Schlepptau. So beeilt sich der von den „DDR"-Liberaldemokraten herausgegebene „Der Morgen" mit der Versicherung: „Deshalb sagen wir aus vollem Herzen ja zu den Beschlüssen des XI. Parteitages, diesen Kurs der Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik weiter fortzusetzen." Auch die LDPD-Parteifreunde melden sich selbstverständlich mit „konkreten Verpflichtungen" zu Wort. „So führte zum Beispiel die von unserem Parteifreund Rolf Blüthmann geleitete Wittenberger PGH ‚Roland' eine in der Genossenschaft selbst entwickelte neue Technologie ein, mit der Planen für Kfz-Anhänger jetzt in Serie gefertigt werden können."

Der Parteitag machte es möglich ...

„Das Evangelium heißt uns mittun" wählte das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" als Überschrift für den Diskussionsbeitrag der parteilosen Pastorin Renate Schönfeld, gehalten vor dem Nationalrat der Nationalen Front.

Bezug nehmend auf den SED-Parteitag, erklärte sie: „Aufgabe eines jeden einzelnen, so auch der Christen, ist es, die sozialistischen Errungenschaften zu erhalten und weiterzuentwickeln. Wenn wir das Evangelium ernst nehmen, können wir nicht abseits von diesem Prozeß stehen. Christsein in der DDR bedeutet, mitten im Geschehen zu stehen."

Antworten auf den Parteitag aus allen Schichten. Die Zeitungen haben dafür Rubriken eingerichtet. „Sportler antworten der Partei" nennt sich das im „Sport-Echo" oder „Soldatenantwort auf XI. Parteitag" in der Volksarmee.

„Als Kommunist und Grenzsoldat habe ich mir fest vorgenommen, bei der täglichen Aufgabenerfüllung an der Staatsgrenze der DDR alle Befehle zu erfüllen und insbesondere durch mein Beispiel meine parteilosen Kameraden mitzuziehen, ebenso zu handeln", zitiert die „Volksarmee" den Soldaten Burghard Gümpel. Lassen solche Verpflichtungen den Schluß zu, daß es mit der Befehlserfüllung bei den parteilosen „Grenzern" noch manchmal hapert?

Handball-Nationalspieler Rüdiger Borchardt war laut „Sport-Echo" über die sozialpolitischen Maßnahmen der SED „tief bewegt". Das läßt ihn optimistisch in die Zukunft sehen, vor allem, „wenn es nun noch klappt, daß ich auch in diesem Jahr bei uns in Rostock eine neue Wohnung bekomme ..."

Was sich Lehrer *Jürgen Domjan aus dem sächsischen Oschatz vorgenommen hat, wird Verteidigungsminister Keßler wie Musik in den Ohren* klingen: „Für mich als Lehrer für Staatsbürgerkunde und Sport stellt sich die Aufgabe, die politisch-ideologische Erziehung der Jugend dahingehend zu führen, daß unsere Lehrlinge sich noch weitaus mehr durch Sport fit halten und damit auch die Wehrfähigkeit der künftigen Facharbeiter zunimmt", zitiert ihn das „Sport-Echo".

Bereit zum persönlichen Opfer ist Maschinenarbeiterin Alexandra Bley. „Deshalb stehe ich auch hinter dem Entschluß meines künftigen Mannes, für drei Jahre in der Armee zu dienen. Natürlich ist es eine lange Zeit, ich hätte meinen Mann auch lieber täglich bei mir", erklärte sie der FDJ-Zeitung „Junge Welt".

Wenn bei der SED gelacht werden darf

DW. Berlin

Stilblüten und Parolen zum Schmunzeln hat die Ostberliner satirische Wochenzeitung „Eulenspiegel" vom 11. SED-Parteitag gesammelt. So wird in der Zitaten-Sammlung den Lesern die Ankündigung einer Arbeiterin aus einem Kombinat in Schwarza präsentiert: „Eins steht jetzt schon fest: Unsere Familienplanung wird geändert und die Termine werden vorgezogen." Gelacht werden darf auch über den Vorsitzenden einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) Pflanzenproduktion aus dem Kreis Demmin, der sagte: „Der Weg zu höheren Erträgen führt zuerst durch die Köpfe der Genossenschaftsbauern, dann über den Boden und dabei nie an der Wissenschaft vorbei." Der LPG-Vorsitzende, der einen Vergleich des „Saatbetts mit dem Brautbett" anstellte, *folgerte anschließend, daß der Boden „schonend zu behandeln* und jeder Arbeitsgang zur günstigen Zeit *durchzuführen*" sei.

Ganz entgegen propagierter Gleichmacherei im Sozialismus rutschte einer Ostberliner Verkaufsbereichsleiterin vor den Parteitagsdelegierten folgende Äußerung heraus: *„Sind es doch die Kinder, die unserer ganzen Aufmerksamkeit bedürfen. Sind sie nicht die einzige privilegierte Gruppe unserer Bevölkerung."* Der erste Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg, Werner Eberlein, wird im „Eulenspiegel" mit dem Satz zitiert: „Michail Gorbatschows für neue, ernsthafte Friedensverhandlungenen dargebotene Hand ist auch unsere Hand." Um sozialistischen Händedruck geht es auch bei KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow: „Unsere Politik enthält keine Fußangeln. Wir bieten dem Westen nicht die geballte Faust, sondern die offene Hand dar."

Unsicherheit kann selbst einen im SED-Parteideutsch geübten Genossen bei der Zuordnung des in die Sammlung aufgenommenen Ausspruchs der „DDR"-Leistungssportlerin Marita Koch befallen: „Jetzt steht mein 400-Meter-Weltrekord bei 47,60 Sekunden. Das war eigentlich die Prognosezeit für 1988. Das bedeutet: Wer 1988 die Weltspitze bestimmen will, muß sich jetzt schon höhere Ziele setzen."

Mit einer interessanten Wortschöpfung wartete *„DDR"-Außenminister* Oskar Fischer auf, der im „Eulenspiegel" mit dem Satz zitiert wird: „Frieden kann nicht *errüstet* werden."

In der Notsituation von 1978 setzte Hannover auf den V-Mann in der RAF

Behörden in Niedersachsen waren durch die Entdeckung einer Terroristen-Wohnung alarmiert

WERNER KAHL, Bonn

Die Toten des Terrors im Jahre 1977 waren beerdigt, die geplante Freipressung der Baader-Meinhof-Bande an der festen Haltung von Bundesregierung und Bundestag gescheitert, die RAF-Anführer im Stammheimer Gefängnis durch Selbstmord aus dem Leben geschieden, das Problem der „Roten Armee Fraktion" schien Ende 1977 für die nächsten Jahre erledigt. Aber da entdeckte der niedersächsische Staatsschutz am 26. Januar 1978 in der Landeshauptstadt Hannover eine neue Spur. Damit fing das Zittern vor einer Wiederholung der 77er Verbrechensserie durch die RAF wieder an. Denn im Gegensatz zu Sicherheitsbehörden in Hamburg, Berlin und einigen anderen Bundesländern hatte der niedersächsische Verfassungsschutz zum damaligen Zeitpunkt keine „Quellenzugänge". *Mit diesem Fachausdruck des geheimen Nachrichtendienstes ist ein V-Mann gemeint, der in dem zu beobachtenden Bereich – in diesem Fall* der linksextremistischen Szene – an der „Quelle" saß! Einen solchen Horchposten hatten die Niedersachsen nicht. Deshalb kann man sich die Aufregung vorstellen, die in den Behörden bei der Entdeckung eines neuen Bandenverstecks in Hannover herrschte.

Hinweis auf Bankraub

In dem Aktenvermerk über diese erste Spur seit den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback (7. April 1977), Bankier Jürgen Ponto (30. Juli 1977) und Hanns Martin Schleyer (18. Oktober 1977) heißt es: „Spurenverursacher an einem Magnet-Schachspiel, aufgefunden in der KW Hannover (gemeint ist Konspirative Wohnung, die Red.), Voltmerstraße 45. Spuren gesichert am 26. 1. 78. Die Wohnung war am 15. 9. 77 von Christine Kuby, die sich wahrscheinlich in Begleitung von Ingrid Siepmann befunden hatte, angemeldet worden. Mieteinzahlungsbelege tragen die Handschriften von Silke Maier-Witt und Christine Kuby. In der KW wurden Geldbanderolen vorgefunden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Raub am 26. 9. 77 im Bankhaus Neelmeyer, Bremen, stammen."

Silke Maier-Witt kam wie andere Terroristen aus der Kanzlei des früheren Stuttgarter Rechtsanwaltes Klaus Croissant, der sich *demnächst* wieder als Anwalt in Berlin oder einer anderen Großstadt *niederlassen* will, und galt als Vertraute der zum „harten Kern" *gerechneten* Hamburgerin Susanne Albrecht, die am Mord an ihrem *Patenonkel* Jürgen *Ponto beteiligt war.* Ingrid Siep*mann war bereits 1969 von der Palästinenser-Organisation* Al Fatah im Wüstencamp militärisch ausgebildet worden. Im Austausch gegen den entführten damaligen Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz 1975 wurde sie durch die „Bewegung 2. Juni" (inzwischen aufgelöst) freigepreßt. An jenem 26. Januar 1978 entdeckten die niedersächsischen Fahnder, daß die Terroristin aus dem kommunistisch regierten Süd-Jemen heimlich nach Deutschland zurückgekehrt war und sich der RAF angeschlossen hatte. (Ingrid Siepmann ist *vermutlich* 1982 bei den *Kämpfen* in Süd-Libanon in *einem Gefechtstand* der *Palästinenser ums* Leben gekom*men – die* Red.) Die gleichfalls im Zusammenhang mit der hannoverschen Bandenwohnung geortete Christine Kuby verbüßt heute eine lebenslängliche Freiheitsstrafe.

Das Auftauchen dieser Frauen in Niedersachsen löste in Hannover, aber auch in Bonn, Alarm aus. Eine interne Lagebesprechung, an der die Landesämter für Verfassungsschutz, das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, das Bundeskriminalamt und die Staatsschutz-Polizeiämter der Bundesländer beteiligt waren, bestätigte Warnungen, daß die RAF trotz der Verluste im Jahre 1977 neue Verbrechen plante. Die Bilanz für 1977 lautete: Neun Mordopfer bei allein drei Terroraktionen im Bundesgebiet; insgesamt 48 terroristische Anschläge stellten den höchsten Stand seit 1974 dar; verstärkte *internationale* Kontakte deutscher Terroristen.

55 Festnahmen

Ermittlungen der Sicherheitsbehörden und Hinweise aus der Bevölkerung führten zwar 1977 zur Festnahme von 55 Anhängern terroristischer Vereinigungen und Unterstützern. Doch vergleichbare Erfolge wie bei der Zerschlagung des norddeutschen RAF-Stützpunktes am 4. Februar 1974 durch den Hamburger Verfassungsschutz oder die *Enttarnung* der Lorenz-Entführer und die *Festnahme* der Haupttäter durch den Berliner Verfassungs*schutz und* die Staatsschutzabtei*lung* der Berliner Polizei im Jahre 1975 konnten die niedersächsischen Kollegen nicht aufweisen. Die Terroristen wollten aufgrund der Ereignisse des Jahres 1977 den nachrichtendienstlichen Zugang zur linksextremistischen Szene vollkommen abschotten. Hinzu kam, daß die politische Ebene des Terrorismus nicht über Planung und Aktionen des RAF-Untergrundkommandos informiert wurde. Der sogenannte „harte Kern" organisiert und verübt seine schweren Anschläge in eigener Regie. In dieser Notsituation sollte versuchte werden, einen V-Mann in die „Rote Armee Fraktion" langfristig einzuschleusen. Der V-Mann sollte die weitere Verbrechensplanung aufklären und weitere Morde verhindern. So entstand die jetzt im Wahlkampf enthüllte 78er Geheimoperation „Celler Loch".

Angst, Abscheu, Empörung

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergibt sich, daß Regierungen, das gilt für die Bundesregierung als auch für die Landesregierungen, in jedem einzelnen Fall verantwortlich entscheiden müssen." Das sagte Bundeskanzler Helmut Schmidt im September 1977 im Bundestag wenige Tage nach der Entführung des später ermordeten Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer zum Kampf gegen den Terrorismus. Einer, der damals verantwortlich entschieden hat, der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, hat 1986 Mühe, die Lage der Nation nach der damals schon langen Kette von Mordanschlägen erkennbar werden zu lassen. Es herrschte Ausnahmezustand.

Anders ist es auch nicht zu erklären, daß am 15. September 1977 der Justizminister von Nordrhein-Westfalen, Diether Posser (SPD), daran erinnerte, daß im Kampf gegen den Terrorismus „der Vater den Sohn, der Arzt den Patienten, der Anwalt den Klienten oder der Bruder die Schwester im Falle eines Verdachts *anzeigen*" müsse.

Nach den *Morden an Generalbundesanwalt Buback und dem Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto* war *Hanns-Martin Schleyer am 5. September 1977* in Köln in einer blutigen Terroristen-Aktion, in deren Verlauf die drei begleitenden Polizisten und der Fahrer seines Wagens erschossen wurden, entführt worden. Die „RAF", die sich zu der Tat bekannte, versuchte damit ihre prominentesten Angehörigen, wie Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, aus der Haft freizupressen. Als die Verhandlungen sich hinzogen, während die Polizei fieberhaft nach dem Versteck Schleyers *fahndete*, wurde am 13. Oktober 1977 die Lufthansa-Maschine „Landshut" mit 82 Passagieren an Bord auf dem Flug von Palma nach Frankfurt von Terroristen gekapert. In der Nacht zum 18. Oktober wurde durch ein nach Mogadishu in Somalia geflogenes Spezialkommando des Bundesgrenzschutzes (GSG 9) die dort abgestellte Maschine gestürmt, alle Geiseln wurden befreit. Den Flugkapitän Schumann hatten die Terroristen erschossen. Als man Hanns-Martin Schleyers Leiche am 21. Oktober im Kofferraum eines Autos fand, ergaben die Untersuchungen, daß er am 18. Oktober ermordet worden war. Das war der Tag, an dem sich im Stammheimer Gefängnis Baader, Ensslin und Raspe umbrachten.



Provokation der Staatsmacht: Hanns-Martin Schleyer in der Gewalt der RAF FOTO: DIE WELT

Die Bluttaten der Terroristen veränderten nicht nur das Bewußtsein der Bevölkerung, die Abscheu und Empörung zum Ausdruck brachte, sondern riefen im öffentlichen Leben auch Sicherheitsmaßnahmen hervor, die man bis dahin nicht gekannt hatte. Stacheldraht um Regierungsgebäude in Bonn, für die man kurz zuvor noch offene Foren zwecks Zusammentreffen zwischen Politik und Bürgern geplant hatte, Sandsackbarrikaden vor besonders gefährdeten Gebäuden und Panzerwagenpatrouillen in Bonn boten den Fotografen der Welt die Kulisse, die sie zur Schilderung der deutschen Atmosphäre brauchten.

Wie die Lage wirklich war, zeigte zum Beispiel die Gedenkfeier, die am 5. September 1978, ein Jahr nach der Schleyer-Entführung, am Tatort in Köln stattfand. Für die Enthüllung eines Mahnmals an die Bluttat im Stadtwald galt für die Sicherheitsbehörden Alarmstufe eins. Durch Fahndungsfehler waren im Sommer dieses Jahres die Top-Terroristen Stoll, Adelheid Schulz und Christian Klar, die zu Luftaufnahmen von Haftanstalten einen Hubschrauber gechartert hatten, ihren Verfolgern entwischt. Und im November *1978* lehnten die jugoslawi*schen* Behörden die Auslieferung *von* vier deutschen Terroristen ab, die *im Mai* dieses Jahres aufgrund *von* Hinweisen aus dem Bundeskri*minalamt* in Zagreb festgenommen worden waren: weil das Beweismaterial angeblich nicht ausreichte. Nie zuvor *hatte* es in der *Bundesrepublik* eine *Terroristenangst* gegeben wie in diesen Monaten.

Deutsches Know-how für Brasiliens Universitäten

Elite-Hochschule São Paulo hofft auf Forschungsaufträge aus der deutschen Wirtschaft / DIHT als Vermittler

PAUL F. REITZE, Bonn

„Wenn man nicht so recht weiß, ob es endlich Frühjahr wird oder gleich wieder *zu regnen beginnt, kann man* Schirme ja *gut gebrauchen*", ulkt Staatssekretär Paul Harro Piazolo aus dem *Bundesbildungsministerium.* Tatsächlich geht es *aber primär* um eine andere Form der Schirmherrschaft. Das Ministerium und der Deutsche Industrie- und Handelstag haben eine Delegation der Universität São Paulo nach Bonn eingeladen, um sie mit hochkarätigen Vetretern aus Wirtschaft und Wissenschaft der Bundesrepublik zusammenzubringen. Sinn der Übung: vehement betriebene Partnersuche.

Hilfestellung aus Bonn

Brasilien erlebte 1973 ein Wirtschaftswunder. Dann machte der Ölschock einen dicken Strich durch alle hoffnungsfrohen Rechnungen. Die Inflation galoppierte auf hundert und schließlich auf über zweihundert Prozent davon, die internationale Schuldenlast wurde immer drückender. An Investitionen war kaum noch zu denken.

Die Bundesregierung möchte nun Hilfestellung leisten, auch über verstärkte Wissenschaftskontakte. Das südamerikanische Land mit seinen 132 Millionen Einwohnern beschäftigt, bei großzügiger Rechnung, nur etwa 20 000 Personen in der Forschung. Lediglich tausend akademische Nachwuchskräfte sind zu Lern- und Lehrjahren im Ausland, vor allem in den USA, *in Japan und in der Bundesrepublik. Gastprofessoren machen sich rar*; aus Deutschland *sind es wenig* über zwanzig.

Dabei nimmt sich Brasiliens Position in der Wissenschaft, weltweit betrachtet, nicht schlecht aus. Es belegt derzeit Platz 23; jährlich rückt es um einen Rang vor: ein Beispiel dafür, was auch bei spärlichen Mitteln möglich ist, wenn Universitätsangehörige sich der Landesentwicklung verschreiben, durch harte Arbeit Standortnachteile auszugleichen suchen.

Die Universität São Paulo ist die Vorzeige-Hochschule. Mit 38 000 Studenten ist sie etwa so groß wie die Alma mater in Bonn. Siebzig Prozent aller international registrierten brasilianischen Forschung stammt aus ihren Einrichtungen. Dazu gehören die Entwicklung eines künstlichen Herzens, zweier Eisenbahn-Überwachungssysteme und einer Justierungsmethode bei der Aluminiumherstellung. Zu den Auftraggebern zählen auch deutsche Firmentöchter, etwa Merck und VW.

Geberlaune gedämpft

Zur Partnersuch-Aktion waren Vertreter großer Unternehmen aus der Bundesrepublik erschienen, von Daimler-Benz bis Siemens. Die meisten von ihnen verfügen indes schon über Kontakte. Das gilt auch für den wissenschaftlichen Bereich, von der Westdeutschen Rektorenkonferenz bis zur Deutschen Forschungsgemeinschaft. Adolf Theis, der Präsident der Universität Tübingen, fügte sich in dieses Bild: Seine Hochschule unterhält längst Beziehungen.

Auf die eigentlichen Schwierigkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit machte der Abteilungsleiter im Bildungsministerium, Hans Rainer Friedrich, die Gäste indirekt aufmerksam. Er klassifizierte die deutsche Industrie nach der Zahl der Beschäftigten.

Nur zwei Prozent der Betriebe verfügen über tausend und mehr Arbeiter und Angestellte. Die weitaus größte Gruppe stellen Firmen mit zwanzig bis 99 Beschäftigten (sechzig Prozent). *Da ist es schwer vorstellbar, daß Forschungsaufträge von dieser Seite nach Sao Paulo fließen können.*

Im übrigen ist die deutsche Wirtschaft bisher auch den eigenen Hochschulen *gegenüber nicht durch sonderliche Geberlaune* aufgefallen: Die *„Drittmittel" für bestimmte Projekte stammen zum weitaus größten Teil* aus verdeckten wie offenen staatlichen Quellen, etwa aus den Etats von Bundesministerien oder von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die sich gleichfalls aus Steuereinnahmen finanziert. Darüber hat die Bundesregierung schon vor geraumer Zeit Bericht erstattet. Die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes hatte u. a. das Ziel, durch weniger Bürokratie den Zufluß nichtstaatlicher Drittmittel zu intensivieren.

Peres, Shamir und die geheime Diplomatie

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Premierminister Peres eröffnete in einem TV-Interview am Sonntag, daß „ein gewisser Fortschritt" in den Gesprächen zwischen Israel und Jordanien erzielt worden sei. Es handele sich aber mehr um „gegenseitiges Verständnis als um ein Abkommen".

Solche Gespräche finden eigentlich schon seit Jahren statt. Seit Itzhak Rabins Regierungsperiode 1974 bis 1977 hat sich König Hussein bereits mit jedem israelischen Premier getroffen, meist in der Wüste südlich vom Toten Meer, manchmal im Ausland. Die Begegnungen sind immer geheim und unterlagen stets der Militärzensur, um Hussein nicht zu schaden.

Auf niedrigerem Niveau finden Treffen zwischen Vertretern der beiden Staaten laufend statt. Peres hat dies nun intensiviert; das hat er sich im Koalitionsvertrag mit dem von Shamir geführten Likud ausbedungen. Und das hat auch innerpolitische Aspekte: Vor den nächsten Wahlen möchte Peres beweisen, daß er vorwärts kommt, wo der Likud stekkenblieb.

Ob ihm das gelingt, ist allerdings fraglich. Denn die im Camp-David-Abkommen von 1978 vorgesehene Autonomielösung für die Westbank, wird von der Bevölkerung dieses Gebietes aus Angst vor Repressalien der PLO abgelehnt. Peres hat nun den Gedanken eines „israelisch-jordanischen Kondominiums" für die Westbank aufgeworfen. Das ist zwar kaum mehr als eine Neuformulierung; auch die Autonomielösung sieht eine gemeinsame Rolle für Israel und Jordanien für das Westjordanufer vor.

Doch Peres geht es vor allem darum, die Gespräche nicht einschlafen zu lassen. Mehrere Male hat er in den letzten Monaten erklärt, daß noch lange keine Lösung in Sicht ist. Der Vorbehalt hat wieder innenpolitische Gründe: Arbeiterpartei und Likud gehen in ihren Anschauungen über die Bedingungen für einen Frieden mit Jordanien weit auseinander. Die Arbeiterpartei ist zu einem territorialen Kompromiß bereit, während der Likud auf keinen Fußbreit Boden verzichten will. Aber auch den Kompromiß der Arbeiterpartei lehnt Jordanien ab. Hussein besteht auf einer totalen Räumung des Westjordanufers, einschließlich Ost-Jerusalems. Auch er will auf keinen Fußbreit verzichten, und ein Kompromiß ist noch auf Jahre hinaus nicht abzusehen. Gerade dieser Umstand ermöglichte vor zwei Jahren die Errichtung der nationalen Einheitsregierung: Ihre inneren Gegensätze in der Friedenspolitik sind in der Praxis bedeutungslos.

Enttäuscht: König Hussein

Außenminister Shamir gab einige Stunden nach Peres' TV-Interview bekannt, er sei über die Gespräche mit Jordanien vollkommen informiert und billige sie. Diese Feststellung war wiederum für den internen Konsum gedacht. Es soll sich nicht der Eindruck festsetzen, Peres umgehe Shamir in dessen Geschäftsbereich. Gleichzeitig jedoch machte Shamir klar, daß er „nicht glaubt, daß wir einem Friedensvertrag oder einer ähnlichen Entwicklung näher gekommen sind". Ferner sagte er: „Wir haben ja schon seit Jahren einen Frieden de facto mit Jordanien." Beide Behauptungen stimmen. Allerdings hat sich König Husseins Haltung jetzt verhärtet. Er ist von der Reaktion der Bevölkerung auf dem Westjordanufer nach seinem Bruch mit der PLO enttäuscht. Nach seiner Rede vom 19. Februar hatte er beifällige Bemerkungen aus der Westbank erhofft.

(SAD)

Stroessner gerät in Bedrängnis

Versorgungsengpässe und Skandale in Paraguay / Deutsche Journalisten verprügelt

WERNER THOMAS, Asuncion

Die Kundgebung endete mit dem Einsatz von Tränengas und Schlagstöcken der Sicherheitsbehörden. Sie erregte mehr Aufsehen als andere Veranstaltungen dieser Art, weil diesmal auch fünf Ausländer Prügel bezogen, unter ihnen zwei Kameraleute des deutschen Fernsehens und der Bonner Diplomat Armin Steuer. Niemand erlitt ernste Verletzungen. Die Deutschen wurden nach vorübergehender Festnahme wieder freigelassen. Botschafter Gracher erhielt aus Bonn die Anweisung, „an hoher *Stelle" zu protestieren.*

Die Frensehcrew hatte die bisher letzte Demonstration der paraguayischen Opposition dokumentieren wollen. Etwa 1000 Personen waren zum Haus des Exilpolitikers Domingo Laino marschiert, wo die Präsidentschaftskandidatur von Juan Carlos Zaldivar verkündet werden sollte. Zaldivar ist ein Vertreter der „Authentischen Radikalen Liberalen Partei". Die Polizei durchkreuzte diese Pläne. Ähnlich erging es der Protestaktion einer Gewerkschaft der Krankenhaus-Angestellten drei Tage zuvor. Die 4000 bis 5000 Teilnehmer forderten zwar höhere Löhne. Sie skandierten aber den Sprechchor „Freiheit und Demokratie".

Die Demonstrationswelle in der südamerikanischen Nation Paraguay signalisiert eine neue Situation: General Alfredo Stroessner (73), nach einer Amtszeit von 32 Jahren der dienstälteste Präsident des amerikanischen Kontinents, sieht sich plötzlich offener Kritik ausgesetzt. „Die Leute haben die Furcht vor diesem Regime verloren", sagt Carmen de Lara Castro, die Präsidentin der paraguayischen Menschenrechtskommission. „Sie haben die Furcht verloren, weil die lange Stroessner-Ära ihre letzte Phase erreicht hat."

Es gärt seit Monaten. Wirtschaftliche Rückschläge (Warenknappheiten, Exportverluste) und ein Zentralbank-Skandal (31 Persoen sitzen wegen eines Umtauschschwindels im Volumen von 100 Millionen Dollar im Gefängnis) brachten die Regierung in Verlegenheit und ins Kreuzfeuer oppositioneller Kritik. Als der haitianische Diktator Jean-Claude Duvalier Anfang Februar stürzte, eskalierten die Aktivitäten der Opposition. Ihre Anhänger marschierten durch die Straßen der Hauptstadt Asuncion und riefen: „Heute Duvalier, morgen Stroessner und Pinochet!" Der chilenische General Augusto Pinochet ist neben Stroessner der einzige rechte Diktator Lateinamerikas.

Am meisten leidet das Regime jedoch unter dem bitteren Konflikt innerhalb der regierenden Colorado-Partei. Die „Colorados", die weitaus wichtigste politische Bewegung, der 1,2 der 3,5 Millionen Paraguayer angehören, sind gespalten in den sogenannten „militanten" Flügel und die Gruppe der „Traditionalisten". Während die „Traditionalisten" den Einfluß der Streitkräfte auf die Partei zurückdrängen wollen und einen Zivilisten als Stroessner-Nachfolger wünschen, lancieren ihre Kontrahenten uniformierte Nachfolgekandidaten. Stroessners Sohn Gustavo (43), ein Oberstleutnant der Luftwaffe, zählt zum Favoritenkreis. Im März hatte der Colorado-Abgeordnete Angel Roberto Seifert in einer bisher beispiellosen Rede einen „Machtmißbrauch" verurteilt, der Gewalt, Ungerechtigkeit und einen moralischen Zerfall auslöse.

Der deutschstämmige General – der Vater kam aus dem bayerischen Hof – kommentierte kürzlich vor seinen Ministern und den Kommandeuren der Streitkräfte den Parteikonflikt. „Es gibt Leute, die zur anderen Seite überlaufen möchten, weil sie meinen, in das Schiff ströme Wasser. Das mag sein, aber wir werden das Leck reparieren." Stroessner weiter: „Wir müssen hart bleiben. Wir haben noch einige Überraschungen parat." Er ist nicht amtsmüde. Er will 1988 einen weiteren Wahlkampf bestreiten.

Percio Franco, ein oppositioneller Parlamentsabgeordneter, prophezeite für die nahe Zukunft eine „verstärkte Repression".

Moskau nimmt westliche Journalisten aufs Korn

Ungewöhnlich scharfe Hetze gegen US-Korrespondent

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Einen scharfen Angriff gegen den Moskau-Korrespondenten des „Philadelphia Inquirer", Donald Kimelman, hat die sowjetische Zeitung „Sowjetskaja Rossija" gestartet. Der Artikel geht mit den Vertretern der westlichen Presse allgemein und mit diesem amerikanischen Journalisten im besonderen hart ins Gericht. „Wir haben die schädliche Praxis, den ausländischen Gästen alles zu verzeihen, ohne sie für den zugefügten materiellen und *geistigen Schaden zu bestrafen"*, hebt der Artikel an. Im Ausland würden „ähnlich böse Handlungen ohne Konzessionen bestraft".

Auch die Deutsche Welle

In diesem Zusammenhang wird der „Deutschen Welle" vorgeworfen, sie verbreite Meldungen, wonach die in Moskau akkreditierten westlichen Korrespondenten „zunehmende Schwierigkeiten" in ihrer Berichterstattung hätten, weil sie gezwungen seien, sich „vorsichtig zu benehmen" und „zur Selbstzensur zu greifen", um sich keinen Gefahren auszusetzen. Die BBC fordere sogar eine Revision der sowjetischen Gesetzgebung, so empört sich die „Sowjetskaja Rossija", weil diese „den Interessen der freien Presse widerspräche". Es sei daher höchste Zeit, über die Grenzen der Gastfreundschaft für jene zu sprechen, die in die Sowjetunion mit „mühsam verborgenem Haß" kämen, die die „sowjetische Lebensweise verleumdeten und noch dazu alle sowjetischen Gesetze sowie die allgemeinen Normen des Anstands ignorierten".

Niemand schränke die Arbeitsmöglichkeiten der ausländischen Korrespondenten in der UdSSR ein, behauptet die Zeitung. Vielmehr hätten die Korrespondenten jede Möglichkeit, objektive Informationen über alle Aspekte der sowjetischen Wirklichkeit zu sammeln. Schließlich „sprechen und schreiben wir selbst über alle Nachteile". Aber Kritik sei eine Sache, „Verleumdung eine andere. Denn die Verleumdung ohne Rücksichtnahme auf unsere Ordnung, dieser Weg der Wahrheit, ist für die Sowjetunion nicht annehmbar."

Dann zieht die „Sowjetskaja Rossija" am Beispiel des Amerikaners kräftig vom Leder. Kimelman, „Sohn eines Millionärs", hätte sich nur mit „einer Handvoll von Abtrünnigen" abgegeben, die den Weg der antigesellschaftlichen Tätigkeit beschritten hätten. „Menschen, die für gesetzwidrige Handlungen vor Gericht gestellt wurden", behauptet das Sowjetblatt. Alle Informanten des amerikanischen Korrespondenten seien „Marionetten in der antisowjetischen Strategie", „Lieferanten der Desinformation und Verleumder des Sozialismus". Nur mit diesen Menschen, die ihn mit *Falschmeldungen* über die angeblichen Verletzungen der Menschenrechte in der Sowjetunion versorgt hätten, hätte sich Kimelman umgeben.

Besonders wird dem Korrespondenten zum Vorwurf gemacht, daß er ständig „über die Erpressungen der Sowjetjuden" berichtet hätte. Geradezu beleidigend ist der Vorwurf der „Sowjetskaja Rossija", Kimelman, der selber 19 Verwandte wegen „faschistischen Genozids" verloren habe, würde dennoch die Brutalität der Nazis rechtfertigen. Um den sowjetischen Lesern ein „abschreckendes Beispiel" von den Methoden der westlichen Korrespondenten zu geben, wird auch noch beschrieben, wie der Korrespondent überhaupt an seine Informanten herankam. „Kimelman stellte eine Flasche Wodka auf den Tisch, nachdem er seinen Platz im Abteil des Zuges ‚Rußland' eingenommen hatte. So wurde vieles einfacher, um Kontakte mit den Mitreisenden zu knüpfen, von denen er bestimmt etwas über ‚die Übertreibungen der Sowjetmacht hören wollte'." Für die „Sowjetskaja Rossija" ist der Korrespondent ein „Trunkenbold, der erst dann ruhig wurde, als er Abteil und Toilette versaut hatte".

Empörung und Fragen

Auch der Vorwurf der Spionage gegen Kimelman taucht natürlich auf. Der Artikel hat unter den westlichen Korrespondenten große Empörung ausgelöst, gilt doch gerade dieser Korrespondent als besonders kenntnisreich und fair in seiner Berichterstattung. Kimelman ist seit 1983 auf seinem Moskauer Posten, den er im Sommer dieses Jahres verlassen wollte. Seine Kollegen fragen sich, ob dies der Beginn einer größeren Kampagne gegen westliche Korrespondenten ist.

Seoul: Selbstmord aus Protest

AFP, Seoul

Bei Studentenunruhen in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul hat ein Demonstrant Selbstmord verübt. Er übergoß sich mit Benzin und sprang als brennende Fackel von einem dreistöckigen Gebäude. Ein zweiter Selbstmordkandidat wurde mit schweren Verbrennungen in ein Krankenhaus gebracht. Bei der Demonstration vor dem Seouler Hochschulgelände protestierten rund 300 Studenten gegen einwöchige Militärübungen, die sie zum Wochenbeginn antreten sollten. In Sprechchören behaupteten sie, bei dem Militärdienst sollten sie zu „Söldnern der USA" ausgebildet werden. Ein Aufgebot von etwa 1800 Polizisten sprengte die Demonstranten auseinander.

ETA-Führer in Frankreich gefaßt

dpa, Hendaye

Die französische Grenzpolizei hat den mutmaßlichen Anführer des militärischen Zweigs der baskischen Untergrund-Organisation ETA festgenommen. Der 42jährige Domingo Iturbe Abasalo (Deckname „Txomin") wurde seit 1985 gesucht und fiel der Polizei bei einer Verkehrskontrolle in der Nähe des Pyrenäen-Ortes Arbonne in die Hände. Er wurde zum Verhör nach Hendaye gebracht, um wegen „Bruchs der Vorschriften über die Zuweisung eines Aufenthaltsortes" unter Anklage gestellt zu werden. „Txomin" war im Februar 1985 aus Tours verschwunden, da ihm von der Justiz nach Verbüßung einer Haftstrafe als Aufenthaltsort zugewiesen worden war.

„Vermißter" tritt in Moskau auf

dpa, Moskau

Der seit zwei Monaten vermißte Redakteur des russischen Dienstes im Münchner US-Sender „Radio Liberty", Oleg Tumanow, ist in die Sowjetunion zurückgekehrt. Gestern wurde er im Pressezentrum des Außenministeriums in Moskau vorgestellt, wobei er „Liberty" vorwarf, von Mitarbeitern amerikanischer Geheimdienste durchsetzt zu sein. Zu seiner Rückkehr sagte Tumanow in einer einstudiert klingenden Erklärung, daß er 1965 mit „Jugendillusionen" als Matrose von einem sowjetischen Kriegsschiff übergelaufen sei. Tumanow, seit 20 Jahren bei „Radio Liberty" angestellt, erklärte, seine Rückkehr sei allerdings „natürlich und logisch" gewesen.



Rabat hofft auf Gipfel

Schlüsselrolle für König Hassan / Vorbereitungen in Fes

PETER RUGE, Rabat

Fes ist für Ausländer von der marokkanischen Regierung zur „verbotenen Stadt" erklärt worden. Das nährt die Vermutungen, daß der Arabische Gipfel doch noch stattfindet, trotz der Streitigkeiten in der „Liga der arabischen Staaten" wegen der Tagesordnung. Politische Beobachter in der marokkanischen Hauptstadt Rabat sehen König Hassan II. in eine Schlüsselrolle hineinwachsen: Sowohl innerhalb des arabischen Blocks, als auch als Mittler zwischen den Mittelmeer-Anrainern auf afrikanischer und europäischer Seite. Registriert wird in diesem Zusammenhang der überraschende Besuch des französischen Außenministers Raimond in Rabat, der hohes Ansehen in den maghrebinischen Staaten genießt. Raimond überbrachte König Hassan II. eine Botschaft des französischen Premiers Chirac.

Marokkos Haltung in dieser Krisensituation ist nicht einfach. Einerseits durch einen „Unionspakt" seit 1984 mit Libyen verbunden, könnten die Versuche Hassans II., einen Ausgleich zu finden, bei Khadhafi sofort den Verdacht auslösen, Marokko wolle sich aus seinen Beistandsverpflichtungen herausstehlen. Dies brächte andererseits den König in die schwierige Lage, sich auf eine Verschärfung seines Grenzkrieges mit der Freiheitsbewegung „Polisario" einstellen zu müssen, die von Khadhafi unterstützt wird.

Die Sondersitzung des Arabischen Gipfels hat eine Verlegung der Jahrestagung der Königlichen Akademie zur Folge, die kurzfristig von Fes nach Rabat umquartiert wurde. Die marokkanische Akademie, die von Hassan II. bereits vor Monaten aufgefordert wurde, zu Fragen des Terrorismus Stellung zu nehmen, *umfaßt* 120 Mitglieder. Zu den prominentesten Vertretern gehören der sengalesische Staatspräsident Senghor, Lord Chalfont, Edgar Faure, Henry Kissinger und Otto von Habsburg.

Peking sucht „neue Freundschaft"

AFP, Peking

Ein verbessertes gegenseitiges Verständnis und einen verstärkten Austausch zwischen den Armeen der Volksrepublik China und der USA erhofft sich der chinesische Generalstabschef Yang Dezhi von seinem Besuch in den USA, den er heute antritt. Er sagte, sein USA-Besuch sei auf die Suche nach einer „neuen Freundschaft", nicht jedoch gegen „ein drittes Land" gerichtet. General Yang erwidert den China-Besuch des ehemaligen US-Generalsstabschefs General John Vessey und seines Nachfolgers General William J. Crowe vom Januar vergangenen Jahres. Er wird in Amerika mit der US-Armeeführung zusammentreffen und eine Reihe von Militäreinrichtungen besuchen. Die amerikanisch-chinesischen Militärbeziehungen haben sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 13 Jahren deutlich gebessert. Im vergangenen Jahr hat China mit den USA einen Vertrag über mehrere Millionen Dollar zur Modernisierng seiner Flotte geschlossen.

Ein Prozeß schafft böses Blut in Afrika

Burkina Faso zieht gegen Korruption in der Wirtschaftsgemeinschaft CEAO zu Felde

ACHIM REMDE, Ouagadougou

Der Saal war zum Bersten gefüllt, und als der Vorsitzende des „Volksgerichtshofs" den Vertagungsantrag der Verteidiger zurückwies, erhob sich brausender Applaus. Denn damit stand fest: Unwahrscheinliches würde geschehen: Muhammad Diawara, Ex-Minister der Elfenbeinküste, Moussa N'Gom, Senegalese, und Moussa Diakite aus Mali, alle ehemalige hohe Funktionäre der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (CEAO), würden wegen Veruntreuung von 6,5 Milliarden cfa, immerhin umgerechnet etwa 40 Milionen Mark, tatsächlich zur Verantwortung gezogen. Sie erhielten je 15 Jahre Haft.

Damit endete vorerst die „Affäre Diawara", die mit dessen Verhaftung im Oktober 1984 begonnen und im frankophonen Westafrika seitdem für beträchtliche Unruhe in Regierungskreisen gesorgt hatte. Politische Beobachter meinen sogar, daß sie die eigentliche Ursache für den sonst unerklärlichen weihnachtlichen Grenzkrieg zwischen Mali und Burkina Faso, dem früheren Obervolta, war.

Warum die Aufregung? Korruptionsprozesse mit politischem Hintergrund sind in Afrika an sich nichts besonderes. Insbesondere jedem Staatsstreich folgen sie auf dem Fuße. Dann geht es nicht nur um Gefängisstrafen, sondern um Leben und Tod. Doch im Falle Diawaras war nichts dergleichen erfolgt. Er erfreute sich bis zuletzt bester Beziehungen zu den Regierungen in Mali und Senegal, die – darauf glaubte er bauen zu können – es nicht zum äußersten kommen lassen würden, denn ohne Zutun oder *zumindest* Duldung höchster Regierungsvertreter hätte er die Milliarden gar nicht beiseite schaffen können.

Als Hauptmann Thomas Sankara, Präsident von Burkina Faso („Land der *Unbestechlichen*"), im Oktober 1984 die CEAO-Präsidentschaft turnusmäßig übernahm und als erstes Diawara verhaften ließ, kam es zum Eklat. Die Mitgliedsstaaten boykottierten die jährliche CEAO-Konferenz, die in Burkinas Hauptstadt Ouagadougou hätte stattfinden müssen. Der neuernannte CEAO-Generalsekretär, ein Malier, kritisierte öffentlich Sankaras Vorgehen und wurde von diesem als Persona non grata des Landes verwiesen. Es gehe nicht um Diawara, verkündete Sankara. Es gehe darum, daß 35 Millionen Menschen in den CEAO-Mitgliedsstaaten von einer korrupten Bürokratenclique mit Hilfe korrupter Regierungen systematisch jeglichen Fortschritts beraubt würden. Der Grenzkonflikt zwischen Burkina und Mali eskalierte daraufhin zum Krieg.

Die Abrechnung mit den korrupten Regierungen der CEAO-Mitgliedsstaaten, die Sankara sich von dem Diawara-Prozeß erhoffte, ist ihm nicht gelungen. Aber die Tatsache, daß Diawara und Genossen trotz ihrer Verbindungen verurteilt wurden, stellt einen Meilenstein in der politischen Entwicklung Afrikas dar.

Marcos sprach zu 12 000 Anhängern

rtr./AP, Manila

Der ehemalige philippinische Präsident Ferdinand Marcos hat von seinem Exil Hawai aus per Telefon zu schätzungsweise 12 000 Anhängern in Manila gesprochen. Das Gespräch wurde mit einem Lautsprecher übertragen. Marcos forderte die versammelte Menge auf, gegen die Regierung von Corazon Aquino zu demonstrieren. Er bezeichnete sich als rechtsmäßigen Präsidenten der Philippinen. Diese Auffassing vertrat er auch in einem Telefongespräch am Wochenende mit US-Präsident Reagan. Nach einem Bericht der „New York Times" widersprach Reagan der Ansicht von Marcos und erklärte, die USA unterstützten jetzt Präsidentin Aquino. Bei dem dennoch als freundschaftlich bezeichneten Gespräch wurde, wie es hieß, die Situation des gestürzten Präsidenten „realistisch" erörtert. Marcos-Anhänger veranstalten seit zwei Wochen Mahnwachen vor der US-Botschaft in Manila und beschuldigen die USA, Marcos „entführt" zu haben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Zweierlei Menschenrechte?

„Südafrikanische Eindrücke"; WELT vom 23. April

Sehr geehrte Damen und Herren,

ob ein Reisender dabei die Wirklichkeit wahrnimmt oder nur das, was er schon vorher gemeint hat, hängt davon ab, ob er bereit ist, das Wesentliche wahrzunehmen und alle anzuhören. Für Brandt gilt dies sicher nicht. Er gibt nur brav wieder, was ihm seine Revolutionsfreunde erzählt haben. U. a. sein Friedensnobelpreiskollege Tutu. Brandt hatte dafür sicherlich Verständnis. Er hielt solche Auskünfte auch für die Meinung der Mehrheit. Darum konnte er sich ein Treffen mit den der Gewalt abgeneigten, verständigungsbereiten schwarzen Chiefs schenken.

Um sich aber noch einmal herzlich entsetzen zu können, sah er sich die Schwarzen-Vorstadt Alexandra an. Wie entsetzt würde er sein, wenn er sich einmal Slums in schwarzafrikanischen Ländern ansehen sollte? Dort aber kann er sich das Land nicht von Oppositionellen zeigen lassen. Die gibt es da gar nicht. Und die Regierungstreuen würden ihm schon einen Türken bauen, so daß er beruhigt nach Hause fahren könnte.

Soweto hat er sich lieber nicht angesehen. Das wäre zu komfortabel gewesen. Nun konnte er mit gutem Gewissen bei der Meinung bleiben, mit der er ins Land gekommen war.

„Ich habe mich nicht davon abbringen lassen", schreibt er, „daß nur ein fundamentaler Wandel, nämlich der umfassende Verzicht auf weiße Rassenvorherrschaft, geeignet sein könnte, ein schreckliches, in die Abertausende gehendes Blutbad zu vermeiden." Brandt kann natürlich nicht begreifen, daß er gerade darin mit dem bösen Botha übereinstimmt, nur daß er alles auf einmal haben will, Botha aber eine Reform der kleinen Schritte als den einzig gangbaren Weg ansieht, um ein noch größeres Blutbad zu vermeiden.

Aber Brandt hält das für reine Kosmetik. Dabei müßte er doch aus der eigenen Politik mit der Methode der kleinen Schritte vertraut sein. Oder verleitet ihn gerade die eigene Erfahrung, diese Methode schlechthin mit Kosmetik gleichzusetzen?

Mit freundlichen Grüßen
Professor Dr. H. D. Ortlieb,
Hamburg 52

Herr Brandt mag – seinen eigenen Worten entsprechend – Augen und Ohren bemüht haben. Dem Verstand des interessierten WELT-Lesers jedoch empfehle ich die Lektüre des Buches „Die schwarze Haut" von R. Ruark (Rororo). Dieses Buch vermittelt eindrucksvoller als jeder Reisebericht die verheerenden Folgen einer mißbrauchten afrikanischen „Freiheitsbewegung".

Wolfgang Gläser,
Bonn 2

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie anders sehen die Reisen des gleichen Willy Brandt als SPD-Vorsitzender in die Volksrepublik Polen aus! Dort sucht er nicht ein Treffen mit den in schlimmster Unfreiheit lebenden Deutschen, kein Treffen mit führenden Persönlichkeiten der polnischen Opposition (in Freiheit oder im Gefängnis). Er erhebt keine klare, unmißverständliche Forderung nach Menschenrechten für die dort lebenden Angehörigen des eigenen Volkes, gegenüber denen wir eine besondere Schutzpflicht haben.

Will er nicht? Dann besteht wohl doch ein gestörtes Verhältnis zum deutschen Osten! Darf er nicht? Aber warum dann die Leisetreterei gegenüber den dortigen Machthabern im Gegensatz zu seiner abweisenden Haltung und lautstarken Kritik gegenüber den Regierungsmitgliedern Südafrikas?

Es wäre doch sehr zu begrüßen, wenn sich Herr Brandt in gleich engagierter Weise wie in Südafrika für die Menschenrechte der rund 3,5 Millionen Deutschen einsetzen würde, die östlich von Oder und Neiße sowie im *Osten und Südosten Europas in permanenter ethnischer Anfeindung leben müssen.*

Klas Lackschewitz,
Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen, Bonn

Wort des Tages

„Es gibt keine größere Sünde als viele Wünsche."

Laotse, chinesischer Philosoph (um 300 v. Chr.)

Unklarheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts der dieser Tage stattfindenden Sozialwahlen stellt sich eine grundlegende Frage: Wie soll man eigentlich wählen, wenn keine Informationen über die Alternativen vorliegen?

Wenn ich einen Repräsentanten wähle, möchte ich zumindest wissen, wofür er steht. Die seit Wochen laufende Informationskampagne bezog sich jedoch allein auf die Tatsache der Wahl. Die Wahlunterlagen enthielten nur die Namen der Listen. Diese sind nicht aus sich heraus verständlich. Viele Listen sind untereinander verbunden. Das verstärkt die Unklarheit.

Ich habe mein Kreuz gemacht, aber – ehrlich gesagt – ich weiß nicht für wen, ich weiß nicht wofür! Eine solche Wahl ist eine Farce. Eine geringe Beteiligung kann nicht erstaunen.

Mit freundlichen Grüßen
H. F. Kruse,
Reinbek

Gleichgültig

Sehr geehrter Herr Schell,

ich bin nach mehr als 20jähriger Berufstätigkeit im Ausland, vornehmlich in außereuropäischen Ländern, wieder in die Bundesrepublik Deutschland zurückgekehrt und nunmehr ein halbes Jahr ein aufmerksamer Beobachter vor allem des innenpolitischen Geschehens.

Ich bin (unter anderem) entsetzt, in wie geringem Maße die Bürger und zum Teil auch deren offizielle Vertreter über das Ausmaß und die Gefahren des Terrorismus unterrichtet sind.

Bedenklicher und vor allem gefährlicher scheint mir jedoch noch zu sein, daß weite Kreise dieses friedens- und lebensbedrohende Problem immer noch verharmlosen, ja sogar absichtlich übergehen. Dies schließt leider auch viele meiner alten Freunde und Bekannten ein, die sich, obwohl durchweg konservativer Tradition verbunden, mehr ihrer Staatsverdrossenheit hingeben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Wolfgang W. Jäger,
Erkrath

In einem Boot

„Undichte Stelle"; WELT vom 19. April

Die Vertraulichkeit des SDI-Abkommens wurde gebrochen. Ein Staats- oder Dienstgeheimnis kam an die Öffentlichkeit. Das hat mit Verletzung des Pflicht- oder Moralbewußtseins zu tun.

Nach Herrn Conrad gilt dies allerdings nur für die Staatsbediensteten. Journalisten, die alltäglichen Richter über die Moral und Pflicht der anderen Menschen, fühlen sich selbst an diese Werte nicht gebunden.

Herr Conrad stellt fest: Geschadet hätten nicht die veröffentlichenden Journalisten, sondern die Informanten. Da aber Informanten in einem solchen Fall nur Schaden stiften können, wenn sie den gleichen Mangel an Wertvorstellung bei den Journalisten voraussetzen können, sitzen beide immer im gleichen Boot.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Albrecht Pielcke,
Hamburg 52

Immer Asyl?

„Blind gegenüber Kuba"; WELT vom 5. April

Sehr geehrte Redaktion,

Herr Görtz kritisierte in seinem Kommentar die spanische Regierung, weil sie dem ehemaligen Vizeminister Kubas, Manuel Sanchez Perez, das Asylrecht verweigerte und ihm nur eine Aufenthaltsgenehmigung erteilte.

Herr Görtz schreibt, daß der Mann mit Geld nach Spanien geschickt worden sei, um die NATO-Abstimmung zu beeinflussen. Auch die kubanische Regierung behauptet, daß in seinem Besitz eine größere Summe Regierungsgeld gewesen sei. Hat Herr Perez das Geld wieder nach Kuba zurückgeschickt? Dieser wichtige Punkt wird von Herrn Görtz überhaupt nicht erwähnt.

Grundsätzlich ist festzustellen, daß ein Vizeminister eines als totalitär dargestellten Regimes nicht automatisch durch seine Flucht vom Verfolger zum Verfolgten werden kann. Der Begriff Asylant würde sonst lächerlich werden. Auch der ehemalige Diktator von Haiti möchte als Asylant anerkannt werden.

Hochachtungsvoll
Herbert Wittenberg,
Berlin 21

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Erwin Hilger** (Experimentalphysik) ist auf Lebenszeit auf den Lehrstuhl für das Fach Experimentalphysik berufen und zum Mit-Direktor des Physikalischen Instituts bestellt worden.

*

Dr. **Peter H. Seeburg**, Senior Scientist Gentech Inc., aus San Francisco hat einen Ruf auf den Lehrstuhl („Stiftungsprofessor") für Molekularbiologie am Zentrum für Molekulare Biologie der Heidelberger Universität erhalten und angenommen.

GEBURTSTAG

Sie ist so streitbar wie umstritten: **Luise Rinser**. Morgen wird die in der Nähe von Rom lebende deutsche Schriftstellerin 75 Jahre alt. Sie sagt von sich selbst: „Ich bin die geborene Rebellin und die geborene Sozialistin." Zu den bekanntesten Werken der häufig als „linkskatholisch" eingestuften Autorin gehören die Romane „Mitte des Lebens" und „Mirjam" sowie die Erzählungen „Die gläsernen Ringe" und „Jan Lobel aus Warschau". Luise Rinser veröffentlichte mehrere Tagebücher.

VERANSTALTUNGEN

Zu Ehren von Professor **Karl Schiller**, der in der vergangenen Woche 75 Jahre alt geworden war, hatte **Wilhelm Nölling**, Präsident der Landeszentralbank in Hamburg, zu einem Empfang geladen. Anlaß war die Überreichung einer Festschrift über „Die Zukunft der Globalsteuerung." Mit der Festschrift, so die Herausgeber **Heiko Körner** und **Christian Uhlig**, wolle man die große Leistung Schillers würdigen, ein breites theoretisches Fundament in praktische Politik umgesetzt zu haben. Die von ihm verfolgte Globalsteuerung sei auch heute realisierbar, wenn bestimmte Grundvoraussetzungen geschaffen würden. Schmunzelnd erwiderte Schiller, daß er dem Inhalt der Festschrift mit Spannung entgegensehe, schon deshalb, um herauszufinden, ob dort Thesen behandelt werden, von denen er sich heute längst getrennt habe. Nach vier Reden auf den Jubilar suchte dieser Halt bei **Konrad Adenauer**. Der hatte bei einem Geburtstagsempfang den zahlreichen Gratulanten erklärt: „Ich habe heute viele schöne Reden gehört, aber ich habe sie auch verdient." Die in Hamburg versammelten Weggefährten Schillers aus Politik und Wirtschaft stimmten dem voll zu.

*

Die Bundesrichterin **Erika Scheffen**, Mitglied der Satzungskommission des Deutschen Juristinnenbundes, war während einer Arbeitssitzung der Satzungskommission zu Gast im Verlagsgebäude der WELT in Bonn. Erika Scheffen gehört seit 1969 dem Bundesgerichtshof an. Sie ist Mitglied des 6. Senats, der zuständig ist für alle unerlaubten Handlungen im Bereich des Zivilrechtes. Dazu gehören auch Persönlichkeitsverletzungen, insbesondere im Presse- und Rundfunkbereich.

EHRUNGEN

Franz Hange, Leiter des Büros und Chef vom Dienst im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, ist mit dem Komtur des



Franz Hange

Verdienstordens der Republik Italien geehrt worden. Der 64jährige Franz Hange, dpa-Sonderkorrespondent seit 1949 und Aufzeichner der Teegespräche bei **Konrad Adenauer**, erhielt die Auszeichnung in Würdigung seiner jahrzehntelangen Verdienste um die deutsch-italienische Zusammenarbeit.

*

Die Kölner Chemie-Professorin Frau Dr. **Marianne Baudler** ist mit dem Alfred-Stock-Gedächtnispreis ausgezeichnet worden. Die Professorin, Direktorin des Instituts für Anorganische Chemie der Universität zu Köln, erhielt den Preis vor allem für ihre wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Phosphorchemie, wo sie eine unerwartete Vielfalt neuer Verbindungen auffinden konnte.

*

Die Redakteurin der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA), **Diethild Treffert**, erhielt den Hauptpreis der Printmedien des Katholischen Journalistenpreises 1986. Sie erhielt ihn für ihren Bericht „Der umgepflügte Acker", in dem sie den religiösen Aufbruch in der Sowjetunion beschreibt. Der Hauptpreis elektronische Medien wurde dem Autor **Günther Geisler** für seinen Film „Die dritte Generation" zugesprochen, den das ZDF als „Reportage am Montag" ausgestrahlt hatte. Der Preis ist mit 15 000 Mark dotiert.

*

Es brutzelte und brodelte an allen Ecken und Enden, wie bei einem tätigen Vulkan. Doch der Geruch, der einem in die Nase zog, war nicht der schwefelige Atem eines Kraters, es duftete vielmehr appetitlich nach gebratenem Fisch und Fleisch. Sieger eines lukullischen Wettbewerbs um den Rudolf-Achenbach-Preis 1986 in der Jahrhunderthalle in Frankfurt-Höchst ist der 20jährige **Oliver Altherr** aus Backnang bei Stuttgart (Hotel Graf Zeppelin, Stuttgart). Er ist der beste Jungkoch. Für sein leckeres Vier-Gänge-Menü erhielt Altherr 1000 Mark und er darf mit einer Auslandsreise zu einem internationalen Kochwettbewerb rechnen.

WAHL

Die Jahreshauptversammlung des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Zeitungsverleger hat in Bielefeld den Vorstand im Amt bestätigt: Dr. **Joseph Schaffrath** aus Düsseldorf wurde wieder zum 1. Vorsitzenden gewählt. Seine Stellvertreter wurden **Hans Medernach** aus Lüdenscheid und **Bernhard Boll** aus Solingen.

RUHESTAND

Kirchen-Verwaltungsoberrat **Hans-Hermann Voigtmann**, Geschäftsführer des Amtes für Gemeindedienst der Hannoverschen Landeskirche, ist nach 50jähriger Tätigkeit im kirchlichen Dienst in den Ruhestand gegangen.

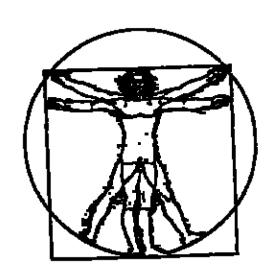
NOTIZEN

Ariane startet

Paris (AFP) – Der 18. Start einer „Ariane"-Trägerrakete ist für den 30. Mai im Raumfahrtzentrum von Kourou (Französisch-Guayana) vorgesehen, um im Auftrag der Internationalen Organisation für Satellitenkommunikation den 14. „Intelsat-V-1" in eine geostationäre Umlaufbahn zu bringen. Wie gestern von seiten der Vermarktungsgesellschaft „Arianespace" verlautete, wird für den 1994 Kilo schweren Satelliten eine „Ariane-2" eingesetzt.

Neugründung

Heidelberg (DW.) – Das Deutsche Krebsforschungszentrum beabsichtigt, Erkenntnisse



über virusassoziierte Krebsformen und den Mechanismus, der ihnen zugrunde liegt, in einer gezielten Aktion praktisch umzusetzen. Eine Projektgruppe, die den späteren Kern eines geplanten Instituts für „Angewandte Tumorvirologie und Krebsprävention" bilden soll, wird deshalb noch in diesem Jahr ihre Arbeit aufnehmen. Ihre Aufgabe soll u. a. die Entwicklung geeigneter Impfstoffe zur Verhütung virusbedingter Krebserkrankungen sein.

Zusammenarbeit

Düsseldorf (dpa) – Der Präsident der Ärztekammer Nordrhein, Prof. Horst Bourmer, hat sich für eine enge Zusammenarbeit zwischen Ärzten und Krankengymnastinnen eingesetzt. Die Arbeit der Krankengymastinnen ergänze ärztliche Bemühungen vielfältig und mache häufig den längeren Einsatz von Medikamenten überflüssig.

Nachdenkliches über das Gehirn

Konferenz „Neurowissenschaften und Ethik" veröffentlicht ihren Empfehlungs-Bericht

Von LUDWIG KÜRTEN

Über ethische Probleme im Zusammenhang mit den Neurowissenschaften diskutierten 25 Wissenschaftler aus zehn Ländern vier Tage lang im Klostergut Jakobsberg bei Boppard. Der Abschlußbericht mit den Ergebnissen der Beratung wurde am Freitag vergangener Woche Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber übergeben. Er wird den Staats- und Regierungschefs der Länder des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio übermittelt, in deren Auftrag die Konferenz zusammentrat.

Die Fortschritte der Neurowissenschaften beruhen vor allem auf der explosionsartigen Vermehrung des Wissens über die molekularen, genetischen und elektrophysiologischen Abläufe im Gehirn. Man kann heute nicht nur Vorgänge wie Lernen oder Gedächtnis, sondern auch bestimmte Krankheiten (etwa Multiple Sklerose, Parkinson-, Huntington-, Alzheimer-Krankheit) in ihren Grundzügen erklären.

Experimente am menschlichen Gehirn und die Behandlung von Funktionsstörungen dieses Organes berühren zahlreiche ethische Fragen. Die Konferenz, an der Natur-, Geistes-, Rechtswissenschaftler und Mediziner teilnahmen, diente vor allem dazu, alle auftretenden Probleme systematisch zu sammeln. Außerdem sollte geklärt werden, ob es in den unterschiedlichen Kulturkreisen der Teilnehmerländer möglicherweise grundlegende Unterschiede in der Beurteilung gibt.

Fortschritte der Forschung werfen ethische Fragen auf

Ein typisches Beispiel für das Dilemma, in das die Medizin und damit auch die Gesellschaft durch neurologische Fortschritte geraten kann, zeigen die Erfolge bei der Diagnose der Huntington-Krankheit („Veitstanz"). Man weiß heute, daß diese erst in höherem Alter auftretende Krankheit auf einem genetischen Defekt beruht. Es ist heute möglich, diesen Erbfehler schon vor der Geburt zu erkennen. Damit aber drängt sich die Frage auf, ob bei einem positiven Befund das ungeborene Leben abgetrieben werden sollte, obwohl dieser Mensch die Chance hat, 30 bis 40 Jahre ein gesundes Leben zu führen.

Sollten Patienten, bei denen der Defekt erkannt wurde, davon informiert werden, bevor die Symptome auftreten, obwohl eine Behandlung bis heute nicht möglich ist? Die Wissenschaftler diskutieren darüber hinaus die Frage, ob die Forschung mehr im Bereich der Gentherapie oder durch die Klärung der Neuropathologie vorangetrieben werden sollte.

Ein wichtiger Punkt bei den Beratungen der Kommission war die Frage, wann ein Mensch für tot erklärt werden darf. Patienten mit schweren Hirntraumen, bei denen ein völliger Verlust der Hirnfunktion (Hirntod) eingetreten ist, können heute mit Hilfe der Intensivmedizin am Leben erhalten werden. Vor allem bei Organtransplantationen muß festgelegt werden, wann dem Spender das Organ entnommen werden darf.

Einige Teilnehmer (etwa aus Japan und Frankreich) berichteten über eine tiefgehende Aversion in ihren Ländern gegenüber der Organentnahme nach dem Hirntod. Die Wissenschaftler empfehlen, daß der Hirntod an Hand eindeutiger und einheitlicher Kriterien diagnostiziert werden muß, die jeden Irrtum ausschließen.

Die moderne Chirurgie macht heute Eingriffe in das Gehirn möglich. So kann man Patienten mit chronischen Schmerzen Elektroden einpflanzen und bestimmte Gehirngebiete dauerhaft reizen, um den Schmerz zu stoppen. Die Transplantation von Gewebe ins Gehirn hat sich bei einigen Tierversuchen und – bei vorbereitenden Versuchen – auch am Menschen schon als erfolgreich erwiesen. Durch die Verpflanzung von Zellen oder Geweben, die bestimmte Substanzen produzieren, können Krankheiten, die durch den Ausfall der natürlichen Produktion dieser Stoffe zustande kommen, behoben werden. Möglich ist auch die Einpflanzung kleiner Arzneimittelpumpen, die bestimmte Störungen des Gehirnes ausgleichen.

Besonders umstritten sind hirnchirurgische Eingriffe bei psychiatrischen Erkrankungen. Sie werden heute nur noch in wenigen Ländern vorgenommen. In der Öffentlichkeit wird oft die Ansicht geäußert, dadurch würde unzulässigerweise die Persönlichkeit verändert. Bei Patienten mit schweren Wahnvorstellungen haben sich allerdings kleine Operationen als günstig erwiesen.

Für eine Reihe von Geistes- und Gemütskrankheiten gibt es, so fand die Kommission, bis heute keine befriedigende Behandlung. Hier sei es nötig, die pharmakologische Forschung zu verstärken, um wirksame Medikamente zu finden. Auch die Unterscheidung von Depressionen und anderen seelischen Störungen bedürfe einer Verbesserung. Nur mit einer klaren Unterscheidung werde es möglich, den wachsenden Verbrauch von Psychopharmaka einzuschränken. Andererseits müssen die Patienten, die tatsächlich an einer krankhaften Depression leiden, der notwendigen Behandlung zugeführt werden.

Steigender Mißbrauch von Drogen und Arzneimitteln

Es müsse festgestellt werden, ob der übermäßige Verbrauch von Psychopharmaka auf mangelnde ärztliche Versorgung, auf den Einfluß der Hersteller oder auf soziale Faktoren zurückzuführen sei. Besondere Aufmerksamkeit verdiene auch der zunehmende Mißbrauch von Alkohol, Nikotin sowie von sogenannten harten Drogen. Hier sollte die statistische Basis verbessert werden, um Ursachen, Umfang und Auswirkungen besser beurteilen zu können. Es müsse geprüft werden, ob starker Mißbrauch von Alkohol und anderen Substanzen mit sozial bedingter Depression zusammenhänge.

Die Jakobsberger Konferenz war das dritte Treffen in einer Reihe von Konferenzen, die 1983 auf dem Weltwirtschaftgipfel in Williamsburg (USA) auf Anregung des japanischen Premierministers Nakasone beschlossen worden waren. Die Tagung 1984 in Hakone (Japan) war allgemeinen Fragen der Bioethik gewidmet, 1985 sprach man in Rambouillet (Frankreich) über „Gentechnik und Reproduktionsmedizin".

Der Sternenhimmel im Mai

Von ERICH ÜBELACKER

Anfang Mai beginnt besonders in Norddeutschland die Zeit der langen Sommertage, dem Sternfreund bleiben nur wenige völlig dunkle Nachtstunden, in denen er seinem Hobby nachgehen kann. Kurz nach Sonnenuntergang taucht im Nordwesten die strahlend helle Venus auf, die wie unsere Erde ein Planet ist, also kein eigenes Licht erzeugt, sondern von der Sonne beleuchtet wird. Da die Venus von weißen Wolken bedeckt ist, reflektiert sie das Sonnenlicht besonders stark und ist, abgesehen vom Mond, das mit Abstand hellste Gestirn des Nachthimmels. Sie geht Anfang Mai gegen 23 Uhr, Ende des Monats etwa um 24 Uhr unter und ist an der schönsten Konstellation des Monats beteiligt: In den Abendstunden des 11. 5. läuft die schmale zunehmende Mondsichel an der Venus vorbei. Der Mond erreicht dann am 17. 5. das Erste Viertel, am 23. 5. ist Vollmond.

Wenn die Venus im Nordwesten verschwindet, taucht im Südosten ein weiterer Planet, der Saturn, auf. Der Ringplanet erreicht Ende Mai seine erdnächste Stellung und ist praktisch die ganze Nacht hindurch zu beobachten. Ein kleines Fernrohr mit 40- bis 50facher Vergrößerung zeigt bereits die Saturnringe.

Alle anderen Sterne, die man mit bloßem Auge am abendlichen Maihimmel beobachten kann, sind Fixsterne, ferne Sonnen. Sie bilden die Sternbilder. Über dem Osthorizont erscheinen nach Einbruch der Dunkelheit die Sommersternbilder Leier, Schwan und Adler, deren Hauptsterne Wega, Deneb und Atair das sogenannte Sommerdreieck bilden. Ebenfalls im Osten stehen der Schlangenträger und der Herkules, in dem man schon mit bloßem Auge den berühmten Kugelhaufen M 13 erkennt, der über 100 000 Sterne enthält. Im Südosten findet man Teile des Tierkreisbildes Skorpion, in dem der Planet Saturn zu Gast ist. Zu den Tierkreissternbildern, durch welche im Laufe des Jahres die Sonne wandert, gehören auch die Waage und die Jungfrau. Diese steht Mitte Mai um 23 Uhr ziemlich genau über dem Südhorizont. Hoch über der Jungfrau findet man im Süden den Bärenhüter oder Bootes mit seinem hellen Hauptstern Arkturus sowie die Nördliche Krone.

Dreht man die Sternkarte so, daß die westliche Richtung nach unten zeigt, simuliert man einen Blick über den Westhorizont. Der Löwe, welcher wie der unscheinbare Krebs zu den Tierkreissternbildern gehört, ist in dieser Region ebenso zu finden wie der Kleine Hund und ein Teil der Wasserschlange, über der sich die kleinen Sternbilder Becher und Sextant befinden, welche vorübergehend eine große Bedeutung haben, da im Mai in dieser Himmelsgegend der Halleysche Komet zu finden ist.

Im Nordwesten verabschieden sich mit den Zwillingen und dem Fuhrmann die letzten Wintersternbilder, genau im Norden steht das „Himmels-W", die Cassiopeia. Um den Himmel über dem Nordhorizont zu simulieren, muß man die Karte so drehen, daß die Nord-Richtung nach unten zeigt. Die in dieser Position der Karte linken Hauptsterne des Großen Wagens weisen dann zum Polarstern im Kleinen Wagen, der immer über dem Nordpunkt steht. Zwischen dem Großen und dem Kleinen Wagen, auch Großer und Kleiner Bär genannt, schlängelt sich der Drache hindurch.

Die hier gezeigte Sternkarte kann natürlich nur für einen ganz bestimmten Zeitpunkt genau gelten, nämlich für den 15. 5., 23 Uhr. Im Laufe der Nacht gehen ja im Osten infolge der Erddrehung immer neue Sterne auf, während im Westen andere verschwinden. So erscheint in den Morgenstunden, am 15. 5. zum Beispiel um 1.20 Uhr, der rote Mars am Horizont, der wie der gegen 3.30 Uhr aufgehende Jupiter ein Planet ist, also sein Licht von der Sonne erhält und uns so nahe steht, daß dort bereits vor zehn Jahren Raumsonden gelandet sind.

Mars steht im Schützen, Jupiter im Wassermann. Während sich ersterer, mit dem Fernrohr betrachtet, nur als enttäuschend kleines rötliches Scheibchen präsentiert, kann man bei Jupiter schon mit kleiner Vergrößerung den täglichen Positionswechsel seiner vier größten, schon von Galilei entdeckten Monde verfolgen.

Gegen 4 Uhr morgens schließlich werden wir wahrscheinlich in den ersten Monatstagen besonders viele Sternschnuppen beobachten können. Der Meteorstrom der „Mai-Aquariden" besteht aus Überresten des Halleyschen Kometen, durch die unsere Erde hindurchrast.

Gratwanderung vor jeder Operation

Der Chirurgenkongreß diskutierte über die Entscheidungskriterien für einen Eingriff

Von VERA ZYLKA

Die Entscheidung für oder gegen eine Operation hängt in erster Linie von Faktoren ab, die den Patienten betreffen (Art und Ausmaß der Grunderkrankung, Begleiterkrankungen, Lebensalter, psychosoziales Umfeld). Aber auch patientenunabhängige Faktoren wie juristische Gesichtspunkte, personelle und materielle Ausstattung des jeweiligen Krankenhauses sowie die Persönlichkeit des Chirurgen fließen darin ein. Dies zeigten weit über 300 Vorträge während des 103. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, der unter dem Leitthema „Indikation zur Operation" stand.

Abwägung des Risikos

Natürlich steht vor jeder chirurgischen Entscheidung der Wunsch, das individuelle Risiko für den Kranken in seiner konkreten Situation möglichst objektiv und quantitativ abzuschätzen. Denn Indikation bedeutet Abwägen zwischen Risiko und langfristigem Nutzeffekt, heißt entscheiden unter Risiko.

Entscheidungshilfe von chirurgischer Seite bieten die Ergebnisse kontrollierter Studien über heute ausgereifte Operationstechniken. Der interdisziplinären Zusammenarbeit mit Anästhesisten und Internisten ist es zu verdanken, daß durch Erstellung von Bewertungs- und Checklisten der Patient nach Begleiterkrankungen und voroperativem Zustand „klassifiziert" und Risikogruppen zugeordnet werden kann. Aus diesem Netzwerk von Informationen resultiert dann eine Art „ Gesamtwahrscheinlichkeit" für den jeweiligen Patienten.

Hohes Alter bedeutet heute keine Gegenindikation mehr, auch nicht bei großen Eingriffen. Entscheidend ist nicht das numerische, sondern das biologische Alter. Zwar nehmen nach dem 50. Lebensjahr die Gesundheitsstörungen sprunghaft zu (Multimorbidität), dem kann aber durch eine adäquate Vorbehandlung (Ausgleich von Flüssigkeitsdefiziten, Rekompensation von Herz und Kreislauf, Atemtherapie, Thromboseprophylaxe, etc.) und durch eine nachoperative Betreuung auf Intensivstationen Rechnung getragen werden.

Ein Paradebeispiel für die Schwierigkeiten der Indikationsstellung ist das therapeutische Vorgehen bei Brustkrebs. Früher war man der Ansicht, so radikal wie möglich zu operieren (Amputation). Heute ist man bestrebt, nur so radikal wie nötig vorzugehen (brusterhaltende Operation), um der Patientin aus kosmetischen und psychischen Gründen einen „verstümmelnden" Eingriff zu ersparen. Allerdings bewegt sich der Chirurg mit seiner Entscheidung auf einem gefährlichen Grat: Auf der einen Seite steht die Lebensqualität der Patientin, auf der anderen ihr Überleben. Die Chirurgen warnten daher vor Euphorie, da Langzeitergebnisse der brusterhaltenden Therapie noch nicht vorliegen. Eine Gleichstellung dieser Therapie mit der radikalen Methode ist – ihrer Meindung nach – noch nicht sichergestellt.

Eine vor zweieinhalb Jahren initiierte Studie des Bundesforschungsministeriums wird demnächst eindeutige Daten liefern. An dem Projekt beteiligen sich 60 Kliniken aus ganz Deutschland mit zur Zeit 400 Patientinnen. Diese Studie sieht die alleinige Tumorentfernung bei einem Tumordurchmesser bis zu zwei Zentimeter vor, solange Lymphknoten noch nicht infiltriert und Metastasen gebildet sind. Nicht fehlen darf eine sich anschließende computergesteuerte Bestrahlung.

Aufklärung des Patienten

Aufgrund der verfeinerten Diagnostik durch bildgebende Verfahren werden heute gehäuft Gallensteine festgestellt, die dem Patienten bislang keine Beschwerden verursachten. Auch hier gibt es sowohl für die Entscheidung zu operieren als auch für ein Abwarten gute Gründe: Ein vorhandener Gallenstein kann ein Leben lang symptomlos bleiben, aber mit zunehmendem Alter und mit den durch ein Gallensteinleiden verursachten Komplikationen wächst das Operationsrisiko. Die Sterblichkeit steigt dann von 0,9 auf 5 %. Bei der zufälligen Entdeckung eines Gallensteins ist der Arzt daher inzwischen aus juristischen Gründen zu einer detaillierten Aufklärung des Patienten verpflichtet.

Die Umwelt braucht einen Anwalt

Der 17. Deutsche Naturschutztag in Bremen fordert rasches Umdenken und Handeln

Von WALTER A. BAUER

Unmut über den desolaten Zustand des Naturschutzes beherrschte den 17. Deutschen Naturschutztag in Bremen. Die Politiker bekamen gehörig hinter die Ohren geschrieben, was bei der bevorstehenden Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes von 1976 alles im argen liegt. Methoden der zwanziger und dreißiger Jahre, so hieß es, gehörten nicht in ein Naturschutzgesetz der 90er Jahre.

Bremens Umweltschutzsenatorin Eva-Maria Lemke wies vor über 600 Tagungsteilnehmern darauf hin, daß in der Bundesrepublik trotz Naturschutzgesetz 58 % der Säugetiere, 52 % der Vögel, 70 % der Fische und 42 % der Großschmetterlinge vom Aussterben bedroht sind. Gar nicht zu reden von Lurchen und Kriechtieren, Farn- und Blütenpflanzen.

In Bremen wurde deutlich, daß Natur- und Umweltschutz keinesfalls ideologische Reservate der Grünen und Alternativen sind, sondern daß der Ruf nach Rettung der bedrohten Natur durch alle Schichten der Bevölkerung geht. Es wurde auch klar, daß sich das Dilemma in Sachen Natur- und Landschaftsschutz nicht allein durch ein paar Gesetzesänderungen aus der Welt schaffen läßt.

Die veranstaltende „Arbeitsgemeinschaft beruflicher und ehrenamtlicher Naturschutz e. V." (ABN) unter ihrem Vorsitzenden Henry Markowski war bemüht, jede Polemik zu vermeiden und wissenschaftliche und statistische Fakten sprechen zu lassen. Wichtige Punkte in den Diskussionen waren die Landwirtschaftsklausel im Naturschutzgesetz, der Biotop- und Artenschutz sowie der wachsende Verbrauch der Landschaft. Die Natur brauche einen Anwalt, sagte Markowski, und das könnten „nur die von Wirtschafts- und Nutzungsinteressen unabhängigen Naturschutzverbände sein".

Neue Schutzstrategien und vor allem eine ökologische Gesamtpolitik sollten den stückweise betriebenen Naturschutz ablösen. Die Naturschutzgebiete sollten drastisch vergrößert werden, und man müsse einen integrierten Natur- und Umweltschutz betreiben: Dies waren die Hauptforderungen in Bremen. Umstritten war die Frage, was unter einer umweltverträglichen Landwirtschaft zu verstehen sei. Nach den Vorstellungen der Naturschützer müsse eine neuorientierte Agrarpolitik darauf abzielen, daß unsere Landschaft weniger intensiv bearbeitet wird und sich damit neue Chancen für den Naturschutz ergeben.

Professor Wolfgang Erz von der Bundesforschungsanstalt für Naturschutz- und Landschaftsökologie (Bonn) bescheinigte dem Naturschutz in der Bundesrepublik „einen Rückstand von 25 bis 50 Jahren". Die Naturschützer fordern daher die Schaffung eines Bundesumweltministeriums, die Lösung des Konflikts zwischen Landwirtschaft und Naturschutz sowie eine Weiterentwicklung der Schutzkonzepte für die Nationalparks. Der Naturschutztag befürwortete auch die Einführung des Klagerechts für Naturschutzverbände. Bei vielen Umweltzerstörungen nämlich sei der Staat der Täter.

Als unerläßlich gelte die Zusammenführung von Naturschutz- und Landschaftspflege. Von der Fläche der etwa 2000 Schutzgebiete in der Bundesrepublik sei nur rund ein Prozent unter Naturschutz gestellt, 25 Prozent hingegen unter Landschaftsschutz. Viele Naturschutzgebiete seien von unzureichender Qualität und oft viel zu klein ausgewiesen.

NACHRICHTEN

Trainer für Steffi Graf

Berlin (poh) – Steffi Graf wird künftig außer von ihrem Vater auch von einem Trainer betreut: Harald Elschenbroich (44), der deutscher Tennismeister und Daviscup-Spieler war. Elschenbroich trainiert Rot-Weiß Berlin, mit dem die Weltranglisten-Dritte am 8. Mai ein Regionalliga-Spiel gegen Osnabrück bestreitet.

Juventus Meister

Turin (dpa) – Juventus Turin wurde zum 22. Mal italienischer Fußballmeister, Inter und AC Mailand sind nicht mehr im Europapokal vertreten. – Saint Germain Paris ist nach 50 Jahren der erste Hauptstadtklub, der in Frankreich den Titel gewann.

Siege von Lewis

Walnut (sid) – Olympiasieger Carl Lewis begann die amerikanische Leichtathletik-Saison mit zwei Siegen in Walnut/Kalifornien. 100 m lief er in 10,14 Sekunden, im Weitsprung erreichte er 8,33 m.

Keine Reduzierung

Dortmund (sid) – Die Handball-Bundesliga der Männer wird nicht von 14 auf zwölf Vereine reduziert. Das beschloß der Vorstand des Verbandes. Bundestrainer Simon Schobel und die Technische Kommission hatten die Verkürzung gefordert, um das Leistungsgefälle innerhalb der Klasse zu verringern.

ZAHLEN

GOLF

Madrid Open, Puerta de Hierro-Platz (Par 72): 1. Clark (England) 70+68+67+69=274 Schläge, 2. Balesteros (Spanien) 69+67+69+70=275, 3. Woosnam (Wales) 69+69+70+71=279. – **Houston Open**, Woodlands-Platz (Par 72): 1. Strange 72+68+68+66=274 nach Stechen 3. Extra-Loch, 2. Peete 65+70+70+69=274, 3. Watson (alle USA) 69+68+68+71=276. – Langer (Deutschland) pausierte.

FUSSBALL

WM-Testspiele: Uruguay – Penarol Montevideo 1:1 (0:1), Mexiko – Kanada 3:0 (1:0).

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 20. Spieltag: Schwabing – Essen 13:16.

TISCHTENNIS

ETTU-Pokal, Herren, Finale in Lohmar: Düsseldorf – Trinité Sports Nizza/Frankreich 3:5, damit Nizza Europapokal-Sieger.

GEWINNZAHLEN

Toto: 6 aus 45: 3, 18, 32, 35, 37, 45, Zusatzzahl: 30. (Ohne Gewähr).

Trainer Unsinn und der gute Schlaf

Mit dem Namen des Bundestrainers kann trefflich gespielt werden: Unsinn, von der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft mehr erwarten zu wollen. Aber ebenfalls Unsinn, für jeden schwachen Moment die Zustände daheim verantwortlich zu machen. Oder: Unsinn, die Spieler, alle Trainers Duz-Freunde, unter dem Schirm väterlich-milder Stimmung zu versammeln, auf daß sie kein Regentropfen der Kritik erreiche – wo doch Leistung viel eher in einem Spannungsfeld wächst.

Xaver Unsinns Team steht nach dem 5:5 gegen Polen im letzten WM-Spiel da, wo es hingehört. Auf Platz sieben, so gerade noch, also weiter von Platz sechs entfernt als vom Abstieg. Haben also Trainer und Spieler ihre Pflicht erfüllt? Ein Ja als Antwort ist zulässig, wird aber eingeschränkt durch die Tatsache, daß sie

STAND ● PUNKT

mehr gar nicht wollten. Von Ausnahmen abgesehen. Gerd Truntschka sagt: „Mein Ziel war die Endrunde. Als Mannschaft aber haben wir uns mit dem Klassenerhalt zufrieden gegeben. Wer das tief in sich drin hat, dem fehlte der Wille."

Das geht, zwangsläufig, auch gegen den Trainer, der weniger wollte als sein (bester) Spieler Truntschka. Unsinn zumindest, als Bundestrainer dies zu sagen: „Ich bin überhaupt nicht unglücklich, weil ich nur aus dem einen Grund hierhergefahren bin, die Klasse zu erhalten." Hinter diesem vom braven Xaver aufgebauten Schutzwall kann sich eine ganze Mannschaft feige verstecken und gemütlich leben. Günter Sabetzki, der Präsident des internationalen Verbandes, hat Unsinn vorgeworfen, er habe die WM geistig nicht im Griff gehabt. Der Trainer antwortete, er habe sich „physisch gut vorbereitet" und schlafe „wie ein Bär". Ihm wird's schon helfen.

que

GALOPP / Sieger aus einem kleinen Gestüt

Derby-Nennung verpaßt

KLAUS GÖNTZSCHE, **Wuppertal**

Es kommt nicht allzuoft vor, daß Pferde aus kleinen Gestüten bedeutende Rennen gewinnen. Am Sonntag beim Großen Preis der Steigenberger-Hotels (40 000 Mark dem Sieger) auf der Galopprennbahn in Frankfurt am Main (Rekord-Wettumsatz: über 1,2 Millionen Mark) siegte mit dem Hengst Vif-argent (Jockey Ralf Suerland) ein Pferd, dessen Züchter, Wilhelm Scholtes, allenfalls in der Turfszene in Hannover/Leine bekannt ist. Dort hat er 1979 das Gestüt Isernhagen gegründet, auf 60 Morgen Koppeln züchtet er Vollblutpferde, wo früher Viehhaltung betrieben wurde.

Scholtes ist stolz darauf, daß er nicht zu denen gehört, die die Aufzuchtmethode des derzeit in Deutschland führenden Gestüts, Fährhof, kopiert haben. In Fährhof sind die Pferde, wenn irgend möglich, Tag und Nacht draußen. Scholtes: „Aber erst von dem Zeitpunkt an, als die Fährhofer Aufzuchtmethoden allgemein bekannt wurden, konnte auch ich meine Kunden halten."

Scholtes betrachtet die Vollblutzucht auch als eine geistige Herausforderung. Früher hat er sich mit der Aufzucht von Guppys, den sogenannten Millionenfischen, beschäftigt. Scholtes: „Es hat mich fasziniert, wie Erbgänge, für den Menschen nur schwer nachvollziehbar, verlaufen. Da paart man ein prachtvolles blaues Guppy-Männchen mit einem wunderschönen roten Guppy-Weibchen und heraus kommen wildgraue Guppys."

Vif-argent entstammt auch einer durchaus ungewöhnlichen Paarung. Die Mutterstute Vilette wurde von ihrem Vorbesitzer, dem Landwirt, Vollblutzüchter und Verbandsfunktionär Kurd von Lenthe, aufgrund von Hormonschwierigkeiten als zuchtuntauglich eingestuft, sie sollte Reitpferd werden, als Fohlen war sie an einer eitrigen Lungenentzündung erkrankt. Vif-argents Vater, Horst-Herbert, deckt im kleinen Gestüt Neffeltal im rheinischen Zülpich. Scholtes: „Der wäre in einem großen Gestüt sicher ein hocherfolgreicher Vererber geworden."

Für seinen Vif-argent scheute der finanziell nicht gerade auf Rosen gebettete Scholtes sogar die erste Derby-Nennung von nur 250 Mark. Am 6. Juli 1986 in Hamburg kann er deshalb nicht starten. Zunächst war der Hengst auch so klein und schmächtig, daß man ihm einen Spielgefährten in den Stall stellte. Fürsorglich kümmerte sich die 17jährige Ilona Rentel um den schwachen Hengst, der jetzt erstaunlicherweise schon ein Rennen der Europa-Gruppen-Kategorie gewonnen hat. Allerdings nicht mehr für Wilhelm Scholtes, der ihn im Vorjahr für etwa 32 000 Mark an den Wattenscheider Agenten Lothar Grabe verkaufte. Scholtes feierte am Tag des Steigenberger-Pokals Geburtstag, Grabe bot das Pferd noch am Tage des Rennens für ein Vielfaches des Preises zum Kauf an.

EISHOCKEY

Bronzemedaille für Kanada

dpa, **Moskau**

Ein Jahr nach dem Gewinn der Silbermedaille in Prag holten sich die Kanadier gestern bei der 51. Eishockey-Weltmeisterschaft in Moskau die Bronzemedaille. Die Finnen, die noch nie einen der ersten drei Plätze erreicht hatten, gingen in direktem Duell durch eine 3:4(1:1, 2:2, 0:1)-Niederlage auf dem vierten Platz wieder einmal leer aus. Die Kanadier schlossen die WM-Endrunde im Luschniki-Sportpalast vor 8000 Zuschauern mit 2:4 Punkten vor den Finnen (1:5) ab. Im Kampf um die Goldmedaille standen sich danach die Sowjetunion (4:0 Punkte) und Schweden (3:1) gegenüber (das Spiel war bei Redaktionsschluß noch nicht beendet).

Nach der finnischen 1:0-Führung durch Jarvenpaa (4. Minute) wurden die Kanadier immer stärker. Sie kamen durch Sutter (6.), Fox (21.) und Redmond (25.) zu einer 3:1-Führung. Dann griff Schiedsrichter Karandin aus der UdSSR aktiv in das scheinbar entschiedene Spiel ein und benachteiligte die Kanadier bei mehreren Strafzeiten massiv.

Die Finnen nutzten ihr Überzahlspiel in der 34. und 37. Minute zum Unentschieden durch Jalonen und Virtanen. Doch Toni Tanti, von den Vancouver Canucks, sicherte dem kanadischen Team mit seinem Tor zum 4:3 in der 58. Minute die Bronzemedaille. In dem verbissen geführten Kampf gab es 14 Strafminuten gegen Kanada, sechs gegen Finnland.

FUSSBALL / Franz Beckenbauers Überraschung

Münchner Norbert Eder im Aufgebot für Mexiko

sid/dpa, **Frankfurt**

Franz Beckenbauer ist immer für eine Überraschung gut. Nachdem er noch zum Jahresbeginn das Ende aller Experimente angekündigt und die Fußball-Nationalmannschaft als „geschlossene Gesellschaft" bezeichnet hatte, schlüpfte nun noch ein Neuling in das vorläufige Aufgebot für die Weltmeisterschaft in Mexiko, den kaum jemand auf der Rechnung hatte: Der Münchner Vorstopper Norbert Eder (30) ist der 26. Mann für den Lehrgang in Malente (5. bis 10. Mai). Die Nominierung des Uerdingers Wolfgang Funkel (27), der ebenfalls noch kein Länderspiel bestritt, war nach den Diskussionen der letzten Wochen abzusehen.

„Eder hat eine gute und konstante Saison hinter sich. Er war einer der Garanten für den Münchner Titelgewinn. Ich stelle ihn auf eine Stufe mit Lerby." So lobte Beckenbauer den spätberufenen Eder, für den sein ehemaliger Teamkollege Paul Breitner schon lange eine Chance forderte, „weil er der beste deutsche Vorstopper ist".

Eder selbst, bislang einmal ins B-Team und 15mal in die Amateur-Nationalelf berufen, reagierte erfreut: „Deutscher Meister, eine Einladung vom DFB, dann vielleicht noch Pokalsieger, und das alles in einer Woche: Das ist fast zu schön, um wahr zu sein."

Für Eder und Funkel schlägt die Stunde der Entscheidung in den beiden Test-Spielen gegen Jugoslawien am 11. Mai in Bochum und gegen Holland am 14. Mai in Dortmund. „Wenn wir die beiden schon holen, dann wollen wir sie selbstverständlich auch spielen sehen", sagt Trainer Horst Köppel.

Beide Abwehrspieler gehören zu jenem Kreis von sieben oder acht Spielern, die sich, so Beckenbauer, um drei bis vier freie Plätze streiten. Beckenbauer: „Das Streichen wird kein Problem, obwohl es nicht angenehm ist, vor allem für mich nicht. Doch wir sind Sportsleute und werden damit fertig. Es ist besser, jetzt einen größeren Kreis zu benennen, statt hinterher irgendeinen nachzunominieren." Zu denen, die noch um ihren Platz kämpfen müssen, gehören gewiß Klaus Augenthaler, Ditmar Jakobs, Thomas Berthold und Andreas Brehme. Gerade der Auftritt von Augenthaler und Jakobs im Länderspiel gegen die Schweiz nämlich hatte Franz Beckenbauer über neue Lösungen in der Abwehr nachdenken lassen.

Härtefälle hat es schon bei der Zusammenstellung des 26-Mann-Aufgebots gegeben. Am schwersten, so Trainer Köppel, sei die Entscheidung zwischen Frank Mill und Herbert Waas gefallen. Beckenbauer: „Für Mill hat letztlich die größere Erfahrung den Ausschlag gegeben. Außerdem war er seit zwei Jahren fast immer dabei."

Auch Kandidaten wie Michael Frontzeck (M'gladbach), Ralf Falkenmayer (Frankfurt) und Thomas Allofs (Kaiserslautern) fielen durch. Der Teamchef sagt: „Wir sind auf allen Positionen ganz gut besetzt. Besonders erfreulich ist das Comeback von Rudi Völler und Pierre Littbarski. Die beiden brauchen wir dringend."

Für 22 Auserwählte beginnt die heiße Phase der WM-Vorbereitung am nächsten Montag. Die Kölner Harald Schumacher, Pierre Littbarski und Klaus Allofs reisen erst nach den UEFA-Cup-Endspielen am 7. Mai an. Der Dortmunder Torwart Eike Immel wurde wegen der Relegationsspiele ganz freigestellt, erscheint lediglich zu einem Fototermin am 9. Mai, ist ansonsten aber fest eingeplant.

Malente bleibt bis zum 10. Mai Quartier der Nationalspieler. Dann erfolgt zu den beiden Spielen der Umzug in die Sportschule Kamen-Kaiserau. Nach einem viertägigen Heimaturlaub ist für den 19. Mai der Abflug nach Mexiko vorgesehen. Das endgültige Aufgebot von 22 Spielern werden Beckenbauer und Köppel dem Fußball-Weltverband am 23. Mai melden.

Das vorläfige Aufgebot:

Tor: Immel (25 Jahre/4 Länderspiele), Schumacher (32/66), Stein (32/5).

Abwehr: Augenthaler (28/10), Berthold (21/10), Brehme (25/21), Briegel (30/64), Buchwald (25/6), Eder (30/0), Förster (27/73), Wolfgang Funkel (27/0), Herget (30/19), Jakobs (32/14).

Mittelfeld: Allgöwer (29/9), Matthäus (25/39), Magath (32/37), Rahn (24/9), Rolff (28/16), Thon (20/9).

Sturm: Klaus Allofs (29/38), Gründel (29/3), Hoeneß (33/3), Littbarski (26/38), Mill (27/8), Rummenigge (31/88), Völler (26/29).

FORMEL 1

Sieger fuhr im Schrittempo ins Ziel: Alain Prost

MIKE SMITH, **Imola**

Weltmeister Alain Prost stand die Freude über seinen ersten Saisonsieg beim Großen Preis von San Marino in Imola ins Gesicht geschrieben. Trotzdem gesteht der Franzose: „So langsam macht die Formel 1 keinen Spaß mehr." Die Vollgas-Profis verdammen das Reglement, das sie zum Langsamfahren zwingt. Denn seit Beginn der Saison stehen nur noch 195 statt 220 Liter Benzin für eine Renndistanz zur Verfügung. „220 Liter konnte man noch vertreten, aber 195 Liter sind einfach zu wenig", behauptet Alain Prost. In Imola rollte der Franzose mit dem letzten Tropfen Benzin ins Ziel: Ein Sieger im Schrittempo, der auch noch Schlangenlinien fuhr, um so auch den letzten Tropfen Benzin aus den Ecken des Tanks zu kitzeln.

Eine Szene, an die man sich vielleicht gewöhnen muß. Am Ende fragte sich nicht nur Formel-1-Veteran Jacques Laffite (42): „Was hat das noch mit Autorennen zu tun? Da werden für Millionen von Dollar die schnellsten Autos der Welt gebaut, und dann müssen wir langsam fahren, damit das Benzin reicht." Das wichtigste Instrument für die Fahrer ist heute der Bord-Computer. Er zeigt in jeder Phase des Rennens an, mit wieviel Liter Sprit man im Minus oder Plus liegt.

Die Piloten sind dem Elektronengehirn hilflos ausgeliefert. Als Alain Prost in die letzte Runde von Imola einbog, zeigte ihm die Benzinuhr ein Guthaben von drei Litern an. Wenig später begann der Motor zu stottern. „Ich bin von meinem Computer betrogen worden", erklärte der Sieger. Die Piloten haben es heute schwerer denn je. Im Cockpit wird nicht mehr nur Gas gegeben. „Das Wichtigste ist Selbstdisziplin. Man kann sich gar nicht vorstellen, wie schlimm es ist, wenn man Gegner um Gegner freiwillig überholen läßt, nur weil der Bord-Computer sagt, daß der Sprit nicht reichen wird", beschreibt Nigel Mansell ein völlig neues Fahrgefühl. Der Rennverlauf wird immer mehr verzerrt. Das Tempo diktiert der Computer. Echte Zweikämpfe sind selten geworden, weil die Piloten verschiedene Fahrpläne haben und sich danach richten müssen. Erst der zweite Blick ist auf den Gegner gerichtet.





DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller; Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Die DKP als ein Vorbote Erich Honeckers

DIETHART GOOS, Bonn

Im Vorfeld des Honecker-Besuchs meldet sich jetzt auch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) zu Wort. In Bonn präsentierte die 0,2-Prozent-Partei gestern das vom DKP-Vorstand herausgegebene Buch „Erich Honecker – Standpunkte, Informationen, Vorschläge, Begegnungen". Ziel der Veröffentlichung ist es, den SED-Generalsekretär als Politiker und Staatsführer darzustellen, der sowohl im eigenen Bereich als auch international große Anerkennung genießt.

Groß herausgestellt werden in dem Buch Honeckers zahlreiche Treffen mit Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehören Bundeskanzler Kohl ebenso wie der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß. Wesentlich umfangreicher werden allerdings die Kontakte zu den SPD-Politikern Willy Brandt, Herbert Wehner, Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau beschrieben. Aber auch Wirtschaftsminister Bangemann, Krupp-Aufsichtsratsvorsitzender Beitz und DGB-Chef Breit werden mit ihren Besuchen beim SED-Generalsekretär vorgestellt. Einen breiten Raum indes nimmt immer wieder das Saarland, Honeckers Heimat, ein. Seine Treffen mit Ministerpräsident Lafontaine, mit saarländischen Gewerkschaftern und Schülern werden ausführlich in Bild und Text gewürdigt.

Auf die Frage, wann mit Honeckers Besuch in Bonn zu rechnen sei, sagte DKP-Präsidiumsmitglied Schröder, man begrüsse den Besuch ganz außerordentlich, beteilige sich nicht an Termin-Spekulationen, werde aber alles tun, „daß der Besuch in einem günstigen Klima stattfindet". Zum DKP-Parteitag am Freitag in Hamburg kommt SED-Politbüromitglied Axen. Vielleicht gibt er Hinweise.

Westliche Diplomaten spekulieren über Wachwechsel in Afghanistan

Sultan Ali Kishmand und Najibullah werden als mögliche Karmal-Nachfolger genannt

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

In Moskau und in der westlichen Welt mehren sich die Spekulationen über eine bevorstehende Ablösung des afghanischen Staats-und Parteichefs Babrak Karmal. In einer Sendung des sowjetischen Fernsehens über das besetzte Land aus Anlaß des 8. Jahrestages der April-Revolution in Afghanistan wurde der vom Kreml gestützte Machthaber mit keinem Wort erwähnt. Keine der Aufnahmen über die Jubiläumsveranstaltungen in Kabul zeigte Karmal bei der Militärparade. Westlichen Beobachtern fiel ähnliches auch auf in einem Artikel der sowjetischen Parteizeitung „Prawda", die zum Jubiläum eine lobende Bilanz über die bisherige wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Lande veröffentlichte; der Kabuler Staatschef wurde nicht erwähnt. Gleichzeitig hieß es aber in der „Prawda", der von „den Kräften des internationalen Imperialismus und mit Hilfe Washingtons entfesselte Krieg sei nicht im Stande, die schöpferische Revolution zu unterminieren".

Weiter fiel auf, daß der afghanische Botschafter in Moskau, Habib Mangal, in einer Fernsehansprache an die Völker in der Sowjetunion den Kabuler Staatspräsidenten nur ein einziges Mal erwähnte: Mit dem Hinweis auf eine Äußerung Karmals zur „unverbrüchlichen Freundschaft" zwischen Afghanistan und der Sowjetunion. Karmal habe erklärt, die Sowjetunion sei der „erste, aufrichtige und große Freund unseres Volkes", erinnerte der Botschafter, ohne jedoch den Anlaß und den Zeitpunkt dieser Erklärung zu nennen.

Die Abwesenheit Karmals bietet genügend Raum zu Spekulationen. Schon gibt es Moskauer Gerüchte, die besagen, die Sowjets hätten sich von ihrer „Marionette" getrennt. Am 30. März gab Radio Kabul offiziell bekannt, daß Babrak Karmal krank sei und in die Sowjetunion gereist wäre. In Moskau gab es keine Bestätigung für diese Information. Seit der Abreise ist der afghanische Staats- und Parteichef in der Öffentlichkeit nicht mehr inn Erscheinung getreten. Die Gespräche über eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion


Babrak Karmal FOTO: DPA

und Afghanistan wurden in der vergangenen Woche in Moskau von Sultan Ali Kishtmand geführt.

Noch zu Jahresbeginn – also im siebten Jahr des Afghanistan-Krieges – hatte Babrak Karmal versucht, durch scheinbare Lockerungen und patriotische Appelle die politische und gesellschaftliche Basis seines Regimes zu verbreitern. Zur Errichtung einer „volksdemokratischen" Fasssade nahm er ein paar angeblich parteilose Politiker mit in seine Regierung auf. Außerdem setzte das von der Bevölkerung abgelehnte Karmal-Regime ganz auf die neue Moskauer Linie. Das heißt, Selbstkritik wegen begangener Fehler wurde geübt. Scheingeständnisse an nationale und religiöse Gruppen abgegeben sowie partielle wirtschaftliche Lockerungen gebilligt. Vor dem ZK hatte Karmal ganz im Stile Gorbatschows Ehrgeiz, Streben nach leichtem Leben, Trunksucht, Bestechung, Disziplinlosigkeit und mangelnde Organisation in den Partei- und Regierungsbehörden angeprangert und den Kommunisten mangelnde Kontakte zur Bevölkerung vorgeworfen. Mit dieser Taktik bezweckte er jene Elemente in der Bevölkerung zu gewinnen, die „bisher unbewußt eine feindliche Haltung zur Revolution eingenommen oder die ihre konterrevolutionäre Aktivität widerrufen haben".

Scheinbar ist es ihm dennoch nicht gelungen, mit dieser neuen Politik Fuß zu fassen. Es ist möglich, daß Moskau die Geduld mit diesem afghanischen Statthalter verloren hat. Immerhin mußte Karmal öffentlich vor dem ZK bekennen, daß die Armee trotz ihrer Überlegenheit an Truppen und Waffen „bisher noch keine entscheidende Wendung im Kampf gegen die bewaffneten Konterrevolutionäre erzielen konnte". Auch um die „Einheit der Partei" und um die Disziplin ist es nicht zum besten bestellt.

Inzwischen betrachten westliche Diplomaten in Islamabad Ministerpräsident Sultan Ali Kishmand und Sicherheitschef Najibullah als mögliche Anwärter auf die Karmal-Nachfolge. Beide Politiker sind in den amtlichen Medien in hervorgehobener Weise erwähnt worden, seitdem der 57jährige Karmal am 30. März in die Sowjetunion gereist war, ohne offiziell wieder aufzutauchen.

Polen und Israel verstärken Kontakte

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israel und Polen verhandeln über den Austausch diplomatischer Vertreter. Der stellvertretende Staatssekretär Chanan Bar-On kehrte aus Bonn zurück, wo er sich in der israelischen Botschaft mit mehreren Diplomaten aus Warschau getroffen hatte.

Vor einem halben Jahr war ein grundsätzliches Abkommens über den Austausch diplomatischer Vertreter zustandegekommen. Das ist weniger als die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen. Aber Israel ist so erpicht auf eine formelle Vertretung in Osteuropa, daß es auch dies hinzunehmen bereit ist.

Polen ist in der Angelegenheit leise aufgetreten. Israel sucht diese Beziehungen als Weg nach Moskau; die Polen sehen darin eine Möglichkeit, sich einen Weg zu den Herzen der Amerikaner zu bahnen.

Inoffiziell sind die Bindungen zwischen Polen und Israel sehr rege, sowohl auf dem Gebiet des Handels als auch auf dem der Kultur. Vor zwei Monaten machte das israelische Ballettensemble „Bat Dor" eine Tournee durch Polen, erntete großen Erfolg und wurde mit staatlichen Ehrungen überhäuft. Es schien hier vielen, daß mehr als kulturelle Hochschätzung mitspielte.

Israel reagiert ähnlich. Vor einem Monat stellte es sich heraus, daß sich das weltberühmte israelische Philharmonische Orchester infolge einer Fehlplanung gleichzeitig zu einer polnischen Tournee wie auch zur Mitwirkung beim internationalen Rubinstein-Klavierwettbewerb in Tel Aviv verpflichtet hatte. Künstlerisch war beides gleichwichtig. Schließlich jedoch entschied sich das Orchester für den Rubinstein-Wettbewerb, aber erst nachdem die politischen Auswirkungen auf Regierungsebene intensiv besprochen worden waren. (SAD)

Bonn will Technologien an Neu Delhi weitergeben

Kohl in Indien / Zusage für Aufstockung der Kapitalhilfe

BERNT CONRAD, Neu Delhi

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Neu Delhi die Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland unterstrichen, Technologien an Indien weiterzugeben und am Modernisierungsprozeß des Landes aktiv mitzuwirken. Übereinstimmend mit Präsident Zail Singh und Ministerpräsident Rajiv Gandhi plädierte Kohl für einen „intensiven Ausbau und eine weitere Vertiefung der deutsch-indischen Freundschaft". Dazu gehört auch eine Erhöhung der deutschen Kapitalhilfe an Indien für dieses Jahres von 360 auf 395 Millionen Mark.

Diese Zusicherung machte der Kanzler, der am Sonntag in Indien eingetroffen war, gestern bei einem Gespräch mit Rajiv Gandhi. Sein Hauptziel besteht in einer Verbesserung der in den vergangenen Jahren nicht immer störungsfreien Atmosphäre. Über neue Pläne für die Entwicklungshilfe konferierte Kohls Begleiter Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, mit den zuständigen Regierungspolitikern in Neu Delhi.

Große Bereitschaft

Schon nach den ersten Gesprächen mit Gandhi und Präsident Singh hatte der Kanzler den Eindruck, mit seinen Vorstellungen offene Ohren zu finden. Singh dankte den Deutschen für die bisher geleistete Entwicklungshilfe. Kohl verurteilte bei dem Gespräch den Terrorismus. „Wir müssen ihn jetzt an der Wurzel pakken. Nicht erst dann, wenn wir selbst unmittelbar von ihm betroffen sind", sagte der Kanzler beim Abendessen mit dem indischen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi. Er schnitt damit gleich auf der ersten Station seines Weges zum Weltwirtschaftsgipfel in Tokio die wahrscheinlich zentrale Frage dieser Konferenz an, und zwar in einer Weise, die den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan sicher befriedigen wird. Wie zu hören war, rechnet der Kanzler nicht damit, daß Reagan in Tokio rückblickend auf die US-Militäraktion Vorwürfe gegen die Europäer erheben wird. Vielmehr erwartet er eine nach vorne gerichtete Diskussion. In der japanischen Hauptstadt will Kohl betont kooperativ auftreten.

Kampf gegen den Hunger

Der Kanzler konstatierte nach einem Meinungstausch mit Ministerpräsident Gandhi die Übereinstimmung beider Länder in dem Streben nach weltweiter Abrüstung und Rüstungskontrolle, im Wunsch nach einem Gewaltverzicht, im Willen zur Überwindung der Nordsüd-Unterschiede, in der Partnerschaft beim Kampf gegen den Hunger und für die Beachtung der Menschenrechte. Kohl hob hervor: „Wir verwahren uns beide gegen die Mißachtung staatlicher Souveränität und Integrität durch gewaltsame Besetzung fremden Territoriums. Wir bedauern das Los des leidgeprüften afghanischen Volkes".

Am meisten interessiert aber waren die Inder an der Bekundung Kohls, daß der indische Markt für Deutschland genauso wichtig sei wie der chinesische und daß Bonn darum eine Intensivierung der Zusammenarbeit anstrebe. Gerade die engen deutsch-chinesischen Beziehungen hatten in vergangenen Jahren, neben anderen Faktoren, das Klima zwischen Bonn und Dehli etwas getrübt. Dazu hatte auch die manchmal eigenwillige Politik def ermordeten Regierungschefin Indira Gandhi beigetragen.

Gesamtschule „mit der Brechstange"

DW. Düsseldorf

Der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen hat in einer Erklärung Kultursminister Schwier (SPD) vorgeworfen, die Gesamtschule „mit der Brechstange" durchsetzen zu wollen. „Das straft alle früheren Beteuerungen der Landesregierung und der SPD Lügen, die immer nur von einem zusätzlichen Angebot geredet haben", betonte der Vorsitzende, Hessen. Die Landesregierung bediene sich „Tricks" wie „anonymer Elternbefragungen", „Hochrechnungen des unbekannten Elternwillens" und „Sofortvollzug ... auch bei schwebenden Gerichtsverfahren". Im übrigen sei es bemerkenswert, daß führende SPD-Politiker ihre Kinder nicht auf Gesamtschulen, sondern auf Gymnasien schickten, so der Fraktionsvorsitzende Farthmann.

Schröder „unberechenbar"

Geißler warnt vor einem rot-grünen Bündnis in Hannover

gba. Bonn

Eine Liste mit 249 Unterschriften hat eine Initiative „Gewerkschafter für Albrecht" am Montag in Hannover vorgelegt. Wolfgang Feldmann, der Gründer der Initiative, sagte, er wolle verhindern, daß die „gute, solide Arbeitnehmerarbeit" der Regierung Albrecht falsch dargestellt werde. IG-Metall-Mitglied Feldmann rechnet wegen der Initiative mit seinem Gewerkschaftsausschluß.

Bei einem Wahlsieg in Niedersachsen würden SPD und Grüne nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Geißler ihre dann im Bundesrat entstehende Mehrheit „ohne Frage" dazu „mißbrauchen", um die Weiterentwicklung der Bundesrepublik zu verzögern und zu behindern. Auf einer Pressekonferenz mit dem niedersächsischen CDU-Landesvorsitzenden Wilfried Hasselmann sagte Geißler in Bonn, die niedersächsische Bevölkerung müsse wissen, daß bei der Landtagswahl am 15. Juni jede Stimme für den SPD-Spitzenkandidaten Schröder „eine Stimme für ein rot-grünes Bündnis ist." Schröders Kurs sei „unberechenbar"; der SPD-Kandidat, sei ein „politisches Sicherheitsrisiko".

Konkret nannte Geißler vier Beispiele, wie eine veränderte Bundesrats-Mehrheit die Politik der Bundesregierung „blockieren und sabotieren" könnte:

- bei der Verabschiedung der Sicherheitsgesetze;
- bei der Senkung der Staats- und Abgabenquote – „mit der Folge höherer Zinsen und steigender Preise";
- bei den Steuersenkungen;
- beim Ausbau der Grundlagenforschung und der Förderung neuer Technologien, womit unsere Wettbewerbs- und Exportfähigkeit geschwächt würde.

Gericht hebt Haftbefehle auf

rtr. Düsseldorf

Im Prozeß um nicht genehmigte Waffenexporte hat das Düsseldorfer Landgericht gestern die Haftbefehle gegen drei der vier angeklagten Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall aufgehoben. Der Vorsitzende Richter sagte am 34. Verhandlungstag, im Hinblick auf das mögliche Ergebnis des Verfahrens sei die Aufrechterhaltung der Haftbefehle nicht mehr gerechtfertigt. Vor dem Schwurgericht müssen sich die vier Männer wegen des Verdachts illegaler Waffenexporte in Spannungsgebiete verantworten. Die Haftbefehle gegen die Manager waren 1983 wegen möglicher Fluchtgefahr erlassen worden. Nach Hinterlegung einer Kaution von rund 23 Millionen Mark wurden sie nach fünf Tagen jedoch ausgesetzt. Das Gericht ordnete jetzt auch die Rückgabe der Sicherheiten an.

Verfahren gegen Graf Spee eingestellt

dpa, Düsseldorf

Das Ermittlungsverfahren gegen den früheren Bürgermeister der niederrheinischen Stadt Korschenbroich, Graf von Spee (CDU), wegen des Verdachts der Volksverhetzung und Beleidigung von jüdischen Mitbürgern, ist von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf eingestellt worden. Wie die Staatsanwaltschaft gestern auf dpa-Anfrage bestätigte, stimmte auch der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf der Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldbuße von 90 000 Mark zugunsten der Düsseldorfer Kinderkrebsklinik zu. Der Beschuldigte, so die Staatsanwaltschaft, habe überzeugend versichert, „daß ihm jeglicher Antisemitismus fremd sei, und daß er bitte, seine aufrichtig gemeinte Entschuldigung der Jüdischen Gemeinde zu übermitteln".

Urteil: NRW muß Lehrerin anstellen

dpa, Hamm

Obwohl sie nur einen befristeten Arbeitsvertrag hatte, muß das Land Nordrhein-Westfalen eine 31jährige Dortmunder Gymnasiallehrerin fest anstellen. Dies hat das Landesarbeitsgericht Hamm in einem gestern bekanntgegebenen Urteil entschieden. In der Begründung stellte das Gericht fest, die Frau sei nicht als Vertretung für den vorrübergehenden Ausfall bestimmter Lehrer eingestellt worden, sondern gemeinsam mit anderen Kolleginnen und Kollegen als „Personalreserve, mit der derzeitige und künftige Ausfallzeiten abgedeckt werden sollten". Die Entscheidung könnte nach Ansicht von Juristen für eine ganze Reihe von noch unentschiedenen „Entfristungsklagen" von Lehrern Bedeutung haben. (Aktenzeichen 5 Sa 1909/85).

Ein Museum, aber keine „Weihestätte"

E. NITSCHKE, Bonn

Das „Deutsche Historische Museum" in Berlin, für das eine Kommission aus 16 namhaften Wissenschaftlern eine umfangreiche Konzeption niedergeschrieben hat, soll „weder Weihestätte noch Identifikationsfabrik" sein. Sie soll sich auch „nicht in Problematik erschöpfen".

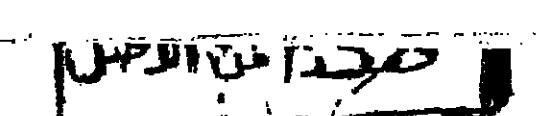
Als Vorsitzender der Kommission sagte der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Professor Werner Knopp, vor der Presse, Qualität werde beim Aufbau des Museums am Platz der Republik gegenüber dem Berliner Reichstagsgebäude vor Schnelligkeit gehen, niemand könne heute sagen, wann Baubeginn sei und erst recht nicht, wann das Museum fertiggestellt sei.

Für die Übergangszeit sollen Exponate, für die man auch vor allem an private Spender appellieren will, im Berliner Gropius-Bau bei Ausstellungen im Sinne des „Forums für Geschichte und Gegenwart" gezeigt werden. Sobald ein Museumsneubau es zulasse werde das Deutsche Historische Museum Berlin erste Ausstellungen übernehmen. Dann soll eine „endgültige Trennung vom Gropius-Bau" stattfinden.

Knopp kritisierte, daß im Bundeshaushalt 1986 für erste Ankäufe für die Sammlungen nur 250 000 Mark bereitgestellt wurden. Die Beteiligung des Bundes müsse aber eine „dem Rang der Aufgabe entsprechende Größenordnung erhalten". Zuvor hatte Bundesbauminister Oscar Schneider an die Rede von Bundeskanzler Helmut Kohl zur Lage der Nation im Bundetag vom 7. Februar 1985 erinnert, in der dieser das Berliner Museum als „nationale Aufgabe von europäischem Rang" bezeichnet hatte. Schneider, der Beauftragte der Bundesregierung für das Vorhaben, sieht in dem geplanten Museum den Versuch, „dazu beizutragen, auf Fragen nach der Geschichte und Identität unseres Staates Antworten zu finden". Er betonte, daß es nicht darum gehe, in dem neuen Haus etwa „eine regierungsamtliche Sicht der deutschen Geschichte darzustellen". Ausschlaggebend sei die Objektivität der Sachverständigen und das Ergebnis der öffentlichen Diskussion.

Gegenüber anderen musealen Einrichtungen in Berlin und in der Bundesrepublik Deutschland soll das „Deutsche Historische Museum" deutlich abgegrenzt sein, heißt es in dem Konzept. Die historische Ausstellung im Reichstag hätte demnach zukünftig „komplementäre Funktion, indem dort zum Beispiel die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien in Deutschland dargestellt wird. Die besondere Aufgabenstellung des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg werde trotz einzelner Überschneidungen mit Berlin „nicht berührt". Auch bestehe nicht die Gefahr einer „schädlichen Überschneidung" mit dem geplanten „Haus der Geschichte" in Bonn, da gerade die jüngste Zeit in Berlin „nicht in der Ausführlichkeit" dargestellt werden solle.

Knopp konnte in Bonn erste zukünftige Exponate, Stiftungen von Bürgern, vorweisen: einen Ehevertrag von 1813 aus einem Dorf bei Braunschweig im damaligen „Königreich Westphalen" und eine Schülerzeichnung vom „Neuen Geld" am Tag der Währungsreform von 1948.



Verhärtete Fronten

hg – Deutschlands Wirtschaftsjunioren haben sich viel vorgenommen: Sie wollen die verhärteten Fronten in Sachen Ladenschlußgesetz auflockern. Zu diesem Zweck werden sie am kommenden Samstag auf die Straße gehen und in Interviews die Wünsche von Verbrauchern, Händlern und Mitarbeitern im Handel abfragen.

Leider ist zu befürchten, daß sich die Jungunternehmer ein bißchen zu viel vorgenommen haben. Denn die Befürworter des gesetzlich verordneten Feierabends im deutschen Einzelhandel werden sich von den Ergebnissen einer solchen Befragung überhaupt nicht beeindrukken lassen. Genau so wenig, wie sie sich von den positiven Erfahrungen beeindrucken ließen, die etwa in Berlin mit abendlichen Öffnungszeiten an mehreren Freitagen gemacht worden sind.

Warum sie so störrisch sind? Klar doch, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und die Gewerkschaften empfinden das geltende Recht als bestmöglichen Kompromiß, den sie vehement verteidigen.

Jeder Ausflug in liberalere Gefilde wird von ihnen mit dem Hinweis abgelehnt, daß der Handel bei längeren Öffnungszeiten nicht mehr Umsatz machen würde. Das hat in der Tat auch niemand erwartet, aber schließt das etwas mehr Bequemlichkeit für den Verbraucher aus? Doch nach ihrer Ansicht ist der Verbraucher mit dem Kompromiß ja zufrieden, und darin werden sie sich auch durch ein paar Tatsachen nicht stören lassen – so verhärtet sind nämlich die Fronten.

Goldanonymat

J. Sch. – Die Franzosen hängen am Gold. Aber sie möchten nicht, daß der Staat davon Näheres erfährt. Deshalb hatte man es der sozialistischen Regierung sehr übel genommen, als sie Ende 1981 alle Käufe und Verkäufe von Gold für anmeldepflichtig erklärten. Der Goldhandel muß seitdem für jede Transaktion die Personalien feststellen und den Behörden mitteilen. Die neue Regierung dagegen verkündete, daß sie das „Goldanonymat" wiederherstellen will. Daraufhin zog in Paris der Preis für den „Napoleon", die beliebteste Hortungsmünze, schlagartig um zehn Prozent an. Inzwischen ist er wieder auf das frühere Niveau zurückgefallen. Denn es stellte sich heraus, daß alle Transaktionen von mehr als 1000 Franc – das entspricht zwei „Napoleon"-Münzen – mit Scheck bezahlt werden müssen. Da es aber in Frankreich kein Bankgeheimnis gibt, bleibt insoweit das Anonymat reine Theorie. Ein neuer Beweis dafür, daß auch die bürgerlichen Liberalisierungsbekenntnisse keineswegs wörtlich zu nehmen sind. So bleibt das Gold wohl weiter im Strumpf.

KONJUNKTUR / Welthandel soll in diesem Jahr um vier Prozent wachsen

Institute: Die Expansion geht auch 1987 noch in zügigem Tempo weiter

HEINZ HECK, Bonn

Die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute rechnen 1986 in den **Industrieländern mit einem beschleunigten Wachstum, das stärker sei, „als es in der jahresdurchschnittlichen Zunahme von drei Prozent zum Ausdruck kommt". Die Expansion dürfte auch 1987 „zunächst in zügigem Tempo anhalten", schreiben sie in ihrem Frühjahrsgutachten. Im Jahresverlauf 1987 dürfte sie jedoch wieder langsamer werden, weil die vom Ölpreisrückgang ausgelösten Anstöße abebben werden.**

Insgesamt sehen die Institute die Entwicklung der Weltwirtschaft derzeit im Zeichen des gesunkenen Ölpreises und Dollarkurses. Ihrer Prognose für 1986 liegt die Annahme zugrunde, daß der Ölpreis bei rund 15 Dollar je Barrel verharren werde. Selbst bei neuen Absprachen der Opec werde der Preis „nicht deutlich steigen, weil es in ihrem Interesse ist, ihn so niedrig zu halten, daß sich Neuinvestitionen anderer Ölproduzenten nicht lohnen". Andererseits werde auch ein nennenswert niedrigerer Preis als gegenwärtig kaum angestrebt, da dann die Opec-Einnahmen nochmals deutlich fielen.

Unter dieser Annahme erwarten die Institute für 1986 eine netto um rund 60 Milliarden Dollar verringerte Ölrechnung der Industrieländer (im Schnitt gut ein halbes Prozent des Bruttosozialprodukts). Angesichts ihres hohen Ölimportanteils profitieren Westeuropa und Japan am stärksten. Insgesamt werden für die Industrieländer aus der Ölpreissenkung mehr positive als negative Wachstumswirkungen gesehen. Denn es wird erwartet, daß die Ölexportländer ihre Nachfrage nicht im vollen Umfang der Erlöseinbußen zurückschrauben, sondern auch Auslandsanlagen auflösen und die Verschuldung erhöhen. In den Industrieländern würden den Primäranstößen weitere expansive Impulse folgen.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft werde weiterhin durch die kräftige Dollarabwertung seit Frühjahr 1985 beeinflußt (Außenwert heute um 20 Prozent unter dem Hochststand vor einem Jahr). Auch beim Dollar wird – von kurzfristigen Schwankungen abgesehen – mit einem Verharren auf heutigem Niveau gerechnet. Damit aber seien geld- und währungspolitische Maßnahmen zur Förderung einer weiteren Abwertung „weniger wahrscheinlich geworden" – in den USA deshalb, weil sich die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland bereits spürbar verbessert habe; in Japan und Westeuropa, weil Regierungen und Notenbanken inländische Produzenten nicht noch mehr belasten wollten.

Die Institute erwarten daher, „daß die Entwicklung auf den Devisenmärkten in nächster Zeit etwas ruhiger sein wird", zumal da auch die langerwartete Anpassung im Europäischen Währungssystem (EWS) vollzogen worden sei. Dagegen werde es zu Marktanteilsverlusten der Europäer und Japaner im Welthandel kommen, da die Wettbewerbsfähigkeit der Anbieter aus dem Dollar-Raum erheblich zugenommen habe. „In den USA werden sich die außenwirtschaftlichen Defizite und in den meisten anderen Industrieländern die Überschüsse verringern", lautet die Schlußfolgerung.

Die stärkere wirtschaftliche Expansion in den Industrieländern verbessere zugleich die Absatzbedingungen für die übrige Welt. Für die ölimportierenden Entwicklungsländer kommen zur verstärkten Nachfrage aus den Industrieländern die Einsparung aus der Ölverbilligung sowie der verringerte Zinsaufwand für Auslandsschulden hinzu. Probleme werden unverändert in den hochverschuldeten Ölexportländern gesehen, die mit verschärfter Importbeschränkung reagieren dürften. „Dies wird aber nicht immer ausreichen, um eine Zuspitzung der Verschuldungsprobleme zu vermeiden. Die damit verbundene Belastung des internationalen Finanzsystems stellt einen Risikofaktor für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft dar."

Die Institute rechnen mit einer auf „annähernd vier Prozent verstärkten Zunahme des Welthandels" (1985 reichlich drei Prozent). Dabei werde sich allerdings die regionale Welthandelsstruktur „fühlbar ändern".

FINANZMÄRKTE

Starker Druck auf Dollar und deutsche Aktienbörse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Tokioter Gipfel wirft bereits lange Schatten auf die internationalen Finanzmärkte. Der Dollar, am Freitag noch mit 2,2050 DM notiert, fiel gestern zeitweilig bis auf 2,15 DM, so daß die Bundesbank erstmals mit Stützungskäufen – man schätzte das Volumen auf 100 bis 200 Millionen Dollar – in den Markt eingriff. Die Dollarschwäche löste an der deutschen Aktienbörse einen scharfen Kursrückgang aus, der den Aktienindex der WELT um gut 2,5 Prozent von 305,95 auf 298,13 Punkte und damit zum erstenmal seit dem 4. April unter die Marke von 300 drückte.

Die Abwärtsbewegung des Dollars begann schon am Freitagabend in New York und setzte sich dann am Samstag in Fernost fort. Auslöser waren Vermutungen, Washington sei an einer weiteren Dollarabwertung interessiert, die durch jüngste Äußerungen von US-Präsident Reagan erhärtet wurden. Daraufhin kam es zu massiven Dollarverkäufen. Zeitweilig beunruhigten auch – bald wieder dementierte – Gerüchte über eine Herzattacke des US-Präsidenten. In Japan, wo der Dollarkurs von 170,20 gestern morgen bis auf 167 Yen fiel, versuchte die Nationalbank sich mit mäßigen Dollarkäufen dem Aufwertungsdruck des Yen entgegenzustemmen.

In der Bundesrepublik, wo der Dollar gestern mit 2,1550 DM eröffnete sorgte später weniger das Volumen der Interventionen als vielmehr die Tatsache, daß die Bundesbank überhaupt dollarstützend in den Markt eingriff, für eine zeitweilige Erholung der US-Währung auf 2,1850 DM. Der amtliche Kurs wurde mit 2,1713 DM so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr notiert. Mit ihren Interventionen demonstrierte die Bundesbank nach Meinung des Handels nicht nur, daß ihr eine weitere Markaufwertung mit Rücksicht auf die Exportkonjunktur unerwünscht sei; sie bewirkte zugleich eine kleine Liquiditätszufuhr für den stark angespannten Geldmarkt.

Führende Devisenhändler zeigen sich zunehmend beunruhigt über die „Verbalinterventionen", mit denen das offizielle Washington den Dollarkurs manipuliert. Sie schließen nicht aus, daß der Dollar so in eine Vertrauenskrise hineinmanövriert werden könne, so daß schießlich die Finanzierung des amerikanischen Doppeldefizits im Haushalt und in der Leistungsbilanz gefährdet würde, die US-Zinsen steigen und der Weltkonjunktur ein schwerer Schlag versetzt würde.

An der deutschen Börse war der Dollarsturz Anlaß zu Gewinnmitnahmen und Auslandsabgaben. Überdurchschnittliche Verluste erlitten Aktien exportstarker Unternehmen wie Porsche (-9,4 Prozent des Kurswertes), GHH (-6,2 Prozent), BMW (-4,6 Prozent), Mannesmann (-4 Prozent) und Hoechster (-3,1 Prozent).

Überflüssiges von der IEA

Von HANS BAUMANN

Man traut seinen Augen nicht, und man zweifelt an der Fähigkeit der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris, die eigene Bedeutung – und Kompetenz – richtig einordnen zu können, wenn man den 20seitigen Länderbericht „Deutschland" liest. Erst wird Statistik verkauft, wieder einmal. Dann erhebt die Agentur oberlehrerhaft den Finger, meldet – ohne Begründung – Zweifel an bestimmten Pfaden an, auf denen die deutsche Energiepolitik künftig theoretisch voranschreiten will. Und schließlich schreibt sie mit der Feder der Vollkommenheit, die eigentlich nur Funktionären zusteht: „Das deutsche Parlament sollte ..."

Und was sollte es, bitte? Zum Beispiel die aktuelle Entwicklung der Energiemärkte mit den eigenen Prognosen vergleichen, um die Gründe für mögliche Abweichungen aufdekken und entsprechend reagieren zu können. Oder: Deutschland sollte die Politik der Reduzierung des Ölanteils fortsetzen. Oder: Die Rationalisierung des Steinkohlenbergbaus fortführen mit dem Ziel, die Barrieren für Kohleimporte einreißen zu können. Oder: Die Entwicklung des Gasmarktes im Auge behalten und keine einseitigen Abhängigkeiten von nur einer Quelle aufkommen lassen, schon gar nicht außerhalb der OECD. Oder: Für eine behutsame Entwicklung der Kernkraft und für eine Schließung des Brennstoffkreislaufes sorgen.

Nun wüßten wir's nach diesem Länderbericht, hätten wir es nur nicht schon vorher gewußt. In keinem Land der OECD – zu der die 1974 gegründete IEA gehört – ist mit soviel Akribie Energiepolitik betrieben worden wie in der Bundesrepublik Deutschland, und in kaum einem Land mit so durchschlagendem Erfolg. Um zu wissen, daß bis zum heutigen Tag keine Energieprognose gestimmt hat, dazu bedürfen wir nicht der Aufklärung durch die IEA; ein Blick auf den aktuellen Markt für Öl, den selbst vor einem Jahr noch niemand hätte voraussagen können, ist anschauliche Lehre.

Kein Land der OECD ist mit besseren Seismographen für den Energiemarkt ausgerüstet als die Bundesrepublik, in der zahlreiche, hochangesehene Institute jede Bogensekunde aller Bewegungen aufzeichnen und für Reaktionsprogramme auswerten. Keiner der vielen Energiekonzerne in diesem Land ist ohne erstklassige Energiemarkt-Analytiker, denen der Länderbericht der IEA allerdings die Sprache verschlagen hat.

Vor diesem Hindergrund wirkt es anmaßend, wenn das Pariser Büro der OECD für die deutsche Energiepolitik Verhaltensmaßregeln formuliert. Bei der IEA sollte Wissen darüber vorhanden sein, daß in der Bundesrepublik stets eine vorsichtige, ausgewogene und doch zukunftsorientierte und auf sichere und kostengünstige Versorgung bedachte Energiepolitik betrieben worden ist – gleichgültig, wie sich das jeweilige Parlament gerade zusammensetzte.

Unter Schmerzen sind 60 Millionen Tonnen Steinkohlenförderung und 40 000 Bergarbeiter abgebaut worden. Milliardensubventionen werden nicht leichtfertig aufgebracht, um Importkohle zu verbannen. Neue Förderrestriktionen der heimischen Steinkohle, die erst noch greifen werden, gehen fast an den Lebensnerv der deutschen Steinkohlenindustrie. Welchen Sinn macht da die Vorhaltung, die Öffnung zu den Weltkohlemärkten im Auge zu behalten?

Bonn soll tunlichst die einseitige Versorgung mit Erdgas vermeiden. Das braucht Bonn erst gar nicht, das macht eine sehr geschickte Erdgaswirtschaft selbst, und Bonn weiß das. Fast 80 Prozent der deutschen Versorgung stammen aus Westeuropa, und nicht ein Kubikmeter kommt aus Opec-Ländern – heute ebenso wie um das Jahr 2000. Weitsichtiger kann man wohl kaum planen.

Und was die klugen Hinweise aus Paris zur Kernenergie angeht, so hätte ein Blick in eine deutsche Zeitung genügt, um zu erfahren, daß auch bei uns der Kernenergieanteil deutlich wächst und daß die Schließung des Brennstoffkreislaufes gerade in Wakkersdorf in den Wehen liegt.

Würde es nicht hohe Zeit, den sich überall aufschwingenden, selbsternannten „Sachverstand" anzuprangern, das Papier aus Paris wäre keine Zeile wert gewesen. Gut wäre es dagegen, wenn die Mitgliedsländer der IEA ihr Pariser Ölbüro in die Schranken verwiesen und sich verbäten, ihrer Energiepolitik unerbetenen, miserablen Rat zu erteilen.

AUF EIN WORT

„Der Staat bringt schon eine beachtliche Leistung, wenn er die Leute nicht bei der Arbeit stört."

Dr. Heinz Riesenhuber, Bundesforschungsminister. FOTO: SVEN SIMON

Tabakkonsum geringer

Wiesbaden (AP) – Die Bundesbürger haben im ersten Vierteljahr 1986 rund 28,3 Mrd. Zigaretten geraucht, 3,7 Prozent weniger als im ersten Quartal des Vorjahres. Abgenommen hat nach Angaben des Statistischen Bundesamts auch der Konsum von Zigarillos (mit 222 Mill. Stück um 7,9 Prozent), von Zigarren (mit 168 Mill. Stück um 8,2 Prozent) und von Pfeifentabak (mit 392 Tonnen um 3,9 Prozent). Die Selbstgedrehten aber konnten binnen Jahresfrist kräftig zulegen: Mit 969 Tonnen nahm der Absatz von Feinschnitt gegenüber der Vergleichsperiode 1985 um 9,4 Prozent zu. Im ersten Quartal 1986 wurden im Bundesgebiet Tabakwaren im Wert von 5,9 Mrd. DM versteuert. Das waren 351 Mill. DM oder 5,6 Prozent weniger als im letzten Vierteljahr 1985.

BÜRGSCHAFTEN

Obligo der Bundesregierung ist 1985 erneut gesunken

HH. Bonn

Das von der Bundesregierung gegenüber dem Ausland in Deckung genommene Obligo („Gesamthaftungen") lag 1985 mit 168,7 Milliarden Mark erneut niedriger als Ende 1984 mit 170,9 Milliarden. Hinzu kommen Zinsbeträge in Höhe von 31,8 (31,5) Milliarden Mark, die seit Oktober 1976 als Nebenforderungen nicht mehr auf den im Bundeshaushalt ausgewiesenen Ermächtigungsrahmen angerechnet werden.

Zu den Gesamthaftungen gehören im einzelnen die – in Deckung genommenen – Ausfuhrgeschäfte (Hermes-Bürgschaften), Kapitalhilfekredite, Finanzkredite, Kapitalanlagen und Umschuldungen.

In der Reihenfolge der Spitzenreiter unter den Schuldnerländern haben sich 1985 – mit Ausnahme der Volksrepublik China – keine nennenswerten Verschiebungen ergeben: Saudi-Arabien 17,9 (Ende 1984: 19,3) Milliarden Mark, Sowjetunion 15,8 (17,9) Libyen 10,9 (11,2), Brasilien 10,9 (10,9), Irak 8,4 (9,0), Nigeria 7,8 (7,9), Algerien 5,9 (6,5), Volksrepublik China 5,6 (3,6), Südafrika 5,6 (6,0), Polen 5,1 (5,3), Indonesien 4,6 (4,3), Iran 3,9 (4,5), Ägypten 3,7 (3,5), Türkei 3,5 (3,3) und Argentinien 3,5 (3,5) Milliarden Mark.

Der Anteil dieser 15 größten Schuldnerländer ist 1985 gegenüber dem Vorjahr von 68,4 auf 67,0 Prozent zurückgegangen. Die Anteile der übrigen Schuldnerländer liegen jeweils deutlich unter zwei Prozent.

Bezieht man die Zinsen mit ins Gesamtobligo, so liegt die Sowjetunion mit 19,3 (21,6) Milliarden Mark mit Saudi-Arabien gleichauf. Brasilien folgt mit 19,4 (19,3) Milliarden Mark vor Libyen auf Platz drei.

AUSSENHANDEL

Bangemann strebt in Ungarn Vertrag über Investitionen an

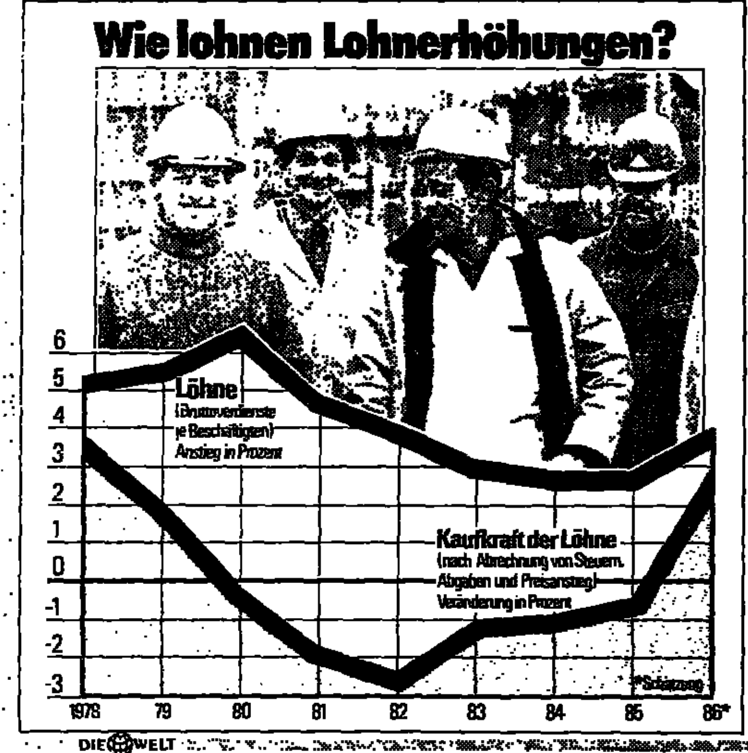
A. G., Bonn

Zu dreitägigen Regierungsgesprächen reist Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann heute Dienstag in die Ungarische Volksrepublik. Wie gestern aus seinem Ministerium verlautete, kommt es möglicherweise schon bei dieser Gelegenheit zum Abschluß eines Investitionsförderungsvertrages, über den seit längerer Zeit verhandelt werde. Ungarn ist immerhin das Land, mit dem deutsche Unternehmen die intensivsten Kooperationsbeziehungen im Bereich des RGW unterhalten. Zur Zeit bestehen ca. 330 deutsch-ungarische Kooperationsverträge, und zwar überwiegend in den Bereichen Maschinen- und Fahrzeugbau, Elektronik und Metallbearbeitung, chemische und Leichtindustrie sowie Land- und Ernährungswirtschaft. Mit 19 Unternehmen nimmt die Bundesrepublik auch im Bereich der Gemischten Gesellschaften eine führende Stellung ein.

Bangemann will während seines Ungarn-Besuchs mit Ministerpräsident György Lazar, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jozsef Marjai, dem für Wirtschaftsfragen zuständigen ZK-Mitglied Ferenc Havasi, Außenminister Peter Varkonyi, Außenhandelsminister Peter Veress und Industrieminister Laszlo Kapolyi zu Gesprächen über die internationale Lage und bilaterale sowie multilaterale Wirtschaftsfragen zusammentreffen.

Die Bundesrepublik ist Ungarns zweitwichtigster Handelspartner (nach der Sowjetunion) und wichtigster Handels- und Kooperationspartner unter den westlichen Staaten. Das deutsch-ungarische Handelsvolumen erreichte 1985 mit 5,3 Milliarden Mark (plus 10,5 Prozent gegenüber 1984) einen neuen Höchststand.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

In den jährlichen Lohn- und Gehaltsrunden sitzen immer auch zwei unsichtbare Partner mit am Tisch. Der Staat sorgte in den letzten Jahren durch steigende Steuersätze und steigende Sozialabgaben oft dafür, daß die Lohnerhöhung netto magerer ausfällt als brutto. Erst wenn außerdem feststeht, wie die Preise gestiegen sind, steht auch fest, ob eine Lohnerhöhung einen Kaufkraftgewinn gebracht hat. In diesem Jahr wird erstmals seit sechs Jahren durch die Steuerreform und die Preisstabilität für die Arbeitnehmer unter dem Strich wieder ein Plus bleiben.

QUELLE: GLOBUS

Japans Autoexporte auf neuer Rekordhöhe

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im Haushaltsjahr 1985 (31. 3.) mit der Rekordzahl von 6,85 Mill. Fahrzeugen seine Autoexporte um 11,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Nach einer Mitteilung der Vereinigung der japanischen Automobilproduzenten nahmen die Lieferungen in die USA sogar um 25,7 Prozent zu. Nach Europa wurden 18,1 Prozent mehr Autos geliefert als im Vorjahr.

Neue Bank

Düsseldorf (dpa/VWD) – Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) will eine eigene Bank gründen. Das neue Institut soll Kredite für soziale Projekte gewähren, die wegen knapper öffentlicher Mittel sonst nicht finanziert werden könnten. Als Vorläufer der Bank hat jetzt der nordrhein-westfälische Landesverband mit einem Startkapital von 300 000 DM eine Geldberatungsgenossenschaft gegründet. Das Geld für wurde vom Landesverband bereitgestellt, dem rund 1500 Mitgliedsorganisationen angehören.

Preisanstieg gestoppt

Hamburg (dpa/VWD) – Der Preisanstieg in der Bundesrepublik Deutschland dürfte im April zum Stillstand gekommen sein. Das zeichnete sich gestern aus den bisher vorliegenden Meldungen der statistischen Ämter von drei Bundesländern ab: Im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen gingen die Lebenshaltungskosten gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 0,2 Prozent zurück, in Bayern bleiben sie unverändert, aus Baden-Württemberg wurde nur noch eine 0,2-prozentige Erhöhung gemeldet.

Tagungsort Hamburg

Hamburg (VWD) – Über tausend führende Wirtschaftler aus aller Welt sollen sich 1990 in Hamburg treffen. Die deutsche Gruppe der Internationalen Handelskammer hat nach Angaben der Hamburger Kammer in Berlin beschlossen, Hamburg als Ausrichtungsort für den Weltkongreß vorzuschlagen. Die endgültige Entscheidung steht aber noch aus. Der Kongreß hat bisher erst einmal in Deutschland getagt, 1937 in Berlin. Die seit 70 Jahren bestehende Internationale Handelskammer ist eine Vereinigung von Unternehmen, Handelskammern und Verbänden aus mehr als hundert Ländern.

750-Millionen DM-Anleihe

Frankfurt (DW.) – Die Deutsche Bank Finance, Curacao, Niederländische Antillen, beabsichtigt, unter alleiniger Führung ihrer Muttergesellschaft, der Deutschen Bank AG, eine Anleihe im Betrag von 750 Mill. DM zu begeben. Die zehnjährige Teilschuldverschreibungen sind mit einem Zinssatz von 5 5/8 Prozent und einem Emissionskurs von 100 Prozent ausgestattet.

FDP für „Einkaufsabend"

Bonn (AP) – Die FDP tritt für eine weitere Lockerung der Ladenschlußregelung ein. Das FDP-Präsidium regte gestern in Bonn an, pro Woche einen „Einkaufsabend" einzuführen, dabei aber die bisherigen Gesamtöffnungszeiten beizubehalten. Die FDP plädierte dafür, eine solche Regelung durch einen Großversuch in einem geschlossenen Wirtschaftsgebiet wie zum Beispiel Berlin zu erproben. Eine wissenschaftliche Begleitkommission solle den Versuch auswerten. Der FDP-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann nannte es vor dem Parteipräsidium einen Trugschluß, sich von der jetzigen starren Ladenschlußregelung eine Schutzwirkung für Händler und Beschäftigte im Einzelhandel zu versprechen.

ENERGIE

Die Ölrechnung ist um 5,4 Milliarden Mark gesunken

AP, Eschborn

Die Rechnung für die deutschen Rohöleinfuhren ist im ersten Quartal dieses Jahres mit 6,5 Milliarden Mark um gut 5,4 Milliarden Mark niedriger ausgefallen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das geht aus vorläufigen Berechnungen des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft hervor, die gestern in Eschborn veröffentlicht wurden. Neben dem mengenmäßigen Rückgang der Importe um acht Prozent auf 18 Millionen Tonnen Rohöl habe zu diesem Ergebnis vor allem die Ölpreissenkung durch die Förderländer beigetragen, die durch den niedrigeren Wechselkurs des US-Dollars gegenüber der Mark zusätzlich verstärkt worden sei.

Nach Angaben des Bundesamts verbilligte sich die Tonne Rohöl frei deutsche Grenze im Schnitt der ersten drei Monate 1986 im Vergleich zum Vorjahr um rund 40 Prozent auf 405,67 Mark. Die im März eingeführten 5,5 Millionen Tonnen Rohöl kosteten durchschnittlich sogar nur noch 317,17 Mark pro Tonne, 54,4 Prozent weniger als im März 1985.

Ähnlich niedrig sei der Rohöleinfuhrpreis zuletzt im September 1979 gewesen, hieß es in der Mitteilung. Aus Libyen seien in den ersten drei Monaten dieses Jahres 1,863 Millionen Tonnen importiert worden gegenüber 2,522 Millionen im ersten Quartal 1985.

Die Erdgaseinfuhren in den Monaten Januar und Februar gingen nach den Erhebungen des Bundesamtes im Jahresvergleich um 2,6 Prozent auf neun Milliarden Kubikmeter zurück. Die Erdgasrechnung für diese Importe habe 2,9 Milliarden Mark betragen, 424 Millionen Mark weniger als ein Jahr zuvor.

EG-FINANZMINISTER / 1986 fehlen weitere drei Milliarden DM im Budget

Bonn gegen höhere Mehrwertsteuer

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Bundesregierung hat gestern gegenüber den EG-Partnern bekräftigt, daß sie vor 1988 keiner neuen Aufstockung der Mehrwertsteuereinnahmen der Gemeinschaft zustimmen wird. Die erforderlichen Mehraufwendungen für die europäische Agrarpolitik müßte also durch Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen finanziert werden.

Staatssekretär Hans Tietmeyer vom Bonner Finanzministerium bezeichnete es im Ministerrat als notwendig, daß die Finanzierung der Landwirtschaftspolitik „in der Übergangsphase der Sanierung" Vorrang haben müsse. Wegen „außergewöhnlicher Umstände" sei es in diesem und im kommenden Jahr auch vertretbar, diese Ausgaben (entgegen der vom Rat beschlossenen strikteren Haushaltsdisziplin) stärker anwachsen zu lassen als die EG-Einnahmen.

Nach Berechnungen der Kommission sind 1986 für das „grüne Europa" zusätzlich zu den bereits im Budget vorgesehenen 48,8 Mrd. DM Mehraufwendungen von rund 3 Mrd. DM zu erwarten. Sie ergeben sich vor allem aus dem gesunkenen Dollarkurs, der es für die EG teurer macht, ihre Agrarexporte auf den Weltmarktpreis herunter zu subventionieren.

Bei der Aufstellung der 86er-Etats war der Rat noch von einem Dollar-Ecu-Verhältnis von 1 zu 1,20 ausgegangen. Jetzt schätzen die Kommissionsexperten diese Relation im Jahresdurchschnitt auf 1 zu 1,10, was zur Einplanung von knapp 2,2 Mrd. DM Mehrkosten zwingt. Dabei ist angesichts des momentanen Umrechnungskurses von 1 zu 1,02 fraglich, ob wenigstens diese Annahmen stimmen. Die Haushaltsansätze scheinen zu niedrig veranschlagt zu sein.

Auch die Kommission sieht nämlich keine andere Möglichkeit, als vom gegenwärtigen Anteil der EG an der Mehrwertsteuer (1,4 Prozent) auszugehen. Der Spielraum zwischen der Obergrenze der Eigeneinnahmen und den bereits „verplanten" Ausgaben beläuft sich nach ihren Berechnungen für das Jahr 1986 auf einen Betrag von rund 5,5 Mrd. DM.

Bei Berücksichtigung von Beitragsrückerstattungen an Großbritannien, Spanien und Portugal bleibt ein Betrag von rund 3,7 Mrd. DM übrig. Allein die zusätzlichen Zahlungsverpflichtungen, die sich aus früheren Zulagen der Regierungen für die Finanzierung von Projekten des Sozial- und Regionalfonds ergeben, stehen mit rund 1,5 Mrd. DM zu Buche.

Die Entscheidung, wo der Rotstift anzusetzen ist, wird frühestens vor der Sommerpause fallen. Eine Mehrheit im Rat scheint jedoch der Erfüllung der agrarpolitischen Verpflichtungen den Vorrang zu geben. Unzufrieden damit sind außer den südlichen EG-Staaten auch die Briten.

BRASILIEN

Autoproduktion kräftig erhöht

dpa/VWD, São Paulo

Brasiliens Automobilindustrie arbeitet zur Zeit auf Hochtouren. Fahrzeuge aus dem sich rasch industrialisierenden Tropenland fahren bereits auf den Straßen aller fünf Kontinente, wenn auch in vergleichsweise geringen Stückzahlen. Doch das soll sich in den kommenden Jahren ändern. Wie der Präsident des Verbandes der *Autohersteller (Anfavea)*, André Beer, in São Paulo mitteilte, sind im März 98 964 Fahrzeuge von den Montagebändern gerollt – 20 149 davon gingen in den Export.

Sollte sich die Produktion in diesem Rhythmus in den kommenden Monaten fortsetzen, dürfte Brasilien 1986 ein „historisches Automobiljahr" erleben. Die Branche hätte mehr Autos hergestellt als im Boomjahr 1980 (1,16 Millionen Fahrzeuge). Die Gesamtkapazität der brasilianischen Autoindustrie liegt zur Zeit bei 1,25 Millionen bis 1,3 Millionen Einheiten im Jahr.

Rund 25 Prozent der brasilianischen Produktion werden in andere Länder verkauft. Vor zehn Jahren waren es erst knapp acht Prozent. Nach den Plänen der fünf großen Hersteller – Volkswagen, Ford, General Motors, Fiat und Mercedes-Benz (Omnibusse, Lkws) – soll sich der Exportanteil in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Zu diesem Zweck *sind außergewöhnlich hohe Investitionen geplant.* Volkswagen do Brasil wird im November eine ehrgeizige Vermarktungsaktion brasilianischer Autos in den USA und Kanada starten. Ihr Ziel ist es, von den Modellen Voyage (Limousine) und Parati (Kombi) 1987 in Nordamerika rund 100 000 Stück zu verkaufen.

Im vergangenen Jahr produzierte Brasiliens Automobilindustrie 759 467 Pkws und Kombis, wovon 157 041 in den Export gingen. An leichten Nutzfahrzeugen stellten die Brasilianer 134 438 Stück her (Export: 36 083) und an schweren Nutzfahrzeugen 73 195 Stück (Export: 10 405). Insgesamt waren das 967 100 Fahrzeuge, von denen 203 529 ins Ausland geliefert wurden.

BUNDESBAHN / Gast der WELT Reiner Gohlke: Mit First-Class-Konzept soll die Zukunft der Schiene rosiger werden

Durch mehr Komfort aus dem Minus ins Plus

THOMAS LINKE, Bonn

Er sprüht nur so vor Initiative – und das muß er auch. „Denn Veränderungen ließen sich in meinem alten Unternehmen IBM in zwei Jahren vollziehen. Bei der Bundesbahn brauchen sie mindestens 10 Jahre." In einem WELT-Gespräch schilderte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bundesbahn, Reiner Gohlke, was er mit dem Verkehrsmittel noch alles *vorhat.* Die Erfolge seiner jetzt fast vierjährigen Amtszeit machen ihn dabei nur noch glaubwürdiger.

Zum ersten Mal seit mehr als zehn Jahren konnte der Jahresfehlbetrag der Deutschen Bundesbahn im vergangenen *Jahr unter drei Milliarden* DM gehalten werden. Das Jahresergebnis war um 190 Millionen DM besser als 1984 und um 1,2 Milliarden DM günstiger als 1982. Der Bund zahlte 13,85 Milliarden DM an die Bahn. „Das sind jedoch *keine* Subventionen", wehrte sich Gohlke. Aufgrund ihrer gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen und der Wettbewerbsverzerrungen erhalte die Bahn rund 9,4 Milliarden. Der Rest seien vor allem *Investitionszuschüsse*, rechnete der oberste Eisenbahner vor.

Gohlke macht jedoch nicht den Eindruck, als wolle er sich auf seinen Erfolgen in irgendeiner Weise ausruhen. Sein Durchsetzungsvermögen zeigte der Vorstandsvorstizende schon, als er die Belegschaft in den vier Jahren seiner Amtszeit um 43 000 Mitarbeiter reduzierte. Bis 1992 sollen es 90 000 sein.

Zwar hat ihm sein IC-Konzept '85 im letzten Jahr durch Verdichtung *und* Beschleunigung der Züge sowie verbesserten Service 11,5 Prozent mehr Reisende in diesem Sektor zugeführt, doch der erste Mann auf der Bundesbahn-Lok hat schon wieder neue Ideen. Luxus heißt das Stichwort. „Ich könnte mir gut noch eine dritte Klasse vorstellen. In abgetrennten Wagen wird dann ein Spezialessen serviert." Diese First-Class-Philosophie hat Gohlke bei den Fluggesellschaften abgeguckt und dort rechne sie *sich seiner* Meinung nach „phantastisch". Die Leute wollen diese zusätzlichen Angebot – davon ist *Gohlke* überzeugt. „Unsere Reisenden finden es doch toll, wenn ihnen ein Beamter einen Kaffeee serviert". *Nur positives hört er auch von seinen* Bediensteten, die für dieses neue Bahn-Gefühl nicht nur in schmuckere Uniformen gesteckt wurden, sondern auch eine Extra-Ausbildung in zwei eigenen Schulen erhalten.

Den Schuß *Noblesse soll die Bahn* nach Gohlkes Wünschen auch noch in anderen Bereichen auflegen. Daß dabei manch nostalgischer Eisenbahnfreund verprellt wird, nimmt der Bundesbahn-Vorstandschef in Kauf. „Was nützt es mir, daß wir das Unternehmen mit den meisten Baudenkmälern sind, wenn mir diese Dinger keiner bezahlt", meint Gohlke in Anspielung auf die Kritik an dem Düsseldorfer Bahnhofsneubau.

Auch mit Bahnhöfen auf der grünen Wiese – integriert in neue Park-and-Rail-Konzepte – müssen sich die Nostalgiker, für die ein Bahnhof einzig und allein in der Stadtmitte stehen kann, wohl vertraut machen. Gohlke hat erkannt, daß die Parkplatzsorgen *an den Stationen* viele Reisende abschrecken. Für den IC-Benutzer stehen inzwischen garantierte Parkplätze *an den* wichtigsten Bahnhöfen bereit, die er mit der Fahrkarte buchen kann. Auch das Projekt „*Mietwagen am Bahnhof*" *wird laut* Gohlke hervorragend angenommen. Er sieht darin ein Zeichen dafür, daß die Leute mehr Bequemlichkeit von der Bahn fordern.

Besserer Service heißt auch das *Stichwort für den Nahverkehr der* Zukunft. Auch da verweist Gohlke bereits auf einen gelungenen Startversuch: Die City-Bahn Köln–Gummersbach. „Die Leute können jetzt eine halbe Stunde länger schlafen, weil sie *in* der *Bahn* frühstücken können." Diese Chance haben denn auch gleich 40 Prozent mehr Fahrgäste wahrgenommen. Demnächst will die Bahn auch im Raum Hamburg für ausgeschlafenere Menschen am Arbeitsplatz sorgen.

Der zweite Coup ist Gohlke im Nahverkehr durch Verträge mit den Ländern Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern gelungen. Gohlke wertet dies als ein Zeichen für sein gutes Verhältnis zur Politik. Im Kern geht es bei der Vereinbarung darum, daß für bestimmte Räume umfassende Verkehrskonzepte für einen Zeitraum von 10 Jahren erstellt werden. Die Bahn garantiert, daß ausgewählte Strecken besser als bisher bedient werden, sagt aber auch, wo sie sich zurückziehen will, um der Straße Platz zu machen. Letzteres ist für Gohlke ganz wichtig, denn im Gegensatz zum verlustreichen Schie*nenpersonennahverkehr – rund 4 Mil*liarden DM Minus – arbeiten die Bahnbusse kostendeckend.

„Dann werden natürlich auch Haltepunkte aufgelöst werden", machte Gohlke manchen Kommunalpolitker *mit seiner härteren Gangart vertraut.* Hauptvorteil der Vereinbarung ist laut Gohlke einmal, daß die Bahn Managementkapazität einspart und das Image aufpoliert wird. Denn nun ist die Bahn nicht mehr allein für Strek*kenstillegungen verantwortlich. Vor* allem soll aber etwas für die Bilanz rausspringen: Denn nirgends könnten solche Gewinne gemacht werden, wie auf bestimmten Strecken im Nahverkehr. So will *Gohlke* „das Minus *zum Plus machen*".

HORTEN / Umsatzsprung im Jubiläumsjahr geplant

„Gesunder Warenhauskern"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

In der nun *50jährigen* Geschichte der Horten AG, Düsseldorf, „waren grundsätzlich die Warenhäuser Basis für den Erfolg". Mit diesem „nach wie vor gesunden Warenhauskern" wolle die Firma nach zehn Jahren der Konsolidierung, Rationalisierung und Kosteneinsparung nun auch wieder deutlicher kontinuierliche Umsatzsteigerungen erzielen. Die gesamtwirtschaftlichen Voraussetzungen dafür seien so *günstig* wie seit zehn Jahren nicht.

Mit solchem Kommentar seines Vorstandssprechers Heinz Garsoffky startet der jüngste und kleinste der vier deutschen Warenhauskonzerne am 2. Mai zwei Jubiläums-Verkaufswochen als „Einstieg für eine Politik der Umsatzforcierung". Die Sonderaktion mit attraktiven Preisen und „knapp zweistelligem" Millionenbetrag an Werbeaufwand soll reichlich 100 Mill. DM Zusatzumsatz bringen. Damit und mit der für das „Normalgeschäft" geplanten Wachstumsrate von 2,8 Prozent soll der Umsatz der 58 Horten-Häuser, der sich 1985/86 (28. 2.) mit 1,2 Prozent Plusrate auf 2,91 Mrd. DM erst branchentypisch langsam erholte, im laufenden Jahr um gut 6 Prozent gesteigert werden.

Zwar hat auch Horten bislang den vielzitierten Aufwind der Konsumkonjunktur noch nicht sonderlich gespürt. Der Umsatz lag im ersten Quartal 1986 erst um 1,3 Prozent höher als vor Jahresfrist. Doch wenn der Einzelhandelsmotor anspringt, meint *Garsoffky*, „sind die Warenhäuser *von ihrer* Struktur und durch die Sortimentsbreite die ersten, die das spüren und davon profitieren".

Auf das Jubiläum, das an des Firmengründers Helmut Hortens erste Warenhaus-Eröffnung am 9. Mai 1936 in Duisburg erinnert, fällt freilich aus 1985/86 ein Schatten. Hohe Verluste bei den zwei *Diversifikationstöchtern* Dogmoch/Ypsilon-Geschenkartikel und Peter Hahn (Modehäuser plus Versandhandel) werden das positive Warenhaus-Ergebnis „spürbar belasten". Wie „spürbar" auch für die 40 000 Eigentümer von 250 Mill. DM Aktienkapital (51 Prozent beim BAT-Konzern und knapp 25 Prozent bei Deutsche Bank/Commerzbank), die im Vorjahr mit Gewinn-Vollausschüttung noch eine auf 4 (6) DM gekürzte Dividende erhielten, verrät Garsoffky vor der Bilanzsitzung des Aufsichtsrates am 4. Juli ebenso wenig wie Gründe, Ausmaß und Remedur des Töchter-Verlustdebakels.

Zuversichtlich aber *zieht* er die Entwicklungslinie des Konzerns seit jenen Jahren in die Zukunft weiter, als der seiner Firma nun längst entrückte, im Tessin lebende Helmut Horten (77) anno 1969/71 alle Aktien (zur Hälfte an Streubesitzer für [illegible] DM je Aktie) verkaufte. Oft sei der kleinste im Konzern-Quartett schon Schrittmacher mit neuen Marketing-Konzepten gewesen. Neues plane man da auch in Zukunft. Zunächst allerdings eine „*Forcierung* des Tagesgeschäfts" mit der „sehr wesentlichen" *Komponente*, daß die für 1986/87 geplanten 80 Mill. DM Investitionen der Modernisierung von 8 bis 10 Filialen gewidmet werden.

FRANKREICH / Kohlereviere um neue Industrien bemüht

Auslandsinvestoren im Blick

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Kohlenkrise ist in Frankreich noch längst nicht ausgestanden. Auch in den nächsten Jahren muß die Förderung unter dem Druck steigender Kosten und sinkender Erlöse weiter reduziert werden. Nachdem sie von 60 Mill. Tonnen 1958, ihrem Höchststand, auf 16 Mill. Tonnen 1985 gefallen ist, hat sich die staatliche Charbonnages de France (CdF) für die Zeit ab 1990 eine Produktion von nur noch acht bis zwölf Mill. Tonnen jährlich zum Ziel gesetzt.

Dieser Schrumpfungsprozeß trifft vor allem das nordfranzösische Revier (Nord-pas de Calais). Dort sind die abbauwürdigen Vorkommen praktisch erschöpft. Der Betrieb wird dennoch aus sozialen Gründen fortgesetzt. Doch das Ende ist abzusehen. Zur Zeit fördern sie 2,5 Mill. Tonnen Kohle und beschäftigen 16 000 Personen, darunter 3000 Marokkaner – gegenüber 220 000 in den ersten Nachkriegsjahren.

Nachdem sich der ursprüngliche Plan der sozialistischen Regierung, den Absatz der heimischen Kohle wieder zu steigern, als Illusion erwiesen hatte, verstärkte die CdF ihre Restrukturierungs-Initiativen vor allem im nordfranzösischen Revier. Zur Ansiedlung neuer Industrien wird neben üblichen Hilfen nicht nur Zechengelände praktisch kostenlos zur Verfügung gestellt; eine besondere Finanzierungsgesellschaft für das nordfranzösische Revier (Finorpa) gewährt seit zwei Jahren darüber hinaus den Investoren Kapital und Kredite zu günstigen Bedingungen.

Deutsche Firmen interessieren sich stärker für das Lothringer Revier; schon aus Standortgründen. Demgegenüber werden die zusätzlichen Vergünstigungen für Nordfrankreich von den deutschen Unternehmen als zweitrangig angesehen. Angesichts der erwarteten französischen Konjunkturbelebung wird allgemein mit einem verstärkten ausländischen Interesse gerechnet.

Bereits in den letzten Jahren hat sich die Investitionstätigkeit in den französischen Kohlerevieren belebt. Mit 6050 Arbeitsplätzen wurde 1985 erstmals der Abgang an Bergleuten übertroffen. Dafür stellte die CdF rund 200 Mill. Franc an Hilfen bereit. Ihrerseits erhielt sie 6,83 (6,50) Mrd. *Franc an Staatshilfen aller Art*, davon 3,46 (2,95) Mrd. Franc zum Ausgleich der Preisdifferenz zur Importkohle. Die dadurch erstmals ausgeglichene Betriebsrechnung wird in diesem Jahr aber mit 500 Mill. Franc durch die Kohlepreissenkung belastet, die wegen des Ölpreisverfalls erstmals notwendig wurde.

Trotzdem dürfte der französische Kohlenverbrauch weiter zurückgehen, nachdem er 1985 um sechs auf 35 Mill. Tonnen geschrumpft war bei um 2,3 auf 19,3 Mill. Tonnen reduzierten Kohlenimporten. Die CdF selbst verkaufte 11,2 (13,16) Mill. Tonnen Kohle. Besonders stark zurückgegangen sind ihre Verkäufe an die staatlichen Elektrizitätswerke, die ihren Strom lieber mit billiger Kernkraft erzeugen.

ÖSTERREICH / Gute Bedingungen für deutsche Exporte

Investitionsboom erwartet

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Optimistischer als noch zu Jahresbeginn geben sich die Wirtschaftsforscher in Österreich, indem sie ihre Wachstumsprognose für 1986 von 2,5 auf drei Prozent erhöhen. Gegenüber der letzten Prognose vom Dezember, sieht die Einschätzung des Jahres 1986 aber auch im Detail anders aus. Maßgeblich dafür sind vor allem der Ölpreisverfall und die Währungsverschiebungen. Gemeint ist vor allem der Wertverlust der US-Währung.

Aus der traditionellen Orientierung an der D-Mark und aufgrund des Dollarkurs-Verfalls errechnet sich eine effektive Höherbewertung des Schilling im Handel mit Industriewaren um real etwa zwei Prozent – die stärkste Wertsteigerung seit Anfang der achtziger Jahre. Dies veranlaßte die *Prognostiker*, den *Anstieg der realen* Warenexporte um einen Punkt auf sechs Prozent (bei Rückschlägen im Handel mit osteuropäischen Ländern und der Opec) zurückzunehmen. Wobei aber immer noch Marktanteilsgewinne im Ausmaß von etwa zwei Prozentpunkten angenommen werden.

Negativ beeinflußt werden dürfte auch der Tourismus, der in Österreich mit Deviseneinnahmen von fast 100 Mrd. Schilling jährlich eine wesentliche Rolle spielt. Die Übernachtungsziffern im Sommer werden, so wie in den letzten Jahren, auch 1986 zurückgehen, die Deviseneinnahmen bestenfalls stagnieren. Im Winter konnte das Vorjahresergebnis nur mit Mühe gehalten werden.

Positive Erwartungen betreffen die Inflation, die mit einem Jahresdurchschnitt von nur mehr zwei Prozent angenommen wird. Die Verbesserung der Terms of Trade wird, bei *drei Prozent höherer realer Kaufkraft* und steigender Beschäftigung (Arbeitslosenquote: 4,9 Prozent) sowie verbesserter Konsumentenstimmung infolge sinkender Benzinpreise, den privaten Konsum um fast drei Prozent wachsen lassen.

Gleichfalls positiv beeinflußt wird durch die Rahmenbedingungen das Investitionsklima. In der Industrie erwarten die Wirtschaftsforscher, nicht zuletzt durch den Druck von notwendigen Strukturanpassungen, geradezu einen Investitionsboom mit einer Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen um real sieben Prozent. Auch die Prognose für das reale Wachstum in der Baubranche wurde nach oben revidiert auf ein Plus von 2,5 Prozent.

Die Verlagerung des konjunkturellen Antriebs hin zur Inlandsnachfrage wird ebenso wie die Nachfragestruktur die deutschen Ausfuhren nach Österreich begünstigen, die mit einem Anteil von fünf Prozent in etwa das Volumen der gesamten deutschen Ostexporte erreichen. Bei einem durchschnittlichen Importwachstum in Österreich von 6,5 Prozent sollte die Bundesrepublik Deutschland mit sieben bis acht Prozent überdurchschnittlich partizipieren. Neben steigenden Kraftfahrzeug-Lieferungen betrifft dies *vor allem* höherwertige Konsum- sowie Investitionsgüter.

Bayer hat große Pläne in den USA

dpa/VWD, New York

Bayer USA Inc., die neue Holdinggesellschaft der Bayer AG für ihre amerikanischen Aktivitäten, will bis zum Ende des Jahrzehnts in den Ver*einigten Staaten 1 Mrd. Dollar inve*stieren. Der Schwerpunkt soll in der Forschung liegen, erklärte Konrad M. Weis, Präsident der Holding.

Zum Geschäftssitz der Holding wurde Pittsburgh in Pennsylvania gewählt, der Standort der größten Bayer-Tochter Mobay Chemical Corp. Die anderen Betriebsgesellschaften sind Miles Laboratories Inc., Elkhart (Indiana), Agfa-Gevaert Inc., Teterboro (New Jersey), Compugraphic Corp., Wilmington (Massachusetts), Haarmann + Reimer Corp., Springfield (New Jersey), Helena Chemical Co., Memphis (Tennessee) und Deerfield Urethane Inc., South Deerfield (Massachusetts). Zusammen beschäftigen diese sieben Firmen 24 600 Mitarbeiter.

Die Bayer-Unternehmen in den Vereinigten Staaten wiesen im vergangenen Jahr 4 Mrd. Dollar Umsatz aus – rund 25 Prozent des Konzernumsatzes. Für 1986 erwartet Weis fünf Prozent Zuwachs. Der Gewinn der sieben Betriebsgesellschaften erhöhte sich 1985 um 6,8 Prozent auf 203 Mill. Dollar.

Im Januar einigte sich Bayer mit der Sterling Drug Co., die es dem deutschen Konzern erlaubte, in Nordamerika für den Vertrieb bestimmter Industrieprodukte den Namen Bayer *wieder zu benutzen. Nach dem Ersten* Weltkrieg waren Vermögen und Name beschlagnahmt worden.

Mehr Briten an Aktien interessiert

fu. London

Die Zahl der Aktionäre in Großbritannien hat sich seit dem Amtsantritt von Premierministerin Thatcher (1979) auf mehr als sechs Millionen *verdoppelt. Damit besitzen heute et*wa 14 Prozent der erwachsenen Bevölkerung Aktien. Dies ist ein erheblich höherer Prozentsatz als eigentlich angenommen worden war. Die von der Marktforschungsgesellschaft *National Opinion Polls im Auftrag* des Schatzamtes durchgeführte Erhebung verdeutlicht die Bemühungen der Regierung Thatcher, den Aktienbesitz breiter zu streuen.

Bemerkenswert ist insbesondere die Erkenntnis, daß fast die Hälfte der Aktionäre aus den mittleren und niedrigeren Einkommensschichten stammen. Dies ist ohne Frage eine direkte Folge des Privatisierungsprogramms unter Frau Thatcher. Ausgewirkt hat sich zudem die wachsende Beteiligung von Mitarbeitern am Aktienkapital ihrer Unternehmen.

Für die Ausweitung des Aktienbesitzes hat Schatzkanzler Lawson einen in Frankreich und der Bundesrepublik bewährten Weg gewählt. Danach wird von Anfang nächsten Jahres an jeder Brite über 18 Jahre pro Monat bis zu 20 Pfund (gut 67 Mark) oder *maximal 2400 Pfund* (8090 DM) pro Jahr in einen persönlichen Aktienplan zum Aktienerwerb investieren können, ohne daß reinvestierte Dividenden oder realisierte Kursgewinne versteuert werden müssen. *Voraussetzung* dafür *ist* allerdings, daß die Aktien für ein bis zwei Jahre gehalten werden.

LEIFHEIT / Nur durch höhere Steuern belastet

Ein Vorzeige-Ergebnis

Wb. Frankfurt

Die Leifheit AG, Nassau, Börsenneuling vom Herbst 1984, kann die Ergebnisse ihres ersten vollen Geschäftsjahrs als Aktiengesellschaft getrost vorzeigen. Bei einem Umsatz von 104 (102) Mill. DM kam sie auf einen Jahresüberschuß von 10,3 (11,6) Mill. DM, fast 10 Prozent vom Umsatz. Der leichte Rückgang des Jahresüberschusses ist denn auch kein Zeichen von Ertragsschwäche, sondern lediglich Folge der Verselbständigung des Unternehmens.

Mit der Lösung aus einem Konzernverbund wurde der Hersteller von Haushalts- und Küchenhilfen erstmals voll körperschaftssteuerpflichtig – die Steuerposition wuchs um mehr als 3 Mill. DM. Die Steigerung des Gewinns vor Steuern um 11 Prozent auf 24 (21,6) Mill. DM verhinderte aber, daß das Nettoergebnis noch stärker beeinträchtigt wurde.

So winkt den Aktionären, die fürs letzte Quartal 1984 erstmals mit 3 DM je Aktie bedient worden waren, auch eine gewissermaßen unveränderte Dividende von 12 DM je Aktie. Sie zu verdienen steht für 1986 erneut auf dem Plan. Nachdem das erste Quartal ein Umsatzplus von 4,4 Prozent (ausschließlich gestützt durch das Exportwachstum von knapp 9 Prozent) gebracht hat, sollen eine erhoffte Inlandsbelebung und neue Produkte bis zum Jahresende einen Umsatzzuwachs um 5 Prozent und weiter verbesserte Erträge bringen.

Auch 1985 wurde das zweiprozentige Wachstum in erster Linie vom Auslandsgeschäft getragen, dessen Umsatzanteil auf 50 (49) Prozent wuchs. Mit der mageren Zuwachsrate, die zudem fast ganz auf die Preissteigerungen von 1,7 Prozent zurückzuführen war, stand das 460-Mitarbeiter-Unternehmen immer noch sehr gut da: Die Branche hatte durchweg Rückgänge zu melden.

LEFFERS / Bessere Profilierung des Sortiments

Straffung kostet Umsatz

Py. Düsseldorf

Erstmals seit Jahren ist das Mode- und Textilhaus-Unternehmen Leffers AG, Bielefeld, mit der Umsatzentwicklung hinter dem Branchendurchschnitt zurückgeblieben. Der Umsatz in den sieben Häusern stieg 1985 nur um 7,1 (17,4) Prozent auf 256 Mill. DM. Flächenbereinigt ging der Umsatz um 0,7 Prozent zurück, preisbereinigt dürfte das Minus noch größer gewesen sein.

Der Vorstand begründet das im Geschäftsbericht einmal mit dem Überangebot an Verkaufsfläche und damit verbundenem verschärften Wettbewerb innerhalb der Branche, mit negativen Witterungsimpulsen sowie – unternehmensintern – durch Umbauten im Bonner Haus und der Aufgabe der Heimtextil-Abteilungen.

Nicht ohne Einfluß dürfte auch die behutsame Abkehr von der Geschäftspolitik der Wirkung großer Wareneinsätze bei preisorientierten Angeboten" zugunsten „besserer Profilierung der Gesamtsortimente in den fachhandelsspezifischen Abteilungen" der Leffers-Häuser gewesen sein. Als „erwünschtes Ergebnis" dieser Anstrengungen wird die Steigerung des Rohertrags verzeichnet.

Die Verkaufsfläche nahm auf 25 900 (22 200) qm zu, der Umsatz je qm Verkaufsfläche sank auf 9900 (10 700) DM, je Verkaufskraft auf 353 900 (373 300) DM. Die Zahl der Beschäftigten stieg auf 1125 (1015).

Der 1985 wieder auf 6,4 (5,4) Mill. DM gestiegene Jahresüberschuß, der 2,5 (2,3) Prozent des Umsatzes ausmacht, reicht für die vorgeschlagene Ausschüttung wie 1984 von 7,50 DM für die Stamm- und 8,50 DM für die stimmrechtslosen Vorzugsaktien plus 4,22 beziehungsweise 4,78 DM Steuergutschrift (Hauptversammlung am 10. Juni). Rund 58 Prozent des Jahresüberschusses gehen damit an die Aktionäre. Die Rücklagen werden mit 2,7 (1,7) Mill. DM gespeist. Das Eigenkapital beträgt 53,3 Prozent der Bilanzsumme. In Sachanlagen wurden 1985 nur 10 (38) Mill. DM investiert, die Abschreibungen lagen bei 6 (5) Mill. DM.

ALLIANZ LEBEN / Das Preis-Leistungs-Verhältnis bleibt bei den für 1987 geplanten neuen Tarifen unverändert

Schrittmacher beim Wachstum der Branche

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Je mehr um die Entwicklung der staatlichen Sozialversicherung diskutiert wird, desto größeren Zulauf erhalten die privaten Sicherungssysteme, vor allem die Lebensversicherung. Daß man dieses Trends dennoch nicht recht froh wird, macht Uwe Haasen, der seit Mitte vergangenen Jahres amtierende neue Vorstandsvorsitzende der Allianz Lebensversicherungs-AG, Stuttgart, deutlich: Sein Anliegen sei, angesichts der bevorstehenden demographischen Veränderungen die Politiker an ihre Pflicht zum Handeln zu erinnern. Notwendig ist seiner Meinung nach eine baldige klare Aussage der Sozialpolitik, wie die Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung aussehen soll.

Das große Zukunftspotential der Lebensversicherung sieht Haasen demzufolge im Bereich der Rentenergänzungsfunktion. Aber auch die bevorstehende branchenweite Aktualisierung der Tarife (reformierte Rückkaufswerte, Anpassung an neue Sterbetafeln und Erhöhung des Rechnungszinses) werde seiner Ansicht nach dazu beitragen, daß die Lebensversicherung im Blickpunkt bleibe.

Danach werden sich im kommenden Jahr bei der Allianz die Beiträge für die kapitalbildenden Lebensversicherungen für Männer um sieben Prozent, die für Frauen um zehn Prozent ermäßigen. Bei der Risikoversicherung, bei der der Rechnungszins keine Rolle spiele, aber die Sterblichkeit eine größere, verringern sich die Beiträge für zehnjährige Versicherungen durchschnittlich um 15 Prozent (Männer) und 30 Prozent (Frauen).

Die neuen Tarife werden nach Darstellung Haasens nicht vor Anfang 1987 eingeführt, sondern eventuell ab 1. März 1987. Der Allianz-Leben-Chef hob hervor, daß die Lebensversicherung durch die niedrigeren Beitragssätze keineswegs preisgünstiger würde, vielmehr bleibe das Preis-Leistungsverhältnis praktisch gleich. Das Gewicht verlagert sich hin zur garantierten Leistung, wobei die Gewinnbeteiligung sinkt. Die bis zur Tarifreform noch geltenden alten Tarife werden – so Haasen – „so verbessert, daß man sie guten Herzens empfehlen kann".

Insofern ist man bei Allianz Leben auch zuversichtlich, daß sich im Neugeschäft kein Attentismus breit macht. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres hat sich das Neugeschäft summenmäßig um 5,2 Prozent vergrößert. Überdurchschnittlich war dabei sogar die Entwicklung bei den „normalen" kapitalbildenden Verträgen, die summenmäßig um 5,6 Prozent zunahmen. Auch das Firmengeschäft stieg an, wogegen bei vermögensbildenden Versicherungen das Neugeschäft um elf Prozent weiter absank.

Alles in allem zeichne sich nach Haasens Einschätzung im laufenden Jahr „erneut ein gutes wirtschaftliches Ergebnis ab". Das Kostenbild werde „erfreulich" bleiben, so daß trotz gesunkenen Zinsniveaus mit einer „kontinuierlichen Ertragsentwicklung" zu rechnen sei. Heller Glanz geht einmal mehr vom im Berichtsjahr 1985 erzielten Ergebnis des Branchengrößten in der Lebensversicherung aus.

Der Gesamtüberschuß stieg deutlich, nämlich um 11,8 Prozent auf 2,29 Mrd. DM an, ein Effekt der um elf Prozent erhöhten Kapitalerträge – dabei wurden 252 (185) Mill. DM Kursgewinne aus Wertpapieren realisiert – sowie des guten Risiko- und Kostenverlaufs. Die Stornoquote hielt sich auf niedrigen 3,7 Prozent, Verwaltungs- und Abschlußkostenquote konnten weiter zurückgefahren werden (siehe Tabelle).

Der Gesamtüberschuß kommt zu 98 Prozent den Versicherten zugute. Ab 1987 wird dann die Gewinnbeteiligung, um die Bestandskunden gegenüber den nach dem neuen Tarif abschließenden Kunden gleichzustellen, weiter verbessert. Dies führt dann dazu, daß die Leistung im Todesfall unmittelbar und auch die Ablaufleistung ansteigen.

An die Aktionäre wird eine Dividende von unverändert 9 DM je 50-DM-Aktie auf ein Grundkapital von 130 Mill. DM ausgeschüttet (Hauptversammlung am 26. Mai). Beim beschleunigten Wachstum der Branche war die Allianz vorne dran. Das Neugeschäft nahm im Berichtsjahr um 4,7 Prozent zu, bei einem Branchendurchschnitt von plus 3,9 Prozent.

Das Firmengeschäft kam sogar auf ein Plus von 15 Prozent und macht nunmehr bereits 22 Prozent des gesamten Neugeschäfts aus. Auch bei den Beitragseinnahmen lag die Allianz Leben mit einem Zuwachs von 7,9 Prozent deutlich besser als die Branche (plus 4,1 Prozent). Vor allem wegen der Erhöhung der Gewinnbeteiligung stiegen die Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung um über 25 Prozent.

Allianz Leben	1985	±%
Versicherungsbestand (Mill. DM)	130 485	+ 5,9
Neugeschäft	12 931	+ 4,7
Beitragseinnahmen	5 671	+ 7,9
ausgez. Leistungen	2 980	+ 13,5
Kapitalanlagen	45 537	+ 11,1
Kapitalerträge	3 903	+ 11,0
Zuf. zu Rückstellung für Beitragsrückerst.	2 228	+ 11,6
Rückst. f. Beitragsrück.	8 613	+ 15,6
	1985	1984
Stornoquote (%)	3,7	3,7
Verw.Kostenquote (%)	4,1	4,3
Abschl.Kostenqu. (‰)	44,9	45,1

BANK AUFHÄUSER

Mit Wertpapieren Plus bei Erträgen

sz. München

Zumindest was die Ertragssituation betrifft, sieht das Münchner Bankhaus H. Aufhäuser nach den ersten drei Monaten 1986 dem laufenden Geschäftsjahr mit „vorsichtigem Optimismus" entgegen. Zwar verspürte auch diese Privatbank (ohne Filialnetz) nach Angaben von Rudolf Bayer, einer der vier Geschäftsinhaber, die allgemein zurückhaltende Kreditnachfrage, die das Volumen insgesamt um etwa drei Prozent zurückgehen ließ, und mußte seit Jahresanfang einen „leichten" Rückgang ihrer Bilanzsumme verzeichnen. Doch brachte das Wertpapiergeschäft, dessen Umsatz gegenüber der Vorjahreszeit um über 100 Prozent zunahm, „hervorragende" Erträge.

Der Renaissance des Wertpapiergeschäfts verdankte es Aufhäuser bereits 1985, daß ein „überaus erfreuliches Ergebnis" erzielt werden konnte. Bei einem Umsatz von fast 12 (5) Mrd. DM hatte dieser Bereich entscheidenden Anteil an der Verbesserung der Provisions- und Dienstleistungserträge um 37,5 Prozent. Verschmerzt werden konnte damit, daß bei einer Zinsspanne von 1,8 (2,0) Prozent der Zinsüberschuß geringer als im Vorjahr ausfiel. Traditionell werden keine Ertragszahlen genannt, jedoch deutete Bayer an, daß das Betriebsergebnis „noch einmal über dem schon guten Vorjahresniveau" gelegen habe.

Im Geschäftsjahr 1985 stieg die Bilanzsumme der Bank um 7,0 (7,2) Prozent auf 1,32 Mrd. DM und das Geschäftsvolumen um 3,2 (6,2) Prozent auf 1,36 Mrd. DM. Trotz einer Zunahme der Kundenforderungen um 7,3 Prozent auf 416,8 Mill. DM verringerte sich das gesamte Kundenkreditgeschäft um 1,8 Prozent auf 666,2 Mill. DM. Auf der Passivseite erhöhten sich die Kundeneinlagen um 1,5 Prozent auf 711,5 Mill. DM. Nach einer (steuerneutralen) Aufstockung der offenen Rücklagen aus Gesellschaftsmitteln um 13 Mill. auf 14 Mill. DM verfügt die Bank nun über ein haftendes Eigenkapital von 60,2 (46) Mill. DM.

Kaufhof legt eine halbe Mark zu

J. G. Düsseldorf

Entgegen dem Trend in der deutschen Warenhausbranche schlägt der zweitgrößte Konzern, die Kölner Kaufhof AG, ihren 30 000 Eigentümern von 330 Mill. DM Aktienkapital (darunter Großaktionär Metro mit „offiziellen" 24,9 Prozent von möglichen gut 50 Prozent) für 1985 eine Dividendenaufbesserung auf 7 (6,50) DM je Aktie vor (Hauptversammlung am 2. Juli). Nebst Steuergutschrift erhöht sich der Satz für den Inlandsaktionär auf 10,94 (10,16) DM.

Aus einem um 0,9 Prozent auf 8,5 Mrd. DM gestiegenen Konzernumsatz erzielte die Kaufhof AG einen leicht auf 53,7 (52,5) Mill. DM erhöhten Jahresüberschuß. Davon werden nur noch 7,5 (17,1) Mill. DM den offenen Rücklagen zugewiesen. Zusätzlich wurde aus Buchgewinnen die 6b-Rücklage um 33,6 Mill. DM verstärkt. Die Gesamtrücklagen haben sich so auf 649 (609) Mill. DM verbessert. Früheren Andeutungen des Vorstands zufolge soll die Dividendenbesserung auch wachsende Diversifikationserfolge ohne Berücksichtigung von „Anlaufverlusten" spiegeln.

NAMEN

Willi Stein, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Die Moderne Küche (AMK) und Vertriebsdirektor der Leicht-Einbauküchen GmbH, Schwäbisch Gmünd, vollendet heute sein 65. Lebensjahr.

Dr. **Frieder Beylich**, langjähriges Vorstandsmitglied der Eichbaum-Brauereien AG, Mannheim, wurde zum Vorstandsvorsitzenden berufen.

Dr. **Knut Fischer** und **Karl Lotter** sind mit Wirkung vom 1. Mai 1986 zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Berliner Bank AG, Berlin, bestellt worden.

Dieter Wössner, bisher Vorstandsmitglied der Volksbank Pforzheim e. G., wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum weiteren Vorstandsmitglied der Genossenschaftliche Zentralbank AG (GZB), Stuttgart, bestellt.

H. J. Schlange-Schoeningen ist wegen Erreichens der Altersgrenze aus dem Aufsichtsrat Akzo nv, Arnheim, ausgeschieden. **H. G. Zempelin**, Mitglied des Vorstands der Akzo nv, wird in der Hauptversammlung 1987 sein Amt niederlegen. Ferner soll Drs. **J. W. Berghuis**, zur Zeit Vorsitzender der Direktion von Akzo Nederland bv, in den Vorstand berufen werden.

Urs Elsenhans (42), zuvor Leiter der Gastronomieberatung der Wicküler-Gruppe, ist seit dem 1. April neuer Mitgesellschafter und Geschäftsführer der Unternehmensberatung „Der Erfolgswirt" in Langenfeld.

Dr. **Lando Zappei**, bisher bei der Boston Consulting Group, übernahm die Position eines Principal bei Booz Allen & Hamilton Inc., Düsseldorf.

Roger Maaß hat am 1. April die Aufgabe des Service-Managers für Deutschland bei Apollo Domain Computer GmbH, Frankfurt, übernommen.

Markus Irgel (27), übernahm die nationale Verkaufsleitung der Collo GmbH, Hersel/Bonn.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Südchemie hält 12,50 DM

München (sz). – Wieder 12,50 DM Dividende auf ihr Grundkapital von 30,37 Mill. DM will die Süd-Chemie AG, München, für 1985 ausschütten. Nach Angaben der Gesellschaft stieg der Umsatz getragen vom Inlandsgeschäft um 9,7 Prozent auf 355 Mill. DM. Die Exportquote verminderte sich auf 54 (56) Prozent. Deutlich geringere Zuwachsraten hätten die ersten Monate 1986 gebracht.

Unveränderte Dividenden

München (sz.) – Unveränderte Dividenden von jeweils 8 DM werden die beiden Unternehmen Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof AG und Vogtländische Baumwollspinnerei AG, die die Textilgruppe Hof bilden, für das Jahr 1985 auf 16,5 Mill. DM bzw. 11,5 Mill. DM Grundkapital ausschütten. Der Gruppenumsatz stieg 1985 um 2,8 Prozent auf 735 Mill. DM. Die derzeitige Auftragslage und Umsatzentwicklung wird als „insgesamt zufriedenstellend" bezeichnet. Die Hauptversammlungen finden am 3. Juni statt.

„Rendite-Programm"

Stuttgart (nl.) – Unter der Bezeichnung „Wüstenrot-Rendite-Programm", das den Bausparern ein Optimum an Gestaltungsmöglichkeiten geben soll, kommt jetzt die Bausparkasse Wüstenrot, Ludwigsburg, auf den Markt und setzt damit den Reigen der tariflichen Flexibilisierung in der Branche fort. In der Normalversion beträgt die Guthabenverzinsung rund 4,5 Prozent, der Darlehenszins liegt in diesem Fall bei nominal 6,4 Prozent. In der Niedrigzinsvariante steht dem Guthabenzins von 2,5 Prozent ein Darlehenszins von 4,6 Prozent gegenüber. Es besteht die Möglichkeit, vorzeitig die Zuteilung von Teilbausparsummen zu beantragen.

Ausschüttung erhöht

Bremen (ww.) – Die Bremer Woll-Kämmerei AG schlägt für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende von 10 (7) DM je Aktie vor. Dabei soll auf die Aktien aus der Kapitalerhöhung 1985 die Dividende zur Hälfte ausgeschüttet werden. Zur weiteren Verstärkung des Aktienkapitals wird zudem vorgeschlagen, das Grundkapital um 4,4 Mill. DM durch Ausgabe neuer Aktien im Verhältnis 5:1 zum Bezugspreis von 100 DM je Aktie mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1986 zu erhöhen.

Wiebe will an die Börse

Berlin (dpa/VWD) – Die Hans Wiebe Textil Aktiengesellschaft, Berlin, will an die Börse gehen. Es wurden bereits Vorzugsaktien im Wert von 3,75 Mill. DM ausgegeben, die von der Berliner Commerz Beteiligungsgesellschaft mbH übernommen wurden. Nach einer Umsatzsteigerung 1985 um über 30 Prozent rechnet die Wiebe Textil AG für 1986 mit einem Umsatz von über 250 Mill. DM.

Zuckerindustrie baut Bioethanol-Anlage

dos, Hannover

Eine Gemeinschaftsanlage für Bioethanol, die ab 1988 jährlich 250 000 Hektoliter Ethanol für den Kraftstoffsektor aus Zucker erzeugen soll, plant die neu gegründete Bioethanol-Produktionsgesellschaft der Niedersächsischen Zuckerindustrie mbH, Braunschweig. An ihr sind alle Unternehmen der niedersächsischen Zuckerindustrie, die sich in bäuerlichem Besitz befinden, beteiligt. Zur Verarbeitung sollen pro Jahr 40 000 t Zukker gelangen.

An den Kosten des Projekts in Höhe von 34 Mill. DM beteiligt sich das Land Niedersachsen mit rund 14 Mill. DM; den Rest tragen die Zuckerfabriken. Die Beteiligungen richten sich nach der C-Zuckerproduktion der letzten fünf Jahre. Dieser auf dem Weltmarkt anzubietende Zucker erreicht in Niedersachsen rund 160 000 t und kann nur mit Verlusten abgesetzt werden. Mit der Ethanolanlage sollen die Anbauflächen für Zuckerrüben stabilisiert werden.

3 M DEUTSCHLAND / Beim Umsatz erstmals die Milliardengrenze überschritten

Ausbau der vier deutschen Werke

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Mit einer beschleunigten Wachstumsrate von 13,6 (11,6) Prozent auf 1,1 Mrd. DM Umsatz hat die Neusser 3 M Deutschland GmbH 1984/85 (31. 10.) erstmals die Milliardenschwelle überschritten. Der Gewinn vor Steuern fiel jedoch auf 4,3 (6,1) Prozent des Umsatzes zurück und lag mit dieser Marge nur noch ein Drittel so hoch wie 1980 bei einem seitdem um gut die Hälfte vergrößerten Umsatz. Zwei wesentliche Gründe führt diese (nach England) zweitgrößte Auslandstochter des „Artikelmulti"-Konzerns Minnesota Mining & Manufacturing Company, St. Paul/USA (1985er Weltumsatz 7,85 Mrd. Dollar mit 40 000 Produkten) für solche Entwicklung an.

Erstens litt die deutsche Konzerntochter, die 28 (27) Prozent ihres Inlandumsatzes mit dem Zukauf dollarfakturierter Konzernprodukte bestreitet, abermals erheblich unter dem im Durchschnitt des Berichtsjahres noch höher gewordenen Dollarkurs (pro Pfennig Kursanstieg 0,7 Mill. DM Ergebnisbelastung). Zweitens wurden bei den von ihr vertriebenen 10 000 Artikeln leichte Verkaufspreiserhöhungen von weiterhin erheblichen Preisabschlägen in konsumnahen Produktlinien übertroffen. Zumal bei Videokassetten, wo sich 3 M mit ewa 12 Prozent als Zweitgrößter im deutschen Markt sieht, ging der rapide Preisverfall, der nun keinem Produzenten noch Gewinne erlaube, ohne absehbares Ende weiter.

Nur durch Steuerersparnis aus der jüngsten, mit 91 Mill. DM sehr hoch ausgefallenen und bislang im Zwei-Jahres-Rhythmus betriebenen „Dividendenerklärung" an die Mutter besserten sich der Jahresüberschuß auf 43,8 (20,1) Mill. und der Cash-flow nach Steuern auf 112 (73) Mill. DM. Von dieser insbesondere aus dem hohen Gewinnvortrag von 170 (168) Mill. DM bestrittenen Ausschüttung gibt die Mutter 74 Mill. DM für eine im übrigen aus Rücklagen vorgesehenen Erhöhung des Stammkapitals auf 231 (140) Mill. DM zurück.

Mit einem Eigenkapital von 352 (308) Mill. DM oder 73 (69) Prozent des traditionell bankschuldenfreien Bilanzvolumens zeigt „3 M" eine nach wie vor herausragend gute Bilanzstruktur. Die Brutto-Sachinvestitionen wurden 1984/85 mit 68,2 (81,4) Mill. bei 56,1 (44,8) Mill. DM Abschreibungen fortgesetzt. In die eigenen Fabriken (vier deutsche Standorte) wurden mit Schwerpunkt beim Werk Kamen (Produktionsverschiebung von Kopiergeräten zum „Magnet-Technik-Bereich") 28 (49) Mill. DM investiert; im laufenden Jahr sollen es 40 Mill. DM vorwiegend für Kapazitätserweiterung werden.

„Wir vestehen uns als eine produzierende Gesellschaft", kommentiert Generaldirektor Bo A. Ekman diese Investitionspolitik, die 1985/86 auch bei den 3263 (3127) Beschäftigten eine Aufstockung um 100 Leute bringen soll. Vorwiegend im Konzernverbund hat die Firma 63 Prozent ihres Umsatzes mit Handelsware erzielt und andererseits aus eigener Produktion den Export auf 26,1 (23,6) Prozent des Umsatzes gesteigert.

Nach knapp 10 Prozent Umsatzplus im ersten Halbjahr 1985/86, an dem der Export abermals stärker als der Inlandsabsatz beteiligt war, wird für das zweite Halbjahr bei weiterhin starkem Export auch wieder eine Bechleunigung des Inlandsgschäfts (wiederum fast nur aus Mengenwachstum) erwartet. Der nun für den Warenbezug günstigere Dollarkurs werde den Gewinn vor Steuern sicherlich erhöhen.

Aktien deutlich schwächer

Die Börsenkulisse zeigt zunehmend Nerven

DW. – Der schwache Dollar und die ungewisse Zinssituation in den USA zeigten bei den Aktien am Wochenbeginn negative Auswirkungen. Da Kaufaufträge aus dem Ausland weitgehend ausblieben, führten die Abgaben des Berufshandels zu deutlich rückläufigen Notierungen. Dies muß auch vor dem Hintergrund fehlender Wachstumsimpulse gesehen werden, die Zweifel darüber aufkommen lassen, ob die von der Bundesregierung prognostizierten Wachstumsziele in diesem Jahr erreicht werden.

Autoaktien erwiesen sich als besonders empfindlich. Der Porsche-Kurs wurde ganz kräftig reduziert. Bei Daimler und Mercedes wurde die Notiz um 20 bis 30 DM zurückgenommen, VW-Aktien gaben um knapp 20 DM nach. Bei VW kommt immer noch als belastend hinzu, daß das Kapital über stimmrechtslose Vorzugsaktien erhöht werden soll. Bei den Bankaktien gab es ebenfalls zum Teil zweistellige Einbußen. Großchemiewerte lagen um sieben bis acht DM schwächer. Der Hoechst-Kurs liegt jetzt nur noch um rund 30 DM über dem Emissionspreis für die jungen Aktien. Bei Siemens macht sich das Ausbleiben der Auslandskäufe und eine gewisse Neuorientierung in der Gewinneinschätzung kursdrückend bemerkbar. Bei Mannesmann ist die Rücklaufbewegung ebenfalls immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Seit Wochen wird hier ständig Material auf den Markt geworfen. Von der Schwäche erfaßt wurden nunmehr auch die bislang noch stabilen Versorgungswerte.

Frankfurt: Bilfinger verminderten um 5,50 DM und Degussa um 26 DM. Pfaff gaben um 3,80 DM und Dyckerhoff um 10 DM nach. Adler stockten um 7 DM und Cassella um 6,50 DM auf. Rheag legten 4 DM zu.

Düsseldorf: Bilfinger lagen um 5 DM und Dahlbusch VA um 10 DM schwächer. Gildemeister verminderten um 3,90 DM und Hagen Batterie um 9,20 DM. Küppersbusch legten 4 DM zu.

Hamburg: Reichelt wurden um 4 DM zurückgenommen. HEW schwächten sich um 3 DM ab. Bremer Vulkan verminderten um 1 DM. Bavaria Brauerei lagen um 2 DM fester.

Berlin: Engelhardt waren um 15 DM, Lehmann um 6 DM und Rheinmetall St. um 5 DM heraufgesetzt. Springer schwächten sich um 22 DM, Berthold um 8 DM und Berliner Bank um 6,50 DM ab.

München: Aigner und Agrob St. erhöhten um jeweils 4 DM. Dywidag verminderten um 10 DM, Flachglas um 15 DM und Hutschenreuther um 35 DM. Knürr verbesserten sich um 24 DM und Leonische Draht um 14 DM.

Stuttgart: Boss waren um 10 DM ansteigend. Kolb und Schüle machten 3 DM gut. Die Württembergische Hypothekenbank war um 55 DM gedrückt. Aesculap verloren 6 DM. Salamander verbilligten sich um 12 DM.

Nachbörse: schwach

WELT-Aktienindex 298,13 (305,95)
WELT-Umsatzindex: 4221 (4414)
Advance-decline-Zahl: 55 (126)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

Inland

		28.4.	25.4.
H	Aach M Best. 10	2750	2800
H	Aach. M. Vers. 7	1780bB	1840
D	Aach. Rück. 9	3300	3300
D	Aseag *4	4908	4908
M	Ack-Gbgg. 6	174,5	175
H	Adca 3	199	205
D	Adler 9	360	351G
F	AEG 0	358	342
D	AEG KABEL 9	479G	479G
S	Aesculap 9	474	480G
F	AGAB 5	143,5	142
D	Agrippina *0	4450bB	4500

		28.4.	25.4.
F	Cobl. Genußsch.	117,6	116,95G
D	Conc. Chem 4,5-3	284,5	284bG
B	Conc. Spinne * 0	464B	464B
D	Contigas 7,5	382bG	390
D	Conti Gummi 3	237,8	246,2
D	Dahlb St. 7,65	309	313
D	dgl. Vz. 14,55	440	450
S	Daimler 10 5	1455	1480
M	Deckel AG 0	245	248
D	Dt. Atl. Tel.10+1	9308	9308
H	Doag 5	524	529,5
D	Dt. Babcock St. 3	215	225
D	dgl. Vz. 5,5	208	215
F	Dt. Bank 12	849	867,5
D	Dt. Centrboden 12	875	860T

		28.4.	25.4.
H	Hdl. Lüb. 9	580	590G
Hn	Hann. Papier 5,5	215,5	229
H	Harmstorf 0	84	96bB
D	Harpener 11	405	411
F	Hartm. & B.St. 4	1830T	1810
F	dgl. Vz. 4	1465	1460
M	Hasen-Bräu 9	965	960
S	Heidelb. Zem. 7	630	630
M	Heilit & W. 5	270	280G
D	Hein, Lehm. *0	348	340
D	Heinr. Ind. *14+4	720T	750
H	Hemmoor 0	250G	249
D	Henkel	425	440
F	Henninger 2	209	208
B	Herlitz 7	196	202
B	dgl. Vz. 7,8	174,9	183

		28.4.	25.4.
F	MAB 6,5	410T	400
F	dgl. Vz. 6,5	405T	390T
D	Mannesmann 4	240	251,5
F	Mannh. Vers. 8	1070	1051
H	Markt & K. 7	222	–
F	MAN St. 7	200	204
F	dgl. Vz. 6	172,5	177
F	MAN-Rol. 20,2	595bG	590
S	M.Möh.Weing. *0	360	355G
D	Mauser 0	90bG	93
F	Mercedes 10,5	1251	1285
F	Metallges. 0	355	356
S	Met. u. Lack 0	133G	133G
S	Müag 6,5	466G	466G
F	Moenus 0	108	109
F	Monacha 5	2900bG	2900T

Freiverkehr | Ungeregelt. Freiverkehr | Unnotierte Werte | Ausland in DM

Ausland

Amsterdam | Brüssel | Hongkong | Kopenhagen | London | Luxemburg | Madrid | Mailand | New York | Paris | Johannesburg | Singapur | Sydney | Oslo | Stockholm | Wien

Stockholm

	28.4.	25.4.
Saab-Scania	840	832
Sandvik A	870	875
SKF B	–	345
Volvo A	389	396
J & P Ind. Index	2255,05	2302,95

Tokio

	28.4.	25.4.
Alps.	2050	2050
Bank of Tokyo	770	790
Banyu Pharma	900	900
Bridgestone Tire	635	611
Canon	1140	1140
Daikin Kogyo	800	760
Daiwa Sec.	1350	1360
Daiwa House	1350	1400
Eisai	1560	1610
Fuji Bank	1510	1550
Fuji Photo	2480	2490
Hitachi	920	915
Honda	1220	1220
Ikegai Iron	433	443
Kansai El. P.	2480	2520
Kao Soap	1490	1420
Kirin Brewery	1210	1210
Komatsu	474	473
Kubota Iron	342	339
Matsushita El. Ind.	1640	1660
Matsushita El. Wks.	1390	1360
Minolta Camera	847	864
Mitsubishi El.	355	360
Mitsubishi H. I.	375	375
Nikko Sec.	970	940

Toronto

	28.4.	25.4.
Can. Pacific	18	18
Cominco	12,625	12,5
Caseka Res.	1,6	1,63
Denison Mines	8,375	8,25
Dome Petroleum	1,97	1,94
Domtar	31,25	31,25
Falconbridge Ltd.	21,25	21,25
Great Lakes Forest	–	25,625
Gulf Canada	15,375	15,25
Gulfstream Res.	0,62	0,62
Hiram Walker Res.	36,5	36,5
Hudson Bay Mng.	8,375	8,375
Husky Oil	8,25	8,125
Imperial Oil -A-	42,375	42,75
Inco	19,625	19,625
Inter City Gas Ltd.	15,5	15,25
Interprov. Pipeline	–	43,75
Kerr Addison	–	15,25
Lac Minerals	19,25	19,625
Massey Ferguson	3,55	3,55
Moore Corp.	38	37,5
Noranda Mines	17,75	17,75
Norcen Energy Res.	11,5	11,5
Northgate Expl.	4,55	4,45
Northern Telecom.	42,875	42,625
Nova An Alberta 'A'	5	5,12
Nu West Group	0,34	0,32
Oakwood Petrol	4,05	4,15
Placer Development	21,625	21,75
Provigo Inc.	20	19,875
Ranger Oil	5	5
Revenue Properties	–	2,65
Rio Algom	–	25
Royal Bk. of Can.	32,75	32,5
Seagram	82,75	82,875

Wien

	28.4.	25.4.
Steyrermühl Papier	3450	3540
Universale Hoch	335	326
Veitscher Magnesit	11150	11180
Index	129,78	128,08

Zürich

	28.4.	25.4.
Alusuisse	750	750
dgl. NA	218	213
Bank Leu	3725	3675
Brown Boveri	1970	1950
Ciba Geigy Inh.	3560	3575
Ciba Geigy Part.	2640	2710
Elektr. Watt	3825	3850
Georg Fischer Inh	1650	1680
Mag. z. Globus Part.	1400	1475
H. La Roche 1/10	11450	11800
Holderbank	5060	5100
Italo-Suisse	340	342
Jacobs Suchard Inh.	7950	8075
Jelmoli	3410	3450
Landis Gyr	2000	2010
Mövenpick Inh	6150	6150
Motor Columbus	1710	1700
Nestlé Inh.	8550	8625
Oerlikon-Bührle	1985	1990
Sandoz NA	4775	4775
Sandoz Inh.	11600	11580
Sandoz Part.	1880	1900
Art. A. Saurer	273	281
Schw. Bankges.	5430	5430
Schw. Bankverein	577	585
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3775
Schw. Rückv. Inh.	18750	18600
Schw. Volksb. Inh.	2650	2635
Sika -B-	4000	4025
Gebr. Sulzer Part.	635	645
Swissair	1900	1950
dgl. NA	1530	1570
Winterthur Inh.	7250	7300
Winterthur Part.	6450	6650
Zür. Vers. Inh.	8175	8200
Index: Schw. Kred.	–	–

Inlandszertifikate

Optionshandel

Auslandszertifikate

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 174,13 (179,93); Elektrowerte: 315,76 (324,03); Autowerte: 830,10 (878,97), Maschinenbau: 171,72 (176,02), Versorgungsaktien: 190,11 (194,63), Banken: 439,46 (448,94), Warenhäuser: 146,61 (149,35), Bauwirtschaft: 523,11 (535,20), Konsumgüterindustrie: 172,94 (178,35), Versicherung: 1640,33 (1681,74), Stahlpapiere: 172,20 (179,94)

Kursgewinner (Frankfurt):

Buckau-W	148,00	-12,00	-8,8%
Grossmann	390,00	-30,00	-8,3%
Pegulan St.	245,00	-14,50	-6,2%
Triumph Int.	64,50	-3,50	-5,7%
Gas. Kaiserl.	315,00	-15,00	-5,0%
Dt. Centralboden	972,00	-42,00	-4,7%
Dt Atl. Telegr.	910,00	-40,00	-4,5%
Pegulan Vz.	248,00	-10,00	-4,2%
Hoffm. Stärke	400,00	-15,00	-3,8%
MAB Vz.	405,00	-15,00	-3,8%

Kursverlierer (Frankfurt):

Dt. Hypo Hann.	372,00	-28,00	-7,0%
Norddt. Hypo	298,00	-22,00	-6,8%
Porsche Vz.	1080,00	-77,00	-6,6%
Wanderer	810,00	-50,00	-5,8%
Varta	352,00	-20,00	-5,3%
Degussa	482,00	-26,00	-5,1%
Br. H. Hypo	570,00	-30,00	-5,0%
Flachglas	328,00	-17,00	-4,9%
Thyssen	171,00	-8,65	-4,8%
Altana	438,00	-22,00	-4,7%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 3000T **Düsseldorf:** BASF 301,5, Bayer 300, BHF 545, Contigas 377, Dresdner Bk. 454, IWK 295T, Linde 725G, Metallges. 335T, Nixdorf 594, Rütgers 420T, Salamander 335G, VEW 172bG **Frankfurt:** Adt 75B, Allweiler St. 290G, Allweiler Vz. 237bG, BASF 295,1, Bayer 294,5, BHF 545G, Commerzbk. 328, Contigas 375G, Contigummi 230T, Dresdner Bk. 445, Hoechst 299, IWK 294, KSB St. 218T, KSB Vz. 207T, Linde 737, Metallges. 343, Moto Meter 285G, Nixdorf 597, Pfaff 246T, Salamander 330T, Schering 530, VEW 176, Wella 825, Ymos Vz. 200. **Hamburg:** Doag 500, Schering 535. **München:** BASF 300, Bayer 294, Br. Wolk. 280G, Contigas 390bG, Dresdner Bk. 456, Knürr 280 bG, Linde 720, Metallges. 345B, Nixdorf 603, Schering 535, Stumpf 160B, VAB 3520B, VEW 171bG, Wanderer 800

Bezugsrechte: Frankfurt: Alte Leipz. ent.

Devisenmärkte

Der Dollar wurde über das Wochenende kräftig zur Ader gelassen. Der Kurs lag am Freitag abend in New York nur noch bei 2,16. Das Sentiment übertrug sich auf die asiatischen und europäischen Märkte, wenn auch die niedrigsten Umsätze gemäßigt bei 2,153 stattfanden. Am Markt blieb man vorsichtig, da Interventionen zugunsten des Dollar seitens der Bundesbank, dem Beispiel der Japanische Zentralbank zu folgen, nicht ausgeschlossen wurden. Später wurde die Bundesbank tatsächlich aktiv und erreichte eine Befestigung bis 2,186. Am Nachmittag korrigierte der Kurs jedoch wieder auf 2,166. Zur Notiz von 2,1713 blieb die Bundesbank inaktiv. Der schwache Dollar bescherte einigen Währungen wieder historische Tiefstpunkte. Die betroffenen Währungen waren die Dänische Krone, die Lira und die Peseta. US-Dollar in Amsterdam 2,4505, Brüssel 44,2875; Paris 6,925, Mailand 1591,25, Wien 15,25, Zürich 1,8152, Ir. Pfund/DM 3,041, Pfund/Dollar 1,5461, Pfund/DM 3,357.

Devisen und Sorten

28.4.1986

New York[1], London[2], Dublin[2], Montreal[1], Amsterd., Zürich, Brüssel, Paris, Kopenh., Oslo, Stockh.**, Mailand[3]**, Wien, Madrid**, Lissabon**, Tokio, Helsinki, Buen. Air., Rio, Athen* **, Frankf., Sydney*, Johannbg.*, Hongkong*

Alles in Hundert. [1] Dollar, [2] Pfund, [3] 1000 Lire.
*Kurse für Tratten ...
** Einfuhr begrenzt ...

ARBEITSRECHT / Urteil zur Leistungsüberprüfung

Technische Überwachung ist mitbestimmungspflichtig

S. L. Kassel

Nicht nur bei der Überwachung einzelner Arbeitnehmer durch technische Kontrollgeräte, sondern auch dann kann der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht geltend machen, wenn die Leistung einer Akkordgruppe mit Hilfe eines Computers oder auf einem Bildschirm registriert wird. Das hat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in seinem Beschluß 1 ABR 21/84 vom 18. 2. 1986 entschieden.

Von der technischen Erhebung von „Leistungsdaten" geht ein Überwachungsdruck aus, der letztlich das Recht des Arbeitnehmers auf freie Entfaltung der Persönlichkeit gefährden kann. Angesichts dieser Gefährdung hat der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Anbringung und Betätigung derartiger Kontrolleinrichtungen. Der Überwachungsdruck auf den einzelnen Arbeitnehmer entfällt nach Ansicht des BAG nicht deshalb, wenn anstelle der Leistung des einzelnen Arbeitnehmers die einer Akkordgruppe erfaßt wird. Schließlich steht der einzelne Beschäftigte in einer kleinen, überschaubaren Akkordgruppe auch unter Leistungsdruck.

Diesen Zwängen könne sich der einzelne Arbeitnehmer als Gruppenmitglied nicht entziehen; auch er stehe damit unter dem Überwachungsdruck, der von der technischen Einrichtung ausgehe. Deshalb muß nach der höchstrichterlichen Entscheidung ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bejaht werden.

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Unfallrente

Auch beim Bezug einer ausländischen Unfallrente kann eine LVA die einem Versicherten gewährte Erwerbsunfähigkeitsrente aus der Arbeiterrentenversicherung kürzen. Nach der Entscheidung 5b RJ 24/85 des Bundessozialgerichts vom 13. 3. 1986 gilt die entsprechende Bestimmung des Paragraphen 1278 der Reichsversicherungsordnung (RVO) zwar unmittelbar nur, wenn der Versicherte eine deutsche Unfallrente erhält. Doch ordnet der Paragraph 1279 a RVO die Anwendbarkeit des Paragraphen 1278 RVO auch an, wenn der Versicherte eine Unfallrente aus dem Ausland bezieht. Im konkreten Fall bezieht ein Versicherter seit 1968 eine Rente aus der belgischen Unfallversicherung und seit 1973 von der zuständigen LVA eine Rente wegen Erwerbsunfähigkeit. Die LVA rechnete ihm die belgische Rente an. Das war zulässig.

Konkursverwalter

Entgelte aus der „eigentlichen" Konkursverwaltertätigkeit eines Rechtsanwalts unterliegen nach Auffassung des Bundesfinanzhofs (VR 99/78) nicht dem ermäßigten Umsatzsteuersatz, weil es sich insoweit nicht um eine berufstypische freiberufliche Tätigkeit handelt. Die Übernahme von Konkursverwaltungen stellt keine dem Rechtsanwaltsberuf vorbehaltene oder ihn in besonderer Weise charakterisierende Tätigkeit dar. Eine andere Beurteilung hält der Bundesfinanzhof (VR 106/78) indessen für solche Leistungen gerechtfertigt, die auch im Rahmen von Konkursverwaltungen eines Rechtsanwalts nach der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte abrechenbar sind. Derartige steuerbegünstigte Anwaltstätigkeiten können in der Regel angenommen werden, wenn ein erfahrener Konkurs- oder Vergleichsverwalter, der nicht Rechtsanwalt ist, einen Rechtsanwalt zuziehen würde.

Beitrags-Nachentrichtung

Die Witwe eines rassisch Verfolgten hat nach dem Urteil 12 RK 39/84 des Bundessozialgerichts vom 24. 10. 1985 keinen Anspruch darauf, Beiträge nachzuentrichten, wenn der Verstorbene überhaupt keine Beiträge zur deutschen Rentenversicherung entrichtet hat. Nach der entsprechenden Gesetzesbestimmung können Verfolgte mit einer Versicherungszeit von mindestens 60 Kalendermonaten, die vor Beginn der Verfolgung für mindestens 12 Monate freiwillig Beiträge entrichteten, Beiträge nachentrichten und dadurch eine höhere Rente erzielen.

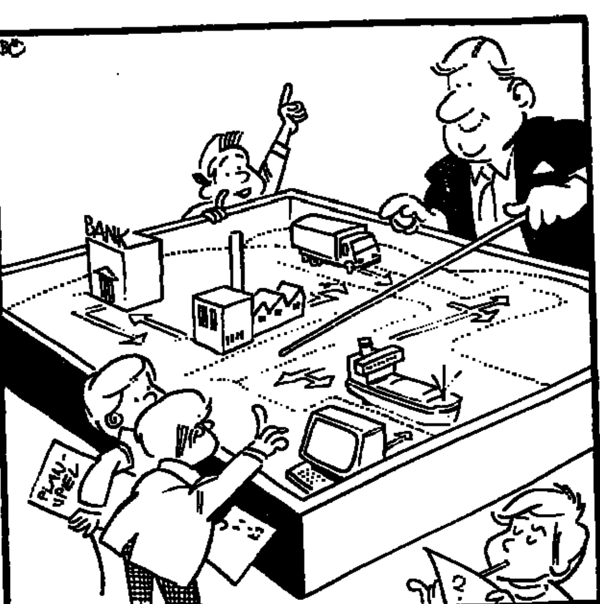
MANAGEMENT / Neues Programm zur Personalentwicklung für Nachwuchskräfte

Wie in Planspielen und Übungen die Führungspersönlichkeit heranreift

HEINZ STÜWE, Bonn

Viele Führungskräfte fühlen sich nicht so recht wohl in ihrer Haut. Sie sind – ohne daß sie es zugeben würden – von ihrer Aufgabe überfordert. Auf etwa ein Drittel schätzt der Bonner Personalberater Wolfram Hatesaul den Anteil der Manager, die nicht auf der für sie richtigen Stelle eingesetzt sind. Einen Grund sieht er darin, daß Führungspositionen noch allzu häufig mit verdienten Fachspezialisten besetzt werden, „denen eine konzeptionelle Gesamtsicht unternehmerischer Entscheidungen fehlt."

Ein häufiger Fall, der für viele andere steht: „Wenn der erfolgreichste Verkäufer zum Verkaufsleiter gemacht wird, ist er zwar stolz, nicht selten später aber total unglücklich, weil er in seiner neuen Position viel weniger Kontakt zu den Kunden hat. Dafür ärgert er sich über Krankmeldungen oder überhöhte Spesenabrechnungen", weiß Hatesaul aus seiner Beratungspraxis.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Durch eine gute Entwicklung und Vorbereitung des Führungsnachwuchses ließen sich derartige Probleme vermeiden. Sie muß nach Hatesauls Ansicht zum einen den Arbeitgeber davor bewahren, bei Beförderungen „aufs falsche Pferd zu setzen", andererseits die Erwartungen des Nachwuchsmanagers in einem sinnvollen Rahmen halten und ihn in die Lage versetzen, sich mit seinen Stärken und Schwächen richtig einzuschätzen. Diese doppelte Zielsetzung verfolgt Hatesaul mit einem neuen, in seiner Personalberatung entwickelten „Management-Potential-Programm".

Es besteht aus fünf jeweils einwöchigen Seminarblöcken, die sich über ein Jahr verteilen. In den dreimonatigen Praxisphasen arbeiten die Teilnehmer an ihrem normalen Arbeitsplatz. Dabei wird die Nachwuchsführungskraft von einem Paten aus dem eigenen Unternehmen betreut. Dieser soll dabei helfen, die in den Seminaren erlernten Verhaltensmuster in die Praxis zu übertragen.

Das Programm beginnt mit einer „Management-Potential-Analyse". In einer Woche, die ausgefüllt ist mit Rollenspielen, Übungen, Fallstudien, Diskussionen, Präsentationen und Interviews, werden die Teilnehmer – maximal fünfzehn – systematisch abgeklopft und beurteilt. „Wir legen Wert darauf, daß die Teilnehmer eigene Stärken und Schwächen und somit Optimierungsbedürfnisse selbst erkennen", betont Peter Friederichs, Diplom-Psychologe und Geschäftsführer der P&M Personal & Management Beratung Wolfram Hatesaul GmbH. Das Beurteilungsergebnis wird dem Teilnehmer ausführlich erläutert. Gleichzeitig wird mit ihm ein individuelles Verhaltenstraining für die nächsten Wochen vereinbart, um beispielsweise seinen Stil bei der Motivation anderer Menschen zu ändern oder bewußt die Teamarbeit zu üben – beides Voraussetzungen für gute Führung. Wer Schwierigkeiten mit der Kooperation hat, soll etwa die Leitung von Projektgruppen im eigenen Unternehmen übernehmen.

Die Seminarteile beginnen jeweils mit zweieinhalb Tagen Basistraining. Die Teilnehmer müssen ein komplexes Problem sorgfältig analysieren, praktische Übungen schließen sich an. Ein Aufgabe lautet etwa so: „Stellen Sie sich vor, Sie starten morgen zu einer mehrwöchigen Urlaubsreise. Sie haben einen Nachmittag Zeit, um Ihre Einkäufe zu machen, zum Frisör und zum Postamt zu gehen, um 17 Uhr Ihre Frau vom Bahnhof abzuholen, das Auto zur Werkstatt zu bringen ..." Was sich recht einfach anhört, entpuppt sich als schwierige Organisationsaufgabe, für die es nur eine Lösung gibt und das Denken in Alternativen trainieren soll.

Andere Übungen zielen auf die Fähigkeit, Konflikte durchzustehen, widerstrebende Ziele zu vereinen, im richtigen Augenblick Experten zu Rate zu ziehen, schwache Signale, die Gefahren andeuten, zu erkennen, aber auch die Fähigkeit, in allen Aktivitäten die Werte der Unternehmensphilosophie zu verdeutlichen.

Eine Besonderheit des Programms ist ein „Konfrontationstraining", bei dem ein Spitzenmanager eine Fallstudie präsentiert, zu der die Teilnehmer Lösungen erarbeiten und gegenüber dem erfahrenen Praktiker begründen müssen. „Der Gast versucht bewußt, die Teilnehmer herauszufordern, sie an ihre Leistungsgrenze zu bringen", erläutert Friederichs. Ziel ist auch hier, daß die Jungmanager ihren eigenen Standpunkt, ihr „Selbstkonzept" finden. Hilfestellung geben dabei ausführliche Gespräche mit dem Trainer und speziellen Seminarbeobachtern, in denen die Fortschritte und die noch vorhandenen Defizite des Teilnehmers ausführlich erörtert werden.

Diese Feedbacks hält Friederichs für besonders wichtig: „Vielen Führungskräften wird nie gesagt, welche Fehler sie machen, daß sie ständig ihre Mitarbeiter vor den Kopf stoßen. Sie werden bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit einfach allein gelassen."

WIRTSCHAFTSINGENIEURE / Gute Berufschancen

Die Promotion sichert einen Einkommensvorsprung

ANDREAS GERBER, Bonn

Etwa die Hälfte aller Wirtschaftsingenieure verdient mehr als 100 000 DM im Jahr, 15 Prozent liegen mit ihrem Gehalt sogar über der 200 000-DM-Marke. Zu diesem Ergebnis kommt eine Umfrage, die die Berliner Professoren Helmut Baumgarten und Klaus Fellhauer im Herbst letzten Jahres unter den Mitgliedern des Verbandes Deutscher Wirtschaftsingenieure (VWI) durchgeführt haben und die in der neuesten Ausgabe der Verbandszeitschrift „Der Technologie Manager" veröffentlicht ist.

60 Prozent der Befragten – fast ausschließlich Absolventen von Universitäten und Technischen Hochschulen – erhalten zwischen 60 000 und 150 000 DM. Die Wirtschaftsingenieure, die als Sachbearbeiter arbeiten – ein Viertel der Befragten, verdienen im Durchschnitt knapp unter 50 000 DM im Jahr. Die Abteilungsleiter kommen auf 126 000 DM, die Bereichsleiter erreichen im Durchschnitt 144 000 DM. Die Geschäftsführer gaben ihr Einkommen mit 175 000 DM an. Auf der Vorstandsebene liegen die Gehälter über 200 000 DM. Die Selbständigen schließlich, deren Anteil in letzter Zeit kontinuierlich auf heute 18 Prozent zugenommen hat, nannten im Durchschnitt ein Einkommen von 158 000 DM.

Mit wachsender Berufserfahrung steigt das Einkommen stetig an. Bemerkenswert ist, daß die promovierten Wirtschaftsingenieure – ihr Anteil liegt mit 24 Prozent recht hoch – schon in der Anfangsposition einen Gehaltsvorsprung haben und diesen im Verlauf ihres Berufslebens noch weiter ausbauen können. Nach fünf bis acht Berufsjahren macht dieser Bonus für die Promovierten rund 30 000 DM aus, erreicht nach 17 bis 20 Jahren aber 55 000 DM im Jahr.

Zwölf Semester Studium

Die meisten Wirtschaftsingenieure haben zwölf oder 13 Semester studiert. Ihr technischer Studienschwerpunkt lag überwiegend im Maschinenbau. Elektrotechnik, Informatik, Technische Chemie und Bauingenieurwesen folgen mit weitem Abstand. Mehr als drei Viertel der Wirtschaftsingenieure arbeiten in der Privatwirtschaft. Dabei ist die Industrie das klassische Arbeitsfeld, allerdings finden Wirtschaftsingenieure in nahezu allen Branchen Beschäftigung. Nahezu die Hälfte der Berufsangehörigen arbeiten in Unternehmen mit weniger als 1000 Beschäftigten, etwa ein Drittel in Großbetrieben mit über 10 000 Mitarbeitern.

Sie sind ihrer Ausbildung entsprechend sowohl in technischen als auch in kaufmännischen Tätigkeitsfeldern anzutreffen, allerdings dominieren die kaufmännischen Arbeitsgebiete. Schwerpunkte sind Marketing/Vertrieb, Organisation und Planung sowie Beratung.

Fachkenntnis reicht nicht

Die zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen werden von den jetzigen Stelleninhabern sehr günstig beurteilt. Die Hälfte der Befragten rechnet in den nächsten Jahren sogar mit einer zunehmenden Nachfrage. Das Studium allein biete aber noch keine Gewähr für einen qualifizierten Arbeitsplatz, betonen die Autoren der Untersuchung. An Hochschulabsolventen würden weitgehende, über die Fachkenntnisse hinausreichende Anforderungen gestellt. An den ersten Rang stellten die befragten Führungskräfte die Menschenführung. Ebenfalls vorausgesetzt werden technisch-wirtschaftliches Verständnis, interdisziplinäres Denken, Kreativität sowie Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen. Dieser Rangfolge entspricht die Anregung der Wirtschaftsingenieure, der Persönlichkeitsbildung im Studium größeres Gewicht beizumessen.

Offensichtlich spielen diese Fähigkeiten bei der Auswahl des Führungsnachwuchses eine wichtige Rolle. Denn nach Angaben der Befragten ist der Eindruck aus dem Vorstellungsgespräch das wichtigste Einstellungskriterium. Erst danach folgen die Ausbildungsfächer und die bisherigen Tätigkeiten.

Auf Hochschulabsolventen, die diese Hürden genommen haben, wartet ein Anfangsgehalt von durchschnittlich 48 000 DM. Am besten zahlen Banken und Versicherungen (55 000 DM). Mit Einstiegsgehältern über 50 000 DM können Berufsanfänger auch in der Chemieindustrie, bei Unternehmensberatungen, im Bergbau und in der Elektrotechnik rechnen.



Rentenmarkt unsicher.

Da in den USA immer noch kein klarer Zinstrend zu erkennen ist, und sich die Renditedifferenz zu deutschen Papieren durch den Zinsanstieg und den schwachen Dollar für deutsche Anleger deutlich ausgeweitet hat, ist man gegenüber deutschen Renten zurückhaltend. Öffentliche Anleihen schwankten zwischen plus 0,15 und minus 0,50 Prozentpunkte. Die veränderte Situation hat den Absatz der neuen Länderanleihen von Rheinland-Pfalz und Bayern noch weiter erschwert.

Bundesanleihen

Bundesbahn

F	6 dgl. 78 II	7/88	102,45	102,45
F	6½ dgl. 77	5/89	104,3	104,3
F	8 dgl. 79 I	7/89	108,6	108,6
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,85	102,85
F	8 dgl. 80 II	7/90	110G	110
F	9 dgl. 81	3/91	114,85	114,85
F	10½ dgl. 81	9/91	122,65	122,65G
F	10¾ dgl. 81	11/1	122,35	122,35
F	8 dgl. 80 I	2/92	111,6	111,6
F	10 dgl. 82	2/92	121,5G	121,5G
F	9½ dgl. 82	7/92	119,8G	119,8
F	8 dgl. 82	11/97	112	112,1bG

Bundespost

Länder – Städte

F	6½ dgl. 85/95	104,85	104,85
F	6¾ dgl. 86/96	101,5	101,6
F	6 Lawn.Rent.Bk.RS15	100,5G	100,3G
F	6 dgl. RS 16	100,55G	100,55G
F	6½ dgl. RS 60	101,65G	101,65G
F	7 dgl. 94	104,5G	104,5G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	106,5	106,6G
F	7½ dgl. 102	106,25G	106,25G
F	9½ dgl. 126	103,1G	105,1G
D	6½ LAG TS 77	102,1G	102,1G
D	5½ LAG 78	101,3G	101,3G
D	7 dgl. 79	107	102,05G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

F	4 Dresdn Bk. 85 m. O		
F	4 dgl. o. O.		
F	8 dgl. 84 m. O		
F	8 dgl. 84 o. O.		

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Uneinheitlich in engen Grenzen präsentierten sich Gold und Silber im Schlußgeschäft.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	25.4.	24.4.
Mai	288,75	287,00
Juli	253,50	252,25
Sept.	254,50	253,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

HAFER Winnipeg (can.$/t)

HAFER Chicago (c/bush)

MAIS Chicago (c/bush)

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

KAKAO New York ($/t)

ZUCKER New York (c/lb)

KAFFEE London (£/t) Robusta

KAKAO London (£/t)

ZUCKER London (£/t)

PFEFFER Singapur

ORANGENSAFT New York (c/lb)

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	25.4.	24.4.
	25,00	24,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

SOJAÖL Chicago (c/lb)

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)

SCHMALZ Chicago (c/lb)

TALG New York (c/lb)

SCHWEINE Chicago (c/lb)

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

HÄUTE Chicago (c/lb)

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

SOJASCHROT Chicago ($/sh.t)

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

KOKOSÖL New York (c/lb)

ERDNUSSÖL Rotterdam

LEINÖL Rotterdam

PALMÖL Rotterdam

SOJAÖL Rotterdam

KOKOSÖL Rotterdam

LEINSAAT Rotterdam

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

KAUTSCHUK New York (c/lb)

WOLLE London (Neusel. c/kg)

WOLLE Roubaix

WOLLE Sydney

SISAL London

SEIDE Yokohama

KAUTSCHUK London

KAUTSCHUK Malaysia

JUTE London

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

New Yorker Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Bauholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

Rechnungs-Einheiten

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

FINANZANZEIGEN



Hypothekenbank in Hamburg
AKTIENGESELLSCHAFT

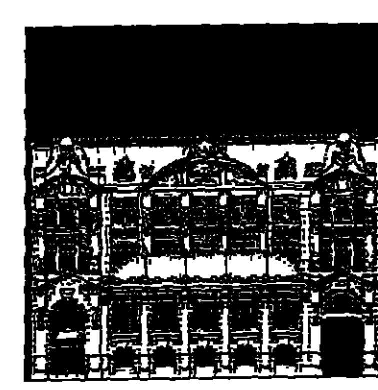
Bekanntmachung
über die prospektfreie Zulassung
zum Handel und zur amtlichen Notierung
an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg von

1. **DM 20 000 000,-**
6,25 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 471
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 629
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. September ganzjährig, erstmals am 1. September 1986,
Tilgung: 1. September 1992 zum Nennwert;
2. **DM 30 000 000,-**
6,50 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 472
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 630
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. September ganzjährig, erstmals am 1. September 1986,
Tilgung: 1. September 1995 zum Nennwert;
3. **DM 50 000 000,-**
6,25 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 475
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 632
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. Oktober ganzjährig, erstmals am 1. Oktober 1986,
Tilgung: 1. Oktober 1990 zum Nennwert;
4. **DM 40 000 000,-**
6 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 476
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 633
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,-.
Zinstermin: 2. Oktober ganzjährig, erstmals am 2. Oktober 1986,
Tilgung: 2. Oktober 1989 zum Nennwert;
5. **DM 30 000 000,-**
6,75 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 478
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 635
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 2. November ganzjährig, erstmals am 2. November 1986,
Tilgung: 2. November 1990 zum Nennwert;
6. **DM 30 000 000,-**
7,25 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 479
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 636
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 2. November ganzjährig, erstmals am 2. November 1986,
Tilgung: 2. November 1995 zum Nennwert;
7. **DM 30 000 000,-**
6,50 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 481
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 638
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 18. Dezember ganzjährig, erstmals am 18. Dezember 1986,
Tilgung: 18. Dezember 1990 zum Nennwert;
8. **DM 30 000 000,-**
6,75 % Hypothekenpfandbriefe Em. 482
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 154
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. Juni ganzjährig, erstmals am 1. Juni 1986 mit Zinslauf ab 1. Dezember 1985,
Tilgung: 1. Juni 1994 zum Nennwert;
9. **DM 50 000 000,-**
7 % Hypothekenpfandbriefe Em. 483
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 155
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. Dezember ganzjährig, erstmals am 1. Dezember 1986,
Tilgung: 1. Dezember 1995 zum Nennwert;
10. **DM 50 000 000,-**
5,75 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 485
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 640
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,-.
Zinstermin: 6. Juli ganzjährig, erstmals am 6. Juli 1986 mit Zinslauf ab 6. Januar 1986,
Tilgung: 6. Juli 1989 zum Nennwert;
11. **DM 30 000 000,-**
6 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 486
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 641
1500 Stück à DM 1 000,- Nr. 1–1500
1700 Stück à DM 5 000,- Nr. 1501–3200
2000 Stück à DM 10 000,- Nr. 3201–5200
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1987,
Tilgung: 1. Februar 1991 zum Nennwert;
12. **DM 30 000 000,-**
6,75 % Hypothekenpfandbriefe Em. 487
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 156
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1987,
Tilgung: 1. Februar 1996 zum Nennwert;
13. **DM 30 000 000,-**
6 % Kommunalschuldverschreibungen Em. 488
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 642
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 1000,-.
Zinstermin: 16. März ganzjährig, erstmals am 16. März 1986 mit Zinslauf ab 16. Januar 1986,
Tilgung: 16. März 1990 zum Nennwert;
14. **DM 20 000 000,-**
7 % Hypothekenpfandbriefe Em. 490
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 157
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 1. Februar ganzjährig, erstmals am 1. Februar 1987,
Tilgung: 1. Februar 2001 zum Nennwert.
Kündigung: kündbar erstmals zum 1. Februar 1996 zum Nennwert;
15. **DM 70 000 000,-**
6 % Hypothekenpfandbriefe Em. 493
Wertpapier-Kenn-Nr. 270 158
verbrieft in einer Globalurkunde;
der kleinste handelbare Wert beträgt DM 100,-.
Zinstermin: 3. Februar ganzjährig, erstmals am 3. Februar 1987,
Tilgung: 3. Februar 1992 zum Nennwert.

Die Bank ist berechtigt, die Emission 490 mit mindestens vierteljährlicher Frist zu jedem Zinstermin zu **kündigen**, erstmals zu dem angegebenen Termin. Alle anderen Emissionen dieser Bekanntmachung sind sowohl für die Bank als auch für die Gläubiger während der gesamten Laufzeit **unkündbar.**
Für die Ausgabe der Emissionen wurden durch den Bundesminister der Finanzen, Bonn, unter dem Geschäftszeichen – VII A 2 – W 2531 – Genehmigungsbescheide erteilt.
Die Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg hat mit Schreiben vom 10. April 1986 genehmigt, daß es für die Zulassung der vorstehend näher bezeichneten Emissionen zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg der Einreichung eines Prospektes nicht bedarf.
Damit sind die aufgeführten Emissionen gem. § 40 Abs. 1 des Börsengesetzes zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen.
Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
Sämtliche Emissionen sind zur **Girosammelverwahrung** zugelassen. Die Urkunden der in Globalurkunden verbrieften Emissionen sind bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt. Rechte aus diesen Globalurkunden sind nur im Wege des Effektengiroverkehrs übertragbar. Die Bezahlung der fälligen Zinsen und Kapitalbeträge wird durch die Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, vorgenommen.
Die **Einlösung** der Zinsscheine sowie der fälligen Stücke der Emission 486 erfolgt kostenfrei an der Gesellschaftskasse in Hamburg oder bei den sonst bekanntzumachenden Stellen.
Als **Sicherheit** für die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen dienen die in das Deckungsregister eingetragenen Hypotheken- und Kommunaldarlehen einschließlich der diesen entsprechend den Bestimmungen des Hypothekenbankgesetzes gleichgestellten Ersatzdeckungswerte. Darüber hinaus haftet die Bank mit ihrem gesamten Vermögen.
Alle unsere Emissionen betreffenden **Bekanntmachungen** werden satzungsgemäß im Bundesanzeiger und außerdem in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.
Die Hypothekenpfandbriefe und Kommunalschuldverschreibungen sind **mündelsicher,** können von Versicherungen für den **Deckungsstock** verwendet werden und sind nach ihrer Börseneinführung **lombardfähig.**

Hamburg, im April 1986

Hypothekenbank in Hamburg
Aktiengesellschaft



Hypothekenbank in Hamburg
Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

SCHLESWAG

SCHLESWAG Aktiengesellschaft Rendsburg

Bekanntmachung
über die Rückzahlung von Teilschuldverschreibungen der
8 %-Anleihe von 1971/86
– Wertpapier-Kenn-Nr. 385 011–020 –

Entsprechend § 3 der Anleihebedingungen wird die letzte Tilgungsrate Serie 1 mit den Nummern

08001 – 08070
08701 – 11700
38701 – 40200,

– Wertpapier-Kenn-Nr. 385 011 –

am 1. August 1986 zur Rückzahlung zum Nennwert fällig. Die Teilschuldverschreibungen werden ab 1. August 1986 bei einer der nachstehenden Banken eingelöst:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Berliner Commerzbank AG
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Deutsche Bank Saar AG
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
Norddeutsche Genossenschaftsbank AG
Maffei & Co.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank AG
M.M. Warburg – Brinckmann, Wirtz & Co.

Die Verzinsung der Teilschuldverschreibungen endet am 31. Juli 1986. Von den bereits früher ausgelosten Serien 3, 5, 6, 7, 8 und 10 sind noch nicht alle Teilschuldverschreibungen zur Einlösung vorgelegt worden.

Rendsburg, im April 1986

Der Vorstand

Die BHF-BANK berichtet

1985: LEBHAFT UND ERFOLGREICH

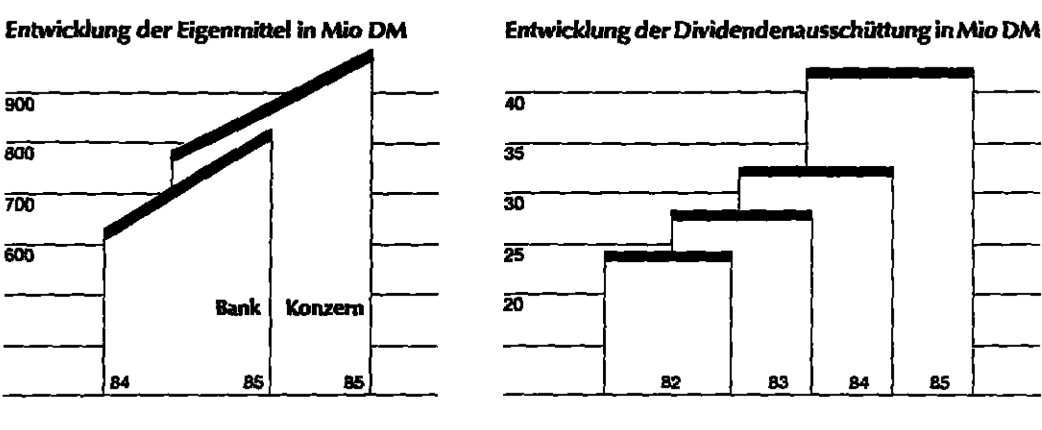
Ausgewogenes Wachstum in allen Bereichen – Das Geschäftsvolumen der BHF-BANK-Gruppe erreichte 1985 fast 30 Mrd DM. Die Bilanzsumme der Bank stieg um 10,4% auf 12,7 Mrd DM. Als international operierende Merchant Bank verzeichneten wir im Inland wie im Ausland einen erfreulichen Zuwachs in allen Bereichen.

Vielfältige Erfolgskomponenten – Der Jahresüberschuß der Bank stieg um 36% auf 58 Mio DM. Alle wesentlichen Ertragskomponenten haben dazu beigetragen: Dank flexibler Dispositionen erhöhte sich der Zinsüberschuß um 11,2%; der Provisionsüberschuß konnte noch stärker um 19,0% gesteigert werden. Die Zunahme des Teilbetriebsergebnisses liegt bei 13,5%; das gesamte Betriebsergebnis, das auch die Gewinne der Bank aus dem Eigenhandel mit Devisen und Wertpapieren enthält, ist noch wesentlich stärker gestiegen.

Entwicklung der Bilanzsumme in Mio DM (25.000, 20.000, 15.000, 10.000; 84, 85 Bank, 85 Konzern)

Entwicklung des Teilbetriebsergebnisses in Mio DM (130, 110, 90; 82, 83, 84, 85)

Sicherung der Zukunft – Mit dem weiteren Ausbau unseres Mitarbeiterstabes, unserer technischen Einrichtungen und unserer Auslandsstützpunkte sind wir für die Zukunft gerüstet. Nach der Kapitalerhöhung vom Januar 1986 erreichen die Eigenmittel im Konzern nahezu 1 Mrd DM. Die Vorsorge für die In- und Auslandsrisiken haben wir nochmals kräftig verstärkt.



Die BHF-BANK-Aktie – Mit der vorgesehenen Dividendenerhöhung auf 12,– DM je Aktie wird die Ausschüttung auf über 42 Millionen DM steigen; sie hat sich damit innerhalb von fünf Jahren fast verdoppelt. Ein angemessenes Verhältnis der Ausschüttung und Reservelegung sowie die gute Kursentwicklung erhöhen die Attraktivität der BHF-BANK-Aktie als Daueranlage.

Die Hauptversammlung der BHF-BANK findet am 21. Mai 1986 in Frankfurt am Main statt.

Der Geschäftsbericht 1985 steht allen Interessenten auf Anfrage zur Verfügung.

BHF-BANK Die deutsche Merchant Bank
BERLINER HANDELS- UND FRANKFURTER BANK

Zentrale, Bockenheimer Landstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon (069) 718-0, Telex 411026. Niederlassungen in Berlin, Darmstadt, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Mainz, München, Offenbach, Stuttgart und Wiesbaden. Auslandsfilialen in New York, Singapur und Tokio. Konzerninstitute: BHF-BANK (Schweiz) AG, Zürich; BHF-BANK International S.A., Luxemburg; BHF SECURITIES Corporation, New York.



Bezugsangebot

(Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003)

München, im April 1986

Aufgrund der Ermächtigung in § 4 der Satzung haben wir mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital unserer Bank von 619 883 550,– DM um 61 988 350,– DM auf 681 871 900,– DM durch Ausgabe von 1 239 767 Stück neuen, auf den Inhaber lautenden und ab 01. 01. 1986 gewinnberechtigten Aktien im Nennbetrag von je 50,– DM zu erhöhen. Die neuen Aktien werden zum Preis von 330,– DM (= 660%) von einer Bankengruppe mit der Verpflichtung übernommen, sie zum gleichen Preis unseren Aktionären im Verhältnis 10 : 1 zum Bezug anzubieten. Zum Ausgleich der rechnerischen Spitze ist der Verzicht auf das Bezugsrecht aus 1 Aktie à nom. 50,– DM sichergestellt. Die Durchführung der Kapitalerhöhung wird bis 9. Mai 1986 im Handelsregister eingetragen sein.

Wir bitten unsere Aktionäre, ihr Bezugsrecht zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit

vom 12. Mai 1986 bis 27. Mai 1986 einschließlich

gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 47 bei einer der nachstehend aufgeführten Bezugsstellen auszuüben.

Bezugsstellen sind alle deutschen Außenstellen unserer Bank und folgende Kreditinstitute in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin:

Algemene Bank Nederland (Deutschland) Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Baden-Württembergische Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
August Lenz & Co.
Bankhaus Maffei & Co. GmbH
Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Oldenburgische Landesbank Aktiengesellschaft
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Trinkaus & Burkhardt KGaA
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westfalenbank Aktiengesellschaft

in Österreich:
Österreichische Länderbank Aktiengesellschaft, Wien

Auf je 10 Stück alte Aktien im Nennbetrag von je 50,– DM (Wertpapier-Kenn-Nummern 802 000, 802 003) kann eine neue Aktie im Nennbetrag von 50,– DM zum Ausgabepreis von 330,– DM börsenumsatzsteuerfrei bezogen werden. Der Bezugspreis ist spätestens am 27. 05. 1986 fällig.

Das Bezugsrecht wird in der Zeit vom 12. 05. 1986 bis 23. 05. 1986 einschließlich an allen deutschen Wertpapierbörsen gehandelt und amtlich notiert. Die Bezugsstellen sind bereit, den börsenmäßigen An- und Verkauf von Bezugsrechten nach Möglichkeit zu vermitteln.

Erfolgt der Bezug während der üblichen Geschäftsstunden am Schalter einer Bezugsstelle unter Vorlage des Gewinnanteilscheins Nr. 47 und ist damit kein weiterer Schriftverkehr verbunden, so wird keine Provision erhoben; andernfalls wird die übliche Provision berechnet.

Die neuen Aktien erhalten die Wertpapier-Kenn-Nummer **802 001** und die Bezugsrechte die Wertpapier-Kenn-Nummer **802 009**. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilscheinen Nr. 48 – 60 und Erneuerungsschein versehen.

Die neuen Aktien werden in einer Globalurkunde verbrieft, die bei der Bayerischen Wertpapiersammelbank Aktiengesellschaft, München, hinterlegt werden wird. Die Bezieher der neuen Aktien erhalten nach Entrichtung des Bezugspreises zunächst Gutschrift auf Sammeldepotkonto. Ein Anspruch auf Auslieferung von Einzelurkunden ist ausgeschlossen, bis die neuen Aktien zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zugelassen und in die Notierung der alten Aktien einbezogen worden sind. Der Ausdruck von Aktieneinzelurkunden ist zur Zeit nicht vorgesehen, da genügend Einzelurkunden der alten Aktien zur Verfügung stehen.

Die Zulassung der neuen Aktien (Wertpapier-Kenn-Nummer 802 001) sowie weiterer Aktien im Nennbetrag von 2 883 550,– DM (Belegschaftsaktien aus Kapitalerhöhungen 1985, WK-Nr. 802 003) zum Handel und zur amtlichen Notierung wird ehestmöglich beantragt werden.

Die Inhaber der Optionsscheine aus der 3% Optionsanleihe von 1985/1994 sind nicht bezugsberechtigt. Der Optionspreis zur Ausübung der Option auf Hypo-Bank-Aktien ermäßigt sich aufgrund dieser Kapitalerhöhung nach den in § 6 der Optionsbedingungen enthaltenen Bestimmungen. Der neue Optionspreis und der Stichtag, von dem ab der ermäßigte Preis gilt, wird gesondert bekanntgemacht.

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

Werner Kahl: „Spionage in Deutschland heute"

KGB, BfV, MfS, BND

Im Klappentext des Buches heißt es, der geheime Kampf der Spionagezentralen auf deutschem, österreichischem und auf Schweizer Boden sei „noch nie zuvor so spannend" beschrieben worden. Nun, es gibt bereits einige Dokumentationen aus dem hier angesprochenen Themenkreis, die es natürlich auch in sich haben.

Das Verdienst von Werner Kahls Buch „Spionage in Deutschland heute" wird dadurch nicht gemindert. Spannend ist das Buch allemal. Es reiht die wichtigsten Spionagefälle der letzten zwanzig Jahre aneinander und beschreibt sie in Erzählmanier, mehr plaudernd als darstellend und überhaupt nicht dozierend. Man merkt, daß hier ein journalistischer Routinier am Werke ist, der sein Metier versteht.

Rückblenden in historischen und gleichgelagerten Fällen beleuchten den jeweils geschilderten Tatbestand. Exkurse über generelle Arbeitsmethoden oder übliche Motive von



Agenten wechseln ab mit Hinweisen auf ähnlich strukturierte Operationen. Sie führen zu Bewertungsregeln, in die die Arbeit des KGB oder des MfS exakt eingeordnet werden kann. Das verführt den Leser dazu, zwingt ihn, den roten Faden der Gesamtdarstellung immer wieder selbst aufzunehmen.

Der Autor nutzt einzelne Kapitel zur Erläuterung bestimmter Funktionen und Arbeitsweisen des Geheimdienstes. Zu nennen wäre da zum Beispiel die Tätigkeit eines „Tippers", eines „Werbers" oder eines Kuriers.

Die Erinnerung an die legendären Erfolge (und die späteren großen Verluste) des sowjetischen Spionagenetzes „Rote Kapelle" unterstreicht die Wichtigkeit der Technologie-Spionage von heute. Die Schilderung der Aufgaben des Sektors Wissenschaft und Technik der Hauptverwaltung Aufklärung im MfS und der Ersten Hauptverwaltung des KGB wird dem gerecht.

Über den Komplex „Farewell" – darunter fallen die Angaben eines hohen KGB-Offiziers, der für die Franzosen gearbeitet und der auch die ersten Hinweise auf den MBB-Ingenieur Manfred Rotsch gegeben hat – muß man wohl weitere Einzelheiten erwarten.

Einige Fakten veranlassen zum Nachdenken. In der KGB-Zentrale in Moskau sind rund 2000 Mitarbeiter allein mit der Auswertung des Spionagematerials befaßt, das in Deutschland gesammelt wurde. Noch interessanter für die westlichen Dienste mag folgende Feststellung sein: Kompromittierendes Material, mit dem westliche Bürger zur Spionage für den Osten gepreßt werden sollten, ist bisher in keinem Fall weitergegeben worden, wenn die Zielperson ihre Einwilligung zur Spionage versagte oder nach erfolgter Zusage später wieder aus ihrer Verpflichtung ausstieg.

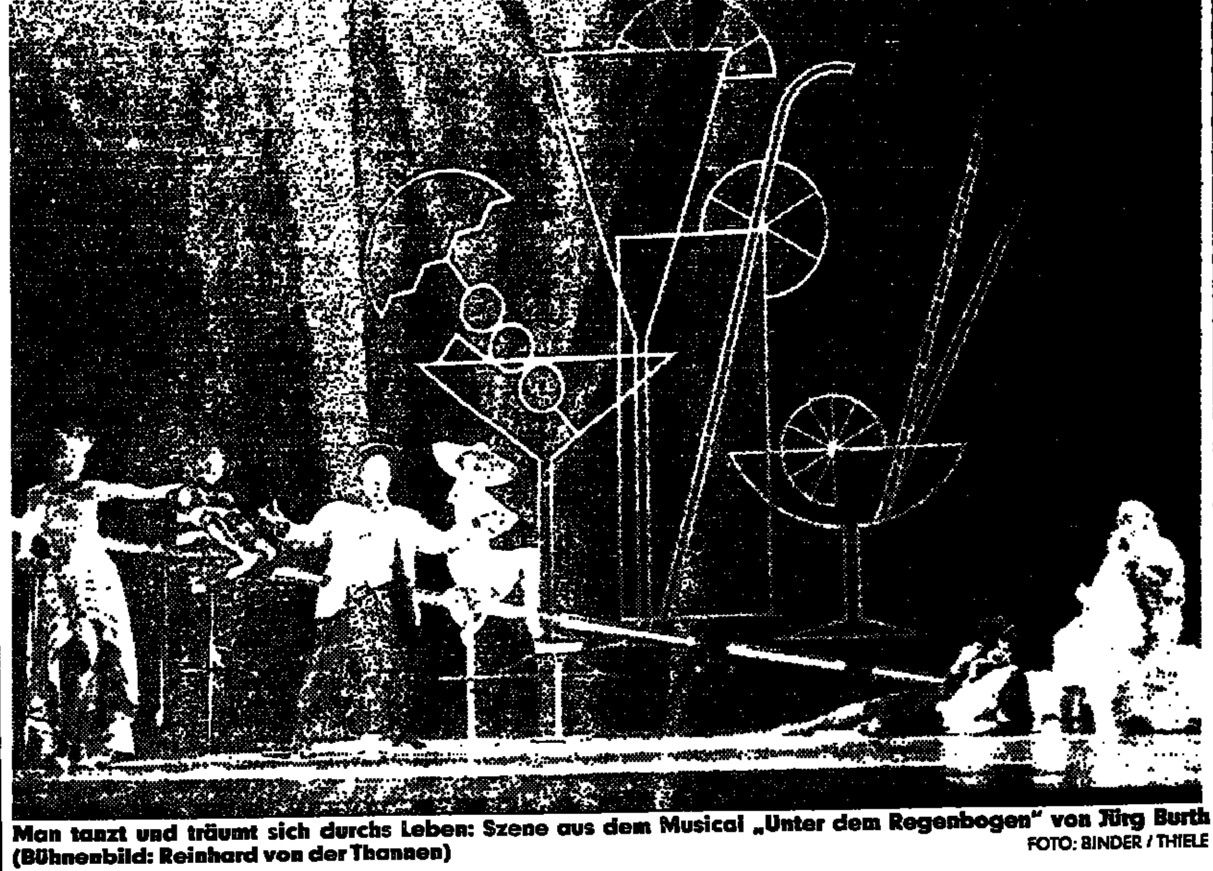
Bei Hans Joachim Tiedge, dem Überläufer aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz, hält der Autor es immerhin für möglich, daß er schon längere Zeit vor seinem Übertritt für das MfS gearbeitet habe. Kahl folgt damit offensichtlich der Meinung von Ottomar Ebert, einem westdeutschen Agenten, der 1985 aus der „DDR"-Haft freigekauft worden ist. Diese Auffassung steht allerdings im Widerspruch zu den beim BfV vorliegenden Indizien.

Einige Bemerkungen im ersten Kapitel erwecken den Eindruck, als ob der BND und sein damaliger Präsident Kinkel nichts zur Rettung ihres in der „DDR" verhafteten und später hingerichteten Agenten, Admiral Baumann, unternommen hätten. Die biographische Betrachtung über den großen Gegenspieler der westdeutschen Dienste, „DDR"-General Markus „Mischa" Wolf, hätte man sich als Schlußkapitel gewünscht.

Alles in allem jedoch liegt hier ein sehr lesenswertes und nützliches Buch vor. Ein Mangel ist, daß der Klappentext mit keinem Wort den Autor, WELT-Redakteur Werner Kahl, vorstellt.

HANS JOSEF HORCHEM

Werner Kahl: Spionage in Deutschland heute. edition meyster, München. 280 S., 28 Mark.



Man tanzt und träumt sich durchs Leben: Szene aus dem Musical „Unter dem Regenbogen" von Jürg Burth (Bühnenbild: Reinhard von der Thannen) FOTO: BINDER / THIELE

„Unter dem Regenbogen": J. Burths Musical im Berliner Theater des Westens

Ohne Goethes Segen keinen Song

Sie ist kugelrund, schwarz und fröhlich. Sie trägt ihre Doppelkinne wie Perlenketten. Sie wächst leichtfüßig auf ins Kolossale, wo es am gemütlichsten ist. Ihre Stimme orgelt aus unglaublich satter Tiefe hervor. Queen Yahna ist aus dem majestätischen Fett, aus dem die Idole sind.

Sie regiert singend Jürg Burths Tanz-Musical „Unter dem Regenbogen" im Berliner Theater des Westens: den braven Versuch, anders zu sein als die anderen Musicals. Burth setzt auf den Tanz, die schiere Unterhaltungsmacht der Bewegung. Es gibt kaum so etwas wie Rollen. Es setzt nur eine Art Leitfaden, und der ist dünn genug.

Ein Paar tanzt durchs Leben. Es feiert fröhliche Hochzeit. Es räkelt sich durch das Glück. Es kämpft an gegen die rasch heraufwachsende Öde. Es entgleitet sich und hinein in andere Glückskonstellationen. Es reißt sich gemeinsam am Riemen. Es schnallt ab und macht sich vor dem Fernseher heimisch.

Es träumt sich in die Programme hinein und findet darin, jeder auf seine Weise, einen Anflug von ironisch gesehenem neuem Glück. Sie stirbt in seinen Armen – es könnte genau so gut umgekehrt sein. Das Leben und das Heiraten gehen weiter. Am Ende steht eine neue Braut mit einem neuen Mann zum Jasagen an.

Eine Allegorie in vielen Bildern, in allen Farben des Regenbogens. Und gleich donnert der Programmzettel auf den hoffnungsfrohen Zuschauer ein: Von Goethes Farbenlehre bis zur Urerfahrung des Menschen mit der Farbe ist ausführlich die Rede, von Archetypen und Farbsymbolik. Anders kann es ja wohl selbst bei einem Musical in Deutschland nicht sein. Ohne Goethes Segen kein Song.

Diese Songs hat Alexander Muhin arrangiert, und er dirigiert sie auch. Leider schmecken die Arrangements dabei reichlich nach Limonade. Das hat die Komponistenriege von Debussy bis Richard Rodgers, von Liszt bis Gershwin nicht verdient. Musikalisch zeigt der Berliner Regenbogen eher wässrige Farben.

Aber da ist Sona MacDonald und läßt immerhin ihren Singwitz sprühen. Sie kann auch auf federleichte Weise grotesk sein. Sie bahnt sich ihren Weg verläßlich durch dick und dünn. Da ist Pascale Camele, die mit spitzer Zunge girrend zu singen weiß. Martin Pichler, Cush Jung, Ernesto Lecuona, Eric Lee Johnson machen gute Figur. Die Truppe kann sich durchaus hören und sehen lassen.

Aber Burth und Jochen Ulrich führen sie choreographisch allzu floskelreich vor. Sie lassen sie immer wieder über den Kunstvorwand stolpern. Sie wollen partout nicht amüsieren.

Im Schneckengang oft geht es über den Regenbogen. Langeweile wird Stil. Jedes vernünftige Timing wird in den Wind geschlagen. Die Choreographen glauben an die alte deutsche Subventions-Theatertheorie, daß die Bühne wohl eine moralische, gleichzeitig aber auch eine fest geschlossene Anstalt sei und aus ihr kein Entrinnen möglich. An den Notausgang „Pause" haben sie dabei offenbar nicht gedacht.

„Unter dem Regenbogen" ist der ernste Versuch zur Fröhlichkeit. Nichts flippt ihm aus, aber wenig nur flippt ihm ein. Das ist das Fatale.

KLAUS GEITEL

München: „Die Macht des Schicksals" unter Sinopoli

Gesang im Pulverdampf

Schon nach der Ouvertüre zu dieser „Macht des Schicksals" am Münchner Nationaltheater bricht der Beifall los wie ein Orkan: für das Orchester, für seinen Dirigenten Giuseppe Sinopoli. Unter seiner Hand hat sich Verdis Musik, dieses geschundene Schlachtroß der Opernkonzerte, aufgebäumt mit verjüngter Spannkraft. Furchtbar haben die drei Schicksalsschläge am Beginn getönt, dräuend weitergebohrt in den Begleitstimmen, das Liebesthema war wie aus dem Jenseits herübergeklungen, bevor die Stretta funkenstiebend lospreschte mit geballter Kraft. Das ist Verdi! Wild entschlossen, einen Tag nach der Fußballmeisterschaft auch noch den Gewinn einer deutschen Opernmeisterschaft zu feiern, schreit sich mancher heiser an Bravo-Rufen auf offener Szene und bei den Aktschlüssen.

Dabei ist der Staatsoper gar nicht nach Feiern zumute. Die defekte Elektronik der Bühnenmaschinerie hat jahrelange Planungen zu Makulatur gemacht. Manches Stück kann nur in reduzierter Ausstattung gegeben werden; daß überhaupt noch allabendlich der Vorhang hochgeht, ist wohl dem Totaleinsatz aller Mitarbeiter zu verdanken. Das Haus ist seit Monaten schwer gestreßt.

Mit dem generösen Professionalismus des Könners hat Götz Friedrich auf diese technischen Malaisen Rücksicht genommen und sich wie seinen Bühnenbildner Hans Schavernoch auf ein Einheitsbühnenbild vergattert – wohl das letzte, was einem zu einem Stationendrama wie „La Forza del destino" einfällt. Aber die überraschenden Konsequenzen, die Friedrich aus dieser Bühnensituation zieht, sind es, die den Abend auch szenisch so aufregend machen, wie er durch Sinopoli musikalisch vom ersten Takt an sich einstellt.

Schavernochs Bühne (Kostüme: Lore Haas) bietet einen riesigen Raum in Kreuzesform, mit nach hinten stark ansteigenden Mauern: Ein Kirchengrundriß also, in dem das ganze Panorama von Krieg und Kirche Platz findet. In der Apsis ist mit einer Assunta, wie sie Dix gemalt haben könnte, der „himmlische" Aspekt des Werkes stets präsent, auch wenn vorne und im Querschiff die Soldateska herumhurt, sobald sich der Pulverdampf verzogen hat. Friedrich montiert das Stück mit seinen zeitlich oft weit auseinanderfallenden Bildern zusammen wie einen Film. Es verdichtet sich zur dramatischen Ballade. Es hechelt mit heißem Atem jene Liebes- und Familientragödie vor der Folie des spanischen Erbfolgekriegs hervor. Indem Friedrich das Unwahrscheinliche zusammenzieht zur raschestmöglichen Abfolge, stellt sich sogar etwas wie die Logik des Faktischen her.

Dabei interessiert ihn diese Geschichte deutlich weniger als die Essenz daraus: Wie Zeitläufte, und kriegerische vor allem, dem Menschen mitspielen. Opfer sind sie alle, über die Zeiten hinweg. Was hier vorgestellt wird, ist so etwas wie der „Krieg an sich", in dem noch Musketen ballern und mit dem Degen gefochten wird, aber auch schon Plakate herumhängen und ein getarnter Panzer im Hintergrund wartet.

Die groß aufgerissene Bühne mit ihren von Friedrich ingeniös erdachten und geführten Massenszenen. [illegible] das Werk fast zu einem „musikalischen Volksdrama" à la „Boris Godunow" werden lassen. sie hält der grandiosen musikalischen Entfaltung des Stücks unter Sinopoli die Waage. Und das will etwas heißen. Denn die Partitur, sicher nicht Verdis stärkste, verzeichnet solch einen Zuwachs an Kraft, an überrumpelnder Attacke, daß man Sinopolis eigentliche Arbeit beinahe überhört. Sie gilt natürlich den leisen, den verinnerlichten Stellen, wenn diese geschlagenen Menschen in sich hineinhorchen, sich Ruhe erzwingen, um die Seele sprechen zu lassen. Sinopoli schafft da eine Konzentration, die frösteln macht.

Sein Star ist Julia Varady als Leonora, um die sich mit Veriano Lucchetti (Alvaro), Wolfgang Brendel (Carlos), Kurt Moll (Pater Guardian), Marjana Lipovšek (Preziosilla) und Bruno Pola in der köstlichen Charakterstudie des Fra Melitone ein Ensemble ohne schwachen Punkt reiht. Wo die Varady diese so üppig gewachsene Stimme hernimmt, ist das eine Mirakel, wie sie damit auf betörende Art zu singen weiß, das andere. Da stimmt die Intonation, da hört man exquisites Piano, da darf man inzwischen sogar Phrasen von langem Atem und schönem Legato bewundern. Vor allem aber: Stimme und Darstellerin sind eins. Die Varady regiert die Aufführung unangefochten. Um sie ist Jubel zu recht.

REINHARD BEUTH

Weitere Aufführungen: 30. April, 4., 8., 12., 15., 19. Mai; Kartenbestellungen nur schriftlich oder an der Tageskasse der Bayerischen Staatsoper.

Grethe Weiser – nun auch schon 16 Jahre tot

Knalltüte und Feministin

Wie fast alle „richtigen" Berliner ist sie natürlich an der Spree gar nicht geboren. Das Licht der Welt hat sie 1903 an der Leine, in Hannover, erblickt. Aber es drängte sie bald nach Berlin und ins Theater. Schön war sie nicht. Das wußte sie selber, gewitzt wie sie war, genau. Sie hatte von früh auf den Drang in das Fach, das man früher noch „das Komische" nannte. Sie wußte immer, wo es für sie langzugehen hatte.

Sie verfügte über eine erfrischende Kodderschnauze. Sie war eine Meisterin des kurzen, frappierenden, komischen Dialogs. Sie war der Glücksfall einer geborenen „Knalltüte". Debütiert hat sie an der Berliner Volksbühne, 1926, ausgerechnet in der „Lysistrata" des alten Aristophanes. Sie blieb der Volksbühne fünf Jahre treu. Dann holte sie zuerst das Kabarett. Willi Schaeffers, damals schon ein Altmeister der Berliner Kleinkunst, brachte sie an seiner frechen Bühne heraus. Sie konnte so wunderbar kiebig sein. Sie konnte ihre Texte sprechen, als kämen sie wie aus einem Schnellfeuergewehr des Witzes. Sie schien so erfrischend ungehemmt, jedes Mal verblüffend unkonventionell. Eine weibliche Komikerin. Eine selbstbewußte „Feministin", lange bevor es diesen Begriff überhaupt gab. Heute gibt es ihresgleichen gar nicht mehr. Kein Wunder, daß sich bald der Possen- und Klamotten-Film ihrer bemächtigte. Männliche Komiker hatte man wahrlich genügend. Weibliche (die olle Adele Sandrock ausgenommen) fast keine. Grethe Weiser hat diesen künstlerischen Platzvorsprung weidlich und schier unersättlich genutzt. Sie spielte „Die göttliche Jette". Die Titel ihrer Filme hießen „Amor an der Leine" oder „Hilfe, ich bin unsichtbar!", „Der Fürst von Pappenheim" – oder noch schlimmer.

Die verpfuschte Hochzeitsnacht – ZDF, 20.15 Uhr

Aber sie konnte unbedenklich allen männlichen Großkomikern wie Theo Lingen oder Hans Moser oder Wilhelm Bendo weiblich vollfett Paroli bieten. Sie hatte genau das, was die alten Lateiner die „Vis comica" nannten, die natürliche Kraft, die Menschen sinnvoll (und oft auch bis zur Sinnlosigkeit) lachen zu machen. Eine komische Volksschauspielerin. Das war sie wirklich.

Sie hatte Ehrgeiz. Sie hat immer wieder mit wichtigen Rollen auf die Bühne gedrängt. Sie spielte grandios die Mutter Wolffen in Hauptmanns „Biberpelz". In Dürrenmatts „Meteor" war sie mit geradezu gespenstischer Kraft die klassische Klo-Frau im letzten Akt. Sie war immer viel mehr als nur eine sichere „Radaunummer", als die sie der Kintopp so endlich wie wohlfeil verkauft hatte.

Sie fand 1970 einen traurigen Tod. Sie verunglückte, zusammen mit ihrem Mann, dem Filmproduzenten Schwerin, im Auto. Als die Berliner es erfuhren, wollten sie ihr gleich ein Denkmal setzen oder wenigstens eine Straße nach ihrer Grethe benennen. Sie hätte es verdient.

FRIEDRICH LUFT



Heute in einer Schwiegermutter-Rolle: Grethe Weiser FOTO: DEFD

Satelliten-Kompromiß der Länder?

Die Länder einigen sich möglicherweise auf die Nutzung des Fernsehsatelliten TV-Sat auf der Basis eines Vorschlages, den der Stuttgarter Ministerpräsident Späth in der WELT gemacht hat. Dennoch wird weiter an separaten Süd- und Nordschienen für die TV-Sat-Nutzung gebastelt. Was Späth vorschlug, läuft darauf hinaus, das Problem der Fernsehwerbung im Dritten hessischen Programm auszuklammern und die Nord- und Südverträge in einer „Art Vorstufe zu einem späteren Gesamtstaatsvertrag" zusammenzuführen. Dieser Vorvertrag soll auf den Bremerhavener Vereinbarungen der Länder vom Oktober 1984 basieren, die damals an Hessen scheiterten. Damals hatten sie ein Nebeneinander privater und öffentlich-rechtlicher Sender beschlossen, dazu eine Bestands- und Entwicklungsgarantie für die Anstalten.

Die Nutzung der zunächst vier Kanäle auf dem ab Herbst betriebsbereiten TV-Sat soll nach Späths Vorstellungen den Ländern überlassen werden: Die Beteiligten an der Südschiene könnten danach wie die Länder der Nordschiene ihren Kanal an einen privaten Anbieter vergeben. Ein dritter Kanal könnte für die Satellitenprogramme von ARD und ZDF reserviert werden. Den vierten Kanal beanspruchen die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Saarland und Bremen. Sie könnten ihn einem öffentlich-rechtlichen Sender zur Verfügung stellen. Eine Einigung über die Nutzung des TV-Sat ist dringend notwendig, um der Post Millionenverluste zu ersparen, sagte Minister Schwarz-Schilling letzte Woche.

Einmütig begrüßten die Intendanten Späths Vorstoß: Südwestfunk-Intendant Hilf nannte ihn „positiv", WDR-Intendant Nowottny sieht darin „optimistische Perspektiven". Auch meldete sich der Kollege Späths im Saarland, Oskar Lafontaine (SPD), zu Wort. Er unterstütze Späth in dieser Frage „nachdrücklich", sagte er, und halte es für möglich, daß ein solcher Vorschaltvertrag vor der Sommerpause unterschriftsreif ist. Späths Sprecher Kleinert betonte, auch andere SPD-regierte Länder hätten ihre Bereitschaft zum Verhandeln bestätigt: „sogar Hessen". Die Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hätten Zustimmung signalisiert. Die bayerische Staatskanzlei zögert: „Ob wir den Kompromiß mittragen, muß noch besprochen werden."

AP/da

KRITIK

Widerstand gegen Flurschäden

Als Heimatfilm mit Beigeschmack erwies sich der Film von Mischka Popp und Thomas Bergmann über die Flurbereinigung. **Vom Flachlegen und Aufstehen** dokumentieren, wie schlimm die Flurbereinigungs-Verwaltungen mit Landwirten und Winzern umgehen.

Kritik am Verhalten dieser Behörden ist angebracht, zuviel wurde von ihnen angerichtet. Es gab Eingriffe in die Natur, die schwere Schäden anrichteten. Flüsse und Bäche wurden begradigt. Monokulturen geschaffen. Naturlandschaften mußten Straßen, Industrieansiedlungen und großflächiger Landwirtschaft weichen. Kleinbauern und Winzer blieben auf der Strecke, waren einer übermächtigen Bürokratie ausgesetzt.

„Die Flurbereinigung ist eine Sache geworden, die Berge versetzt und Wüsten hinterläßt." All dies stimmt. Aber richtig ist auch, daß bei den Verwaltungen ein Umdenken eingesetzt hat, was nur im Nebensatz erwähnt wurde. In Bayern – so war zu sehen – regt sich Widerstand. In Franken begehren Winzer auf. Eine Interessengemeinschaft wurde gegründet.

Leider blieb die Dokumentation in Ansätzen stecken. Das wiederholte Einblenden hitziger Wirtshaus-Diskussionen, denen der Zuschauer kaum zu folgen vermochte, diente der Sache wenig. Es fehlten einige sachliche Fragen an Behördenvertreter, die Gegenüberstellung naturschädigender und naturbewahrender Eingriffe. Es fehlte die bundesweite Analyse künftiger Großvorhaben, aber auch der Nachweis der Rekultivierung und Renaturierung von ehemaligen industriellen Nutzflächen.

SIEGFRIED IHLE

Das Kartell gegen Eishockey

Fast immer, wenn man in den letzten Tagen den Fernseher einschaltete, hauten sich gerade irgendwelche Spieler um den Puck – Kanadier, Schweden, Finnen, Polen. Viele Spiele der **Eishockey-Weltmeisterschaft** wurden direkt übertragen. Nur das für uns wichtigste nicht: das Spiel um den Klassenerhalt der Deutschen gegen die Polen am Sonntag. Es gab nur Ausschnitte in der Sportschau. Dabei hatte ein Versprecher einer Ansagerin am Freitag den Fans die Live-Übertragung versprochen.

Doch ARD und ZDF waren in ihren Kartell-Absprachen verstrickt. Deren Logik sieht so aus: Der eine überträgt keinen Sport, wenn der andere es gerade tut. Und am Sonntag nachmittag ist ZDF-Reportage. Mit dem Eishockey-Spiel war jedoch, das ist eine andere Absprache, im steten Wechsel die ARD an der Reihe. Als nun vor vielen Wochen das Programm geplant wurde, wußte man nur, daß an diesem Tage der Achte der Vorrunde gegen den Siebten spielt – daß es sich dabei um Deutsche und Polen handelt, stellte sich erst neun Tage vorher heraus. Zu spät offenbar, um den Nachmittag umzugestalten.

Denn natürlich hätte man das Spiel im ZDF in einer verlängerten Sport-Reportage zeigen können – wenn nicht die ARD drangewesen wäre. Natürlich hätte die ARD es zeigen können, wenn nicht ... Es wird Zeit, daß Konkurrenz dieses Kartell zerbricht. Damit man das wichtigste WM-Spiel sehen kann.

D. AHLERS

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ZDF-Info Gesundheit
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 100 Karat (4)
11.15 Bitte umblättern
12.00 Umschau
12.15 Die Preußen des Balkan
13.00 Tagesschau

ARD

15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Cornelia Hanisch
Die Fechterin ist dreimal Weltmeisterin, hat olympisches Gold und Silber, ist Sportlerin des Jahres 1985. Die 33jährige ist Sprecherin der Initiative „Sportler/innen für den Frieden".
16.45 Die Besucher
Es geschah morgen
17.45 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Platz für Tiere
Die Rätsel-Tiere im eigenen Garten
Mit Prof. Bernhard Grzimek
21.00 Monitor
Themen: Neue C-Waffen für die Bundesrepublik? Bomben auf Libyen von Stuttgart aus gelenkt. Bayern auf dem Weg zum Polizeistaat? Heiraten in Uniform.
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Schwanengesang
22.50 Tagesthemen
23.20 Tatort: Theater
Spielplanpolitik
Film von Mechthild Dorothee Klotz
0.05 Tagesschau
0.10 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Mit Francis Best und Axel Becher
16.20 Pfiff
Moderation: Marie-Luise Molitor
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: The Sands Family
17.45 Tom und Jerry
Anschl. heute Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
Moderation: Biggi Lechtermann
19.00 heute
19.30 Ein Fall für PD 455
Über die Bekämpfung von Umweltkriminalität
Reportage von Horst Werner
20.15 Die verpfuschte Hochzeitsnacht
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Grethe Weiser, Doris Kirchner, Claus Biederstädt
Regie: Wolfgang Schleif
21.30 Ratschlag für Kinogänger
„Vogelfrei" von Agnes Varda
21.45 heute-journal
22.05 Eines Freundes guter Traum
Fernsehspiel von Burkhard Steger und Peter Neitzke
23.30 Zeugen des Jahrhunderts
Wilhelm Hahn im Gespräch mit Peter Kustermann
0.30 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
P. Miroschnikoff aus Wien: Rumänien unter Ceausescu
20.45 Rückblende
Vor 200 Jahren: Uraufführung von „Figaros Hochzeit"
21.00 Formel Eins
21.45 Konjunktur der Krisenberufe
Film über Schuldenberater, Gerichtsvollzieher, Versteigerer usw.
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Halbmond, Kreuz und Roter Stern
23.45 Der Sternenhimmel im Mai
0.00 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Arbeit der Zukunft – Zukunft der Arbeit
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Ein Wirtschaftmagazin
Technologieparks. Ein Dorf hilft sich selbst. Ältere Autofahrer
21.00 Sie rüsten zur Reise ins Dritte Reich
Tucholsky und der Prozeß Harden
22.10 Dialog
Gabriele Henkel im Gespräch mit Fritz J. Raddatz
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Hessen Drei heute
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Mathieu, Gaston Peluche
Französischer Fernsehfilm
21.25 M ... wie Motorrad
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.35 Kunst als Therapie
23.05 Jazz – in Concert
Peter Giger

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Henry Kater
18.35 Fauna Iberica
Spechte
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in ..
Schock oder Schöpfung?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Magazin Saar 3
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Der Clou
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.20 Biedermeier-Kaleidoskop
23.50 Nachrichten

BAYERN
18.15 Spaß mit Sport
18.45 Rundschau
19.00 Jetzt red i
20.00 Spiegelbilder
Peter Ustinov
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Hauch von Sinnlichkeit
Amerikanischer Spielfilm (1969), mit Omar Sharif
23.40 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
18.00 Taxi
Zwischen zwei Freunden
Tony und Bobby lernen Janet kennen. Beide verlieben sich in das Mädchen, beide verabreden sie sich mit ihr. Zum Entsetzen der Freunde von der Taxizentrale, die Komplikationen auftauchen sehen.
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
Nachrichten und Quiz
18.45 Tennis aus Kaarst
Herren-Einladungsturnier
Forget – Zivojinovic
20.30 APF Blick
21.00 Tennis aus Kaarst
Herren-Einladungsturnier
Günthardt – Leconte
22.30 APF Blick
22.40 Airwolf
Ropers Plan
23.25 F. A. Z. etten
23.55 S. T. E. P. IN
Jazzball
0.50 APF blick

1 PLUS

19.00 Unter deutschen Dächern
Reparatur an beseelten Sachen
19.45 eff-eff Autotest
Opel, Peugeot, Subaru
20.00 Tagesschau
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Franz Xaver Brunnmayr
Mit Gustl Bayrhammer
21.05 Der Gehilfe
Mit Marius Müller-Westernhagen
22.35 Eine Frau zwischen Hund und Wolf
Belg.-franz. Spielfilm, 1979
Regie: André Delvaux
0.25 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Schüler-Express
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Ich heirate eine Familie
Der Freund
20.20 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl.: Nachrichten

RTL-plus

18.15 Deutsche Szene
18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 KAZ
Mitgefangen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Zigeuner
Franz.-ital. Spielfilm (1975)
22.15 RTL-Spiel
22.20 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.30 Tina Turner
Portrait einer Legende
22.57 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Peinliches aus Goslar

JBB – Es ging um Deutschland am letzten Wochenende in Goslar. Die Friedrich-Naumann-Stiftung der FDP hatte zu einer Tagung über „Kultur und Nation" in drei Hotels und in die Kaiserpfalz eingeladen. Geklärt werden sollte, ob die Deutschen sich heute noch als eine einheitliche Nation empfänden.

Um das zu erfahren, hatte man eine beachtliche Riege von FDP-Prominenz aufgeboten, den früheren Innenminister Gerhart Rudolf Baum beispielsweise, den „DDR"-Experten Uwe Ronneburger und Ralf Dahrendorf als Tagungsleiter. Auch die Schwerpunkte der Tagung, „Staat, Nation, Kultur", „Deutsche Kultur und europäische Identität", „Deutsch-deutscher Kulturaustausch", waren durchaus angetan, eine interessante Diskussion über den unseligen Zustand Deutschlands vier Jahrzehnte nach Kriegsende zu entfachen.

Denn daß es für den Bestand der Nation nicht gut sein kann, wenn die Bundesbürger aus der deutschen Geschichte aussteigen und der SED-Staat seine Untertanen zunehmend auf preußisch-deutsche Traditionen verpflichtet, ist leicht einzusehen. Da muß es wohl an den Referenten und den Diskussionsteilnehmern gelegen haben, daß das Tagungsergebnis in Goslar so mager ausfiel und so wenig Raum ließ für deutschlandpolitische Hoffnungen.

Mißtrauen war angebracht, wenn etwa, so von dem Theatermann Günther Beelitz, von der deutsch-deutschen „Verantwortungsgemeinschaft" gesprochen wurde oder wenn das fragwürdige Kulturabkommen, das am 6. Mai unterzeichnet werden soll und von der SED-Führung zur Niederhaltung der intellektuellen Opposition mißbraucht werden wird, mit höchstem Entspannungsjubel bedacht wurde.

Eine Peinlichkeit besonderer Art muß noch erwähnt werden. Neben dem Schriftsteller Erich Loest, der sieben Jahre im Zuchthaus Bautzen gefangen war, hatte man Klaus Höpcke, den stellvertretenden „DDR"-Kulturminister, der zum Glück nicht erschien, eingeladen. Das ist etwa so, als ob die deutschen Emigranten in Paris 1935 Alfred Rosenberg zur Diskussion gebeten hätten.

Das Urheberrecht und die Berner Konvention – Eine Tagung in Heidelberg

Raubkopierer sind unter uns

Da Heidelbergs Universität in diesem Jahr ihren 600. Geburtstag begeht, luden der Börsenverein des Deutschen Buchhandels und die Internationale Verleger-Union rund 300 Fachleute aus aller Welt an den Neckar ein, um dort gleich noch ein weiteres Jubiläum zu feiern: Im September wird die „Berner Konvention" 100 Jahre alt. Sie schützt das geistige Eigentum in mittlerweile 76 Staaten.

Grund zum Jubel also? Man hörte viel von „Krise". Das zweite Jahrhundert werde schwieriger, hieß es. Soweit sich die anwesenden Verleger vor dem Mikrophon äußerten, waren sie größtenteils aber schon jetzt aus tiefstem Herzen bekümmert. Man ist dies indes bei ihnen gewohnt, sie sind die eigentlichen Kassandren der modernen Welt.

Am meisten Grund zur Klage haben derzeit die Musikverleger. Zwar gibt es international Bemühungen, die Platten-Piraterie einzudämmen, doch die Erfolge sind dabei eher punktuell. Die Probleme haben sich im übrigen inzwischen verschoben. Es wird nicht einmal mehr als Kavaliersdelikt empfunden, wenn der ansonsten gesetzestreue Bürger auf Tonband überspielt.

Hollands Verleger haben zur Selbsthilfe gegriffen

So war die seit letztem Jahr gültige Regelung in der Bundesrepublik wohl das Optimum des Erreichbaren: Auf Geräte wie Leerkassetten werden schon beim Kauf Abgaben aufgeschlagen, als Entgelt dafür, daß mit eben diesem Gerät und eben dieser Kassette höchstwahrscheinlich geschützte Werke irgendwann aufgezeichnet, damit Urheberrechte verletzt werden. Auch das Fotokopieren von Noten ist in der Bundesrepublik inzwischen verboten. Nicht nur die Verleger fragen sich indes, wie dieses Verbot überprüft werden soll.

Der Urheberrechtsschutz leidet weltweit darunter, daß die technische Entwicklung immer schneller vorauseilt. Was soll etwa bei Satellitenübertragungen an juristischen Vorkehrungen getroffen werden? Wie und wo werden sie registriert? Dort, wo die Sendemasten stehen? Oder ist das Land zuständig, über dem der Satellit schwebt? Dabei kann es um Milliardenbeträge gehen.

Ein Entwicklungsland am Äquator wird zu Schleuderpreisen Lizenzen vergeben. Man wird das Problem nicht so glatt lösen können wie im Bereich der Schallplatte. Dort gibt es ebenfalls billige Lizenzländer, doch wird von Fall zu Fall an den Grenzen für die eingeführten schwarzen Scheiben ein Differenzbetrag „nacherhoben".

Was den Buchmarkt betrifft, wurden in Heidelberg zwei wichtige Fragen gar nicht angesprochen. Zwar gilt seit einer in Rom 1928 vorgenommenen Nachbesserung der „Berner Konvention" ein „droit moral"; der Autor kann sich seither zur Wehr setzen, wenn sein Werk entstellt wird. Doch die Praxis auch in der Bundesrepublik sieht vielfach anders aus. Bei Taschenbuchkrimis etwa gilt es als Selbstverständlichkeit, daß hart gekürzt wird, dem durchschnittlichen Umfang der Bände einer Reihe entsprechend. Bis vor wenigen Jahren war so kaum ein Roman Dorothy Sayers' in halbwegs authentischer Fassung auf deutsch als Taschenbuch erhältlich.

Bundesjustizminister Engelhard wies in Heidelberg darauf hin, daß eine Reihe von Mitgliedsländern der Konvention Festlegungen unterlaufen, indem sie Schlupflöcher schaffen oder gesetzliche Teilregelungen nicht vornehmen. So scheint etwa Frankreich nicht bereit, gegen das Fotokopier-Unwesen einzuschreiten, obwohl die Stockholmer Revision der Konvention (1967) dazu verpflichtet.

Die Bundesrepublik hat sich dabei immerhin bis 1985 Zeit gelassen. Die Niederlande schufen zwar Anfang der siebziger Jahre die gesetzlichen Grundlagen, versäumten aber, eine für die Abwicklung zuständige Institution zu autorisieren. Erst im Februar 1986 ist das Versäumnis ausgebügelt worden. Bis die Lösung greift, wird aber Zeit verstreichen.

So sind Hollands Verleger in den letzten Wochen zur Selbsthilfe übergegangen. Alle Universitäten des Königreiches entpuppten sich als Sünder. Ohne auch nur einen Gulden zu bezahlen, stellen sie auf fotomechanischem Weg Materialsammlungen her, was die Bereitschaft der Studenten gegen Null sinken läßt, sich die Originalwerke zu kaufen. Die Verleger erwarben 400 dieser Reader in einer Zufallsauswahl. Sollten die Universitäten nicht zu Ausgleichszahlungen bereit sein, werden die Gerichte sprechen müssen.

Rechtsanwalt Nordemann, ein international geschätzter Fachmann, ist auch mit der deutschen Regelung nicht ganz zufrieden. Generell wird in der Bundesrepublik eine Abgabe auf Fotokopiergeräte erhoben, die um so höher ist, je mehr Kopien von einem Apparat in der Minute zu ziehen sind. Hinzu kommt eine „Betreibervergütung" bei „Großkopierern", also bei Bibliotheken, Schulen und Kopierläden. Die DIN-A-4-Seite verteuert sich dabei in der Regel um zwei Pfennige.

Hier dürfen sich Autoren aufs Naturrecht berufen

Laut „Infratest" werden in der Bundesrepublik jährlich etwa 25 Milliarden Fotokopien hergestellt, etwa 20 Prozent nach gedruckten, also geschützten Vorlagen. Die öffentliche Verwaltung ist besonders eifrig beim Kopieren; auf sie entfallen rund 30 Prozent. Entsprechend groß war in Heidelberg der Unmut, daß neben der Wirtschaft auch die Verwaltung von der „Betreibervergütung" befreit ist.

Unter den Mitgliedsländern der „Berner Konvention" fehlen die USA, die Sowjetunion und China. Die Vereinigten Staaten sind einem „Welturheberrechtsabkommen" der Unesco (1952) beigetreten, China konnte sich auch dazu nicht entschließen. Die Sowjetunion hat sich nach einigem Zögern angeschlossen. Die Unterschiede zur „Berner Konvention" sind erheblich. Wird dort beispielsweise ein Schutz auf 50 Jahre nach dem Tod des Autors eingeräumt, so gewährt das „Abkommen" nur 25 Jahre. Viele Länder sind Doppelmitglieder. Eine der Folgen: Ein britischer Autor ist in der Bundesrepublik 50 Jahre geschützt, ein russischer nur 25.

Amerika scheint nun beitrittswillig. Sein Zögern hatte rechtssystematische Gründe. Das Urheberrecht ist in den USA Teil des Patentrechts, es müssen also in jedem einzelnen Fall Exemplare hinterlegt und „angemeldet" werden. Dagegen gehen Europa und mit ihm die „Berner Konvention" von einem naturrechtlichen Anspruch des Urhebers aus, der keiner Formalien bedarf.

PAUL F. REITZE



Aus den Jahren eines revolutionären Kunst-Aufbruchs: „Porträt Larionow" (1913) von Natalija Gontscharowa FOTO: KATALOG

Kunsthalle Köln: Russische Avantgarde 1910–1930

Radikale Karo-Buben

Wer in letzter Zeit die Ausstellungen der Galerie Gmurzynska gesehen hat, kennt ein Gutteil der Bilder, die jetzt als Sammlung Ludwig unter dem Titel „Russische Avantgarde 1910–1930" in der Kölner Kunsthalle versammelt sind. Einige andere stammen aus der Sammlung Costakis, und einigermaßen erstaunt begegnet man auch Bildern wieder, die man erst unlängst in der Privatsammlung des soeben verabschiedeten sowjetischen Botschafters Wladimir Semjonow kennengelernt hat. Einer bekannten Neigung des Sammlers Ludwig entsprechend tendiert auch diese Kollektion zur Quantität; sie umfaßt 300 Arbeiten von 50 Künstlern, die mit mehr oder weniger Berechtigung zur „russischen Avantgarde" jener Jahrzehnte gezählt werden können. Allerdings, Wladimir Tatlin, der Erfinder des Konstruktivismus, fehlt in Ludwigs Sammlung. Dafür fanden Mitläufer der kurzlebigen Revolution Platz, und Malewitsch, dem Erfinder des Suprematismus, wurde ein ganzer Saal allein für seine Zeichnungen eingeräumt, ebenso den Fotos von Alexander Rodtschenko; sie haben es verdient.

Rodtschenko zählte mit Tatlin, Lissitzkij und den Brüdern Pevsner (die man hier ebenfalls vermißt) zu den wichtigsten Protagonisten des osteuropäischen Konstruktivismus, bevor er, 1921, mit Ossip Brik das „Ende der Staffeleimalerei" proklamierte und sich der Typografie, der Plakatgestaltung, plastischen „Raumkonstruktionen" und der Fotografie zuwandte. Vor allem akzeptierte er, im Gegensatz zu den „Kunstphotographen" seiner Zeit, das Objekt so, wie es sich darbietet. Aber es war ihm nicht Selbstzweck. Vor der Bildgestaltung stand für ihn die Idee des Bildes. Sie war ihm Anlaß zu ungewöhnlichen Kompositionen und Perspektiven. Diese erreichte er durch Veränderungen des Blickwinkels, Verlagerung der Achsen, durch die Verbannung der „Bildoptik vom Nabel aus". So entstanden Landschafts- und Städtebilder, lebendige Bewegungsaufnahmen vom Sport, vom Zirkus, von der Straße und vom Arbeitsplatz. Am eindringlichsten allerdings wirken dennoch seine zahlreichen Porträts.

Die Zeichnungen Malewitschs führen noch am ehesten zum Verständnis seines radikalen Suprematismus. Sie zeigen die Entstehung seiner simplen Formen aus den Grundelementen Quadrat und Kreis. Seine frühen Bilder lassen, ebenso wie die frühen Arbeiten Kandinskys, allerdings vermuten, daß er als gegenständlicher Maler niemals reüssiert hätte (obgleich er später zur Gegenständlichkeit zurückgekehrt ist). Dasselbe gilt von Larionow, der von Glück sagen konnte, daß ihm die Idee des „Rayonismus" einfiel, durch den er sich einen Namen machte, nachdem er sich bereits in mehreren Ismen versucht hatte. Das tat zwar auch seine Frau Natalija Gontscharowa, doch sie war ihm in allen „Stilen" überlegen.

Die Zahl der Ismen wetteiferte in jenen Jahren der revolutionären Experimente in Rußland mit der wachsenden Zahl der Künstlergruppen und Zeitschriften, die wild ins Kraut schossen, ob sie nun „Karo-Bube", „Eselsschwanz", „Zielscheibe" oder „Union der Jugend" hießen. Der Rayonismus war eine Mischung aus Kubismus, Futurismus und Orphismus; er blieb Episode wie der Kubo-Futurismus und der Tubo-Kubismus. Die Ingredienzien dieser Mischungen lassen an ihrer westlichen Herkunft keinen Zweifel. Hinzu kamen als original-russische Beigaben ein theoretisierender Radikalismus und Rudimente einer primitiv-dekorativen Folklorekunst.

Allerdings machte die russische Kunst damals nicht, wie Meier-Graefe meinte, einen „großen Sprung von der Ikone zu Kandinsky"; Vorläufer der „Wende" gab es schon. In Rußland schwelte Revolutionsstimmung und entzündete einen Avantgardismus, der sich im Einklang glaubte mit der roten Revolution und diese ebenso im Einklang mit der „revolutionären" Kunst. Daß dies ein fataler Irrtum war, wurde alsbald offenkundig. Die Avantgardisten emigrierten größtenteils in das westliche Europa, ans Bauhaus in Weimar, nach Berlin und Paris, wo es Puni bis zum Ritter der Ehrenlegion brachte.

Die in der Sowjetunion blieben, mußten umlernen und sich anpassen (und brachten es womöglich zum Verdienten Künstler der UdSSR). Auch diese hat Peter Ludwig in Mengen gekauft; aber das ist eine andere Abteilung seiner Sammlung und gehört nicht hierher. (Bis 11. Mai; Katalog 34 Mark).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Zentrale Forschungsstelle für jüdisches Kulturgut

lbn, Berlin

Nicht nur den künstlerischen Nachlaß ihres Mannes, des Intendanten Fritz Wisten, sondern auch seine umfangreiche Dokumentation über den „Jüdischen Kulturbund" hat die Witwe Trude Wisten als Stiftung dem Archiv der Akademie der Künste zugesagt. Diese vor den Nationalsozialisten gerettete Dokumentation soll zusammen mit der aus New York kommenden jiddischen Literatur von Samuel Lewin den Grundstock für den Aufbau einer zentralen Forschungsstelle jüdischen Kulturgutes in Berlin bilden.

Größte nationale Buchmesse Chinas

dpa, Peking

Eine Woche nach der Eröffnung in Peking ist Chinas bisher größte nationale Buchmesse, an der sich über 300 Verlage mit rund 35 000 Titeln beteiligen, für die Organisatoren angesichts der Besuchermassen mehr ein Alptraum als ein kommerzielles Vergnügen. In Umfang und Vielfalt spiegelt die Ausstellung, der im September die erste internationale Buchmesse der Volksrepublik folgen soll, die Entwicklung des chinesischen Buchmarktes. „Unsere Buchproduktion ist jetzt mehr darauf gerichtet, Wissen zu vermitteln als die Durchführung einer bestimmten politischen Richtung abzusichern", heißt es aus dem staatlichen Verlagsamt in Peking. Die Zahl der Verlage hat sich seit 1979 von 129 auf 416 vermehrt.

Ein Kulturbüro für Nordrhein-Westfalen

lnw, Dortmund

Rund 400 Künstler und Kulturgruppen aus Nordrhein-Westfalen haben in Dortmund ein „Kulturbüro NW" gegründet. Die Einrichtung wurde vom Land mit 150 000 Mark für die Förderung von Projekten der freien Kulturszene ausgestattet. Damit sollen zunächst ein Filmfest in Bonn, ein Landesrockfestival in Dortmund, ein bundesweites Treffen von „alternativen" Blasorchestern und eine „Gaudi-Max" in der Universitätsstadt Aachen unterstützt werden.

Festival zu Ehren von Leonard Bernstein

J. St. London

Ein Festival zu Ehren von Leonard Bernstein als Komponisten findet von heute an bis zum 11. Mai im Londoner Barbican Centre statt. Zu den zehn Werken Bernsteins, die gespielt werden, zählen auch die weniger bekannten Symphonien Nr. 1 „Jeremiah" und Nr. 2 „The Age of Anxiety". Eine „Royal Gala", an der die Königin teilnehmen wird, dirigiert Bernstein selbst.

Literatur ab 100 Franken oder Wer bietet mehr?

DW. Zürich

Die Schweizer Literaturzeitschrift „orte" erscheint, von Werner Bucher herausgegeben, bereits im elften Jahr. Sie ist eine ansprechende, lebendige Zeitschrift, zudem eine der etablierten Organe dieser Art auf dem deutschsprachigen Markt. Dennoch muß sie zusehen, wie sie finanziell über die Runden kommt. Neuester Coup: Originalmanuskripte und -bilder werden versteigert, und zwar die, die in der jetzt erschienenen Nr. 54 (64 S., 7,50 sfr) abgedruckt sind. Von 100 Franken an aufwärts können Texte bzw. Grafiken von Urs Berner, Silvio Blatter, Claus Bremer, Christoph Geiser, Hanna Johansen, Ingeborg Kaiser, Gerhard Meier, Silja Walter u. a. telefonisch oder brieflich ersteigert werden: CH-8033 Zürich, Postfach 2028, Tel. 00411 / 3630234.

Ballettszene der „DDR": Wieviel Rock ist möglich?

Einbruch der Wölfe

Bekanntlich leiden die „DDR"-Bühnen unter dem Rückgang der Besucherzahlen. Deshalb wird an den Theatern nach Wegen gesucht, um vor allem Jugendliche als neue Zuschauer zu gewinnen.

Vor diesem Hintergrund muß die „DDR"-Erstaufführung einer ungarischen „Rock-Fantasie" mit dem Titel „Wölfe" am Nationaltheater Weimar gesehen werden. Mit diesem interessanten Stück (Musik: Matyas Varkony, Libretto: Eva Reinthaller) wurde in der „DDR" erstmalig das Experiment gewagt, ein Theaterballett nach Rock-Musik auf die Bühne zu bringen. Der Anfang der Geschichte verdeutlicht ein Lebensgefühl, das auch unter jungen Leuten im System des real existierenden Sozialismus weit verbreitet ist – die Angst vor einem atomaren Inferno.

Im Vordergrund der Bühne steht eine Menschengruppe. Ein Blitz zerreißt die Landschaft. Im Hintergrund versinkt eine Stadt. Der Atompilz wächst ins Überdimensionale, und die meisten Menschen werden getötet. Den Atomkrieg überlebt haben einige um die nackte Existenz ringende, überwiegend junge Leute, die, total verroht, alle moralischen Werte verloren haben und sich als Raubtiere gebärden. Unter ihnen befinden sich ein Mädchen, das von dem Hordenführer unter der Begeisterung der Menge sexuell mißbraucht wird, und ein Junge, der seine Liebe für das Mädchen entdeckt. Trotz Gewalt, Demütigungen und Trostlosigkeit erleben die beiden an sich und durch die positive Haltung eines alten Mannes wiedergeborene Menschlichkeit.

Dieses Ballett, für das Giselher Pilz ein beeindruckendes Bühnenbild schuf, hat unter den Zuschauern unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Fachleute bemängelten zu Recht, daß die stark akzentuierte, in den Jahren 1981/82 entstandene Musik „in ihrem Sound leider schon etwas Antiquiertes" habe und daß es den „DDR"-Theatern an „Erfahrung mangelt", um Rock-Stücke überzeugend auf die Bühne zu bringen. Wörtlich schrieb der Ostberliner Kritiker Martin G. Butter: „Manche Szenen geraten bis unter das durchschnittliche Niveau von Popgymnastik mit Showtanzelementen und unterstreichen nicht ausreichend das erregende Anliegen des Geschehens."

SED-Kulturfunktionäre zeigten sich empört über den „brutalen Inhalt" und die „pessimistische Aussage" der ungarischen Rock-Fantasie. Andere wettern ja bereits seit Jahren gegen alles, was in dem Ruch des experimentellen Musiktheaters steht. So warnte Karl Kayser, Vizepräsident des Verbandes der Theaterschaffenden der „DDR", seine Kollegen vor der „Gefahr, sich vom Zufälligen, von der Mode" bestimmen zu lassen. Wörtlich schrieb er in der Ostberliner Zeitschrift „Theater der Zeit": „Moden hat es im bürgerlichen Theaterbetrieb schon viele gegeben. Sie wechselten von Zeit zu Zeit, und das Theater dieses Landes hat noch nie vom Nachvollzug dieser Moden profitiert."

Völlig entgegengesetzt reagierten bislang die überwiegend jugendlichen Besucher, die teilweise aus anderen Bezirken und Städten der „DDR" anreisten, um das Stück zu sehen. So mußte die Ostberliner Fachzeitschrift „Musik und Gesellschaft" zugeben, „daß diese Art Tanztheater unter jungen Menschen gefragt ist", was „die restlos ausverkaufte dritte Vorstellung und die ungewöhnlich lange Schlange noch auf Karten Hoffender an der Theaterkasse bewiesen" hätten. Auch die nachfolgenden Aufführungen fanden vor einem dicht besetzten Zuschauerraum statt. Den Rock-„Wölfen" ist ganz offenbar ein Einbruch in die sozialistische Gegenwartsdramatik gelungen.

HARALD BUDDE

Neuer Michael Frayn: „Wohltäter" in Mannheim

Häuschen mit 50 Etagen

David ist Architekt, seine Frau Jane Anthropologin, er glaubt, ein Gespür für die Zeichen der Zeit zu haben, sie auch, und beide unterhalten gemeinsam ein erfolgreiches Planungsbüro – sie allerdings ist nur halbtags dabei, denn der Haushalt will auch versorgt sein. Als es darum geht, aus der heruntergekommenen „Wasuto Road" wieder etwas zu machen, sind David und Jane sofort zur Stelle – „Facelifting für London".

Eine Zweifamilienhaus-Idylle schwebt ihnen vor. Doch kaum melden sich die ersten Zweifel an der Rentabilität des großen Projekts, da beginnt David auch schon, ganz entgegen seinen alten Vorsätzen, in die Höhe zu planen. Zunächst ist von sieben Stockwerken die Rede, bald schon von 18, am Ende denkt er an Wohntürme von 50 Etagen und mehr.

Colin, der dritte in dem Viererbunde, ist examinierter Altphilologe, doch so richtig gut gelaufen ist es bei ihm nie, er hat sich zeitweise in Lugano als Englischlehrer durchgeschlagen und arbeitet jetzt als Journalist bei einer Frauenzeitschrift. Seine Frau Sheila war mal Krankenschwester, inzwischen aber ist sie nichts mehr und benimmt sich auch so. Die beiden kleben wie die Kletten an David und Jane, und die wiederum dulden sie gnädig als eine Art lästigen Bestandteil des eigenen Haushalts.

Colin und Sheila sind die lebenden Antithesen zu David und Jane. Als David noch gegen Hochhäuser ist, ist Colin dafür, als David seinen architekturideologischen Schwenk vollzieht, schwenkt auch Colin und gründet eine Bürgerinitiative zur Erhaltung alter Häuser. Am Ende liegt David mit seinen Wolkenkratzerträumen auf der Nase und wendet sich wieder dem Haushalt zu, seine Frau Jane hingegen ist auf Grund einer rechtzeitigen Verbindung zur alternativen Szene jetzt ganz groß im Geschäft, während Colin trotz einer zeitweise spektakulären Karriere als Hausbesetzer und Hochhausdesparado doch wieder glücklos ins Abseits rutscht.

In Michael Frayns Komödie „Wohltäter", die jetzt am Mannheimer Nationaltheater ihre mit viel Beifall aufgenommene deutsche Erstaufführung erlebte, regiert das Prinzip der zuckersüß verpackten Absurdität. Das Leben erscheint wie eine unausgesetzte Rebellion gegen alles Logische und Absehbare. Doch um dieser Freude am Durcheinander zu frönen, bedient sich der Brite Frayn der ganz festgefügten Mittel und Konventionen des in England ja auf eine stolze Tradition zurückblickenden Konversationstheaters – mit einem durch süffisante Erinnerungsmonologe der Protagonisten verknüpften Rückblendennetz und einem unverhohlen auch nach dem wohlfeilen Lacher schielenden Plauderton im Kabarettstil. Aber auch wenn Frayn alle harmonisierenden Wendungen und jegliche melodramatischen Effekte unterläuft, man wird den Verdacht nicht los, als hätten sich hier Witz und Raffinesse doch wieder bloß zu dem Zwecke zusammengetan, dem Entertainment eine weitere Variante hinzuzugewinnen.

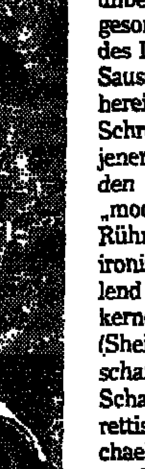
Jürgen Bosse hat sich in seiner Mannheimer Inszenierung zwar um Pep und Schwung bemüht, das Stück aber trotzdem zu ernst genommen. Er will den Figuren einen realistischen Gestus geben, was sich allerdings in erster Linie darin äußert, daß dieses plackende An-der-Rampe-entlang-Gesteppe, das manche Textpassagen nahelegen, an Tempo verliert. Das Stück wird dadurch natürlich nicht besser, es legt nur um so krasser seine Schwächen bloß.

Dennoch ist auch in Mannheim für unbeschwerte zweieinhalb Stunden gesorgt. Claus Boysen ist in der Rolle des David eine mitreißende, stets im Sauseschritt durch die Türfassungen hereinfegende Machertype, Karin Schroeder trifft als seine Frau Jane jenen besserwisserisch herablassenden Ton, den man mit dem Label „moderne Frau" verbindet, Peter Rühring ist ein bis zum Sarkasmus ironischer, auch schon mal augenrollend mit dem Publikum herumschäkernder Colin, und Eva Derleder (Sheila) stiftet auch bald Freundschaft mit dem Zuschauer. Die Schauspieler als Plauderer und Kabarettisten – der Unterhaltungsprofi Michael Frayn läßt ihnen keinen größeren Spielraum.

JENS FREDERIKSEN

Nächste Aufführungen: 30. April, 6. u. 9. Mai, Kartenvorbestellung: 0621 / 24 844





Profi in Sachen Komödie: Michael Frayn FOTO: CAMERA PRESS

KULTURNOTIZEN

„Heinz Piontek – Wurzeln und Werk eines Dichters aus Oberschlesien" heißt die Ausstellung, die das Haus Schlesien in Königswinter bis 22. Mai zeigt.

Das Orchester der Uni Michigan sagte seine Teilnahme am Musikfestival von Evian (8. bis 18. Mai) aus Sorge vor Terroranschlägen ab.

Skulpturen von Düsseldorfer Künstlern stellt bis 1. Juni der Kölner Kunstverein vor.

Günter Neuhold übernimmt in der kommenden Saison die Leitung der Königlichen Philharmoniker von Flandern in Antwerpen.

Die Rüstkammer des Kreml in Moskau, eines der ältesten russischen Museen, ist nach Renovierungsarbeiten wieder geöffnet.

Das „International Youth Festival" in Aberdeen findet vom 30. Juli bis 9. August statt.

Christoph Schlotterer, der geschäftsführende Gesellschafter des Carl Hanser Verlages, München, ist im Alter von 48 Jahren gestorben.

Bessie Love, amerikanische Filmschauspielerin von der Stummfilmzeit bis in die 80er Jahre, verstarb 87jährig in London.

„Spielen in der Schule": Lehrer von Internaten trafen sich in Hinterzarten

Fernab vom Nürnberger Trichter

Die fünfte Klasse, hatten ihre Lehrer erklärt, ist ein streitsüchtiger Haufen, mit dem man nichts anfangen kann. Sie hören nicht zu. Sie lernen nichts, sie prügeln sich nur.

Die damals elfjährigen Raufbolde (und -boldinnen) des Landerziehungsheims Birklehof in Hinterzarten (Schwarzwald) sind längst erwachsene und friedliebende Leute geworden. Damals aber waren sie für den Schulleiter ein Problem, das er der zuständigen Stelle weitergab: der Schulpsychologin Benita Baublebsky. Die dachte eine Weile scharf nach und erfand dann die „Spielstunde", die seitdem zum festen Bestandteil des Unterstufenunterrichts gehört und auch von anderen Schulen adoptiert wurde. Mit pädagogischen Spielen, mit denen die 5. bis 7. Klasse täglich ihren Schultag beginnt, werden Ängste und Aggressionen erst „überspielt" und dann vergessen.

„Spielen in der Schule" hieß jetzt ein dreitägiges Lehrerseminar, das Otto Seydel, Leiter der „Pädagogischen Arbeitsstelle der Vereinigung deutscher Landerziehungsheime" auf dem Birklehof veranstaltet hat. „Anglotzen", „Fangen mit Befreiung", „Blindspiele", das waren Themen, mit denen sich Lehrer aus acht der 16 deutschen Landerziehungsheime auseinandergesetzt haben. Sie haben Spiele ausprobiert und sich dabei wie die Kinder amüsiert. Allerdings ist es viel einfacher, mit Lehrern zu spielen, denn Elf- bis 13jährige sind heute „cool" und halten Spiele für Kleinkinderkram, weit unter ihrer Würde.

Die Schule, meinen viele Lehrer, fungiere als Nürnberger Trichter, der immer mehr Quantität liefern müsse, deshalb wachse eine Kindergeneration heran, die kaum noch zu spielen wisse und selten heiter und friedlich mit Gleichaltrigen umgehen könne. Die öffentliche Schule, die immer wissenschaftsbetonter werde und immer fester in die Hände der Verwaltung geriete, vermöchte das nicht auszugleichen. Aber die Landerziehungsheime, deren erste am Ende des 19. Jahrhunderts im Geist der Jugendbewegung von Hermann Lietz geschaffen wurde, könnten das, meinte man auf dem Birklehof.

Aber wer gibt sein Kind gern fort? Wer kann die Internatskosten bezahlen? Und wer garantiert, daß die verlockenden Prospekte von alten Klöstern, Schlössern und anderen stattlichen Gebäuden in schöner Landschaft, die neben dem staatlich anerkannten Abitur so vieles verheißen, nicht zuviel versprechen?

Jedes der deutschen Landerziehungsheime hat ein eigenes Profil. Meist von gemeinnützigen Vereinen getragen, werden sie, die zunächst als Gegenbewegung zu den öffentlichen Schulen entstanden waren, heute als ihre Alternative betrachtet und (dürftig) vom Staat subventioniert. In der Gemeinschaft von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in einem Internat lernt man Geduld, Verständnis und Verantwortungsgefühl für die anderen. Dabei sind diese Schulen keine Inseln, die vor den Problemen der Zeit verschlossen und gegen sie gefeit sind.

Aber sie eröffnen die Möglichkeit eines ruhigen Lernens und Reifens, die die von kulturpolitischen Experimenten beunruhigten Schulen häufig nicht mehr bieten. Die „Spielstunde" gehört notwendig dazu.

MONIKA von ZITZEWITZ

Die Bundesbahn hüllt sich in Schweigen

Geheimnistuerei um „Krätze-Waggons" aus der Sowjetunion

D. GURATZSCH, Frankfurt

Über die geheimnisvolle Fahrt mehrerer Güterzüge mit Aluminiumkrätze (Abfallprodukt bei der Aluminiumschmelze) aus der Sowjetunion quer durch die Bundesrepublik hüllt sich die Deutsche Bundesbahn in undurchdringliches Schweigen. Seit mehr als drei Monaten hatte sich das Bundesunternehmen als „Frachtführer" vergeblich um einen Abnehmer der unliebsamen Fracht bemüht, die beim Hinzutreten von Feuchtigkeit lästige, womöglich giftige Dämpfe abgeben soll.

Jetzt soll ein Interessent im europäischen Ausland gefunden worden sein. Aufschluß über Abnehmerfirma und -land sowie über die Fahrtroute der zunächst 69 abgezogenen Waggons mochte die Bundesbahn jedoch auch drei Tage nach Beginn der Fahrt gestern in Frankfurt nicht geben.

Über die „Krätze-Waggons", die ursprünglich für ein Unternehmen im niedersächsischen Landwehrhagen bestimmt gewesen waren, dem jedoch Transport, Lagerung und Weiterverarbeitung des Materials aus Gründen des Umweltschutzes untersagt worden sind, liefern sich Behörden, betroffene Bevölkerung und Bundesbahn seit Wochen einen heftigen Streit. Wegen der Abstellung der zunächst *nicht einmal* abgedeckten Fracht *mitten* in Wohngebieten kam es zuerst in Kassel zu politischen Kontroversen. Zuletzt stellte in der vergangenen Woche der Magistrat von Rotenburg bei Hersfeld sogar Strafanzeige gegen die Bundesbahn, die 101 Krätze-Waggons im Stadtteil Lispenhausen des Luftkurorts abgestellt hatte.

Rotenburgs Bürgermeister Hans-Joachim Gleich (CDU) ist denn auch der einzige, der etwas über das Bestimmungsland der Alu-Krätze sagen mochte, die bei Deponierung oder Zwischenlagerung als „Sondermüll" eingestuft wird, sonst aber als „Wirtschaftsgut" gilt. Nach seinen Worten sind die Waggons nach Holland gebracht worden, von wo aus die Fracht die Reise nach Finnland antreten soll.

Dazu die Bundesbahn: „Das können wir nicht bestätigen. Der Kunde hat uns um Diskretion gebeten." Auch auf die Frage, ob eine ordnungsgemäße Entsorgung der Krätze sichergestellt sei, antwortete Bundesbahnsprecher Stadler gestern gereizt: „Das kann ich nicht sagen, woher soll ich das wissen." Das hessische Umweltministerium erhielt laut Angaben einer Sprecherin die Auskunft: „Das geht Sie nichts an." Auch zu Gerüchten, daß weitere Güterzüge mit Krätze-Waggons in der „DDR" auf Überführung warteten, antwortete die Bundesbahn *lakonisch*: „Keine Auskunft".

Wie sicher sind „Twins"?

SPD-Anfrage zu Atlantikflügen von zweistrahligen Jets

D. G. Bonn

Wer an Langstreckenflüge mit vierstrahligen Jets oder wenigstens dreimotorigen Maschinen gewöhnt ist, dem könnten im zweistrahligen Flugzeug etwa auf der Amerikaroute Sicherheitsbedenken kommen. Immer häufiger werden diese Muster vom Typ Boeing 767-200 und Airbus A 310 auf der Strecke über den Atlantik eingesetzt oder sie kreuzen weitläufige Wüstengebiete. Sind diese „Twinjets", wie sie in der Fachsprache genannt werden, ebenso sicher und zuverlässig wie der Jumbo Boeing B 747, McDonnell Douglas DC 10 oder Lockheed L 1011 Tristar? Das will die SPD-Bundestagsfraktion von der Bundesregierung wissen. Gestern präsentierten die Sozialdemokraten eine aus 34 Einzelfragen bestehende *kleine Anfrage, die das Verkehrsministerium* innerhalb von zwei Wochen beantworten muß.

So will die SPD unter anderem wissen, welchen Gesellschaften diese Muster für Transatlantikflüge nutzen und ob auch die Deutsche Lufthansa plant, zweimotorige Maschinen im Langstreckenverkehr einzusetzen. Ob es zutreffe, wird weiter gefragt, daß diese Jets ursprünglich für den Kurz- und Mittelstreckenbereich geplant waren, und wie sie für lange Routen umgerüstet worden sind. Auch die heiklen Fragen nach der Häufigkeit von Triebwerksausfällen und sogenannten sicherheitsrelevanten Vorfällen auf Langstreckenflügen der „Twins" stehen in dem Katalog. Schließlich wird nach den Absatzchancen für den geplanten viermotorigen Langstrecken-Airbus A 340 bei *dieser Konkurrenz gefragt.*

Mit dem „Arschleder" auf der sechsten Sohle

Damals, vor drei Jahren, da blieben die ersten Stammkunden weg. Und Helmut Floer, der Wirt des „Derner Hofs" sorgte sich zu Recht, wie es denn nun weiter gehen sollte. Damals, vor drei Jahren, da warteten die Automaten des „Astro-Spielsalon" vergeblich auf die Münzen der Kumpel. Denn damals, vor drei Jahren, da kamen die ersten Gerüchte auf: „Gneisenau" wird geschlossen.

In aller Stille kam im letzten August dann wirklich der „Deckel auf den Pütt" – so heißt das im Revier, wenn wieder einmal eine Zeche stillgelegt wird. „Gneisenau" war die vorletzte *von ehemals 14 Schachtanlagen* in Dortmund. Das bedeutete nicht nur das Aus für 2400 Bergleute, sondern auch ein schleichendes Wegsterben von den Tante Emma-Läden um die Ecke, auch von den „Klümkesbuden" – das sind offiziell die Trinkhallen, die sich noch nie nach gesetzlichen Ladenschlußzeiten richteten. Wie denn auch? Wenn die Kumpels müde und durstig aus dem Schacht kamen, konnte doch niemand auf den Gedanken kommen, um 18.30 Uhr zu schließen. Aber auf die Dauer war auch die Existenz vom „Derner Hof" oder vom „Astro-Salon" gefährdet.

So wäre es wohl auch gekommen, gäbe es nicht Peter Strege. Der Mitarbeiter der Volkshochschule in Dortmund nämlich kam auf die Idee, auf „Gneisenau" ein Besucherbergwerk einzurichten. Das Vorbild dazu fand er im Nachbarland Belgien. Dort nämlich wird seit *1980* schon in der Nähe von Lüttich eine Zeche für Besucher betrieben – wenn auch nur in einer Tiefe von 60 Metern. Zwar wird keine Arbeit im Stollen gezeigt, aber *doch zieht dieser bisher in Europa* einmalige Betrieb täglich 1000 Besucher an.

„Der Besucherandrang bei uns wird größer sein, als ihn das Bergwerk bewältigen kann", blickt Dortmunds Oberbürgermeister Günter Samtlebe (SPD) hoffnungsfroh in die Zukunft. Mindestens 13 Millionen Mark werden benötigt, um „das Ding ans Laufen zu bringen" (Samtlebe). Nach seinem Wunsch sollen alle Städte des östlichen Ruhrgebiets in *die Trägerschaft der Zeche* einbezogen werden. Denn immerhin wird sie etwa fünf Millionen Mark an jährlichen Folgekosten verursachen.

Dennoch finden alle die Idee faszinierend. Den Besuchern wird nichts erspart bleiben. Weder die Rutschpartie auf dem berühmten „Arschleder", noch der Gang über ein Schleifband, Hitze, Feuchtigkeit und Kohlenstaub.

Begonnen wird in der Lohnhalle, im Steigerbüro, in der Waschkaue, Lampenstube und Hängebank. Alltag für die Bergleute – auch für die Schicht von etwa drei Dutzend Kumpel, die heute noch täglich einfährt, um die benachbarten Zechen nicht absaufen zu lassen. Wenn die Besucher in die Fahrmäntel geschlüpft sind, Handschuhe, Helme und Lampen und CO-Filter erhalten haben, geht's ab in die Tiefe – bis zur 6. Sohle.

Über ein 100 Meter langes Schleifband erreicht die Gruppe dann die zentrale Wasserhaltung. Von dort aus bringt sie der eiserne Zug, der so roh fährt wie er aussieht, zum Schacht IV in Flöz „Mausegatt". Dort erleben die Laien-Bergleute 800 Meter tief vor Ort, wie Kohle gemacht wird. Denn im Gegensatz zu Belgien wird keine Schau veranstaltet, sondern richtig Kohle gebrochen: mit modernen Abbau- und Gewinnungsanlagen, aber auch mit der Hacke, die bei aller Technik immer noch eingesetzt wird. Bei mindestens 27 Grad Celsius ein enger, staubiger und heißer Anschauungsunterricht. 60 Arbeitsplätze sollen dafür eingerichtet werden.

Der Rat der Stadt hat inzwischen alle Anträge für dieses Projekt einstimmig und wohlwollend begrüßt und die Verwaltung beauftragt, die Finanzierung sicherzustellen. Der verantwortliche Planungschef, Ralf Reetz, sagte gegenüber der WELT, er habe begründete Hoffnung, daß in diesem Herbst schon „alles klar ist".

WILM HERLYN



Eine Attraktion für das Revier: Die Zeche „Gneisenau" wird das größte Bergbaumuseum der Welt.

FOTO: DPA

Vorsicht beim Anschleppen von Kat-Autos

AP, München

Für Fahrer von startunwilligen Katalysatorautos ist beim Anschleppen Vorsicht geboten. Der ADAC wies am Montag alle Fahrer von Kat-Autos darauf hin, daß sie bei heißem Motor ihr Fahrzeug überhaupt nicht anschleppen sollten. Beim Startversuch könnte nämlich unverbrannter Kraftstoff in den 600 Grad Celsius heißen Katalysator gelangen und ihn beschädigen. Die Folgen wären, daß die optimale Abgasreinigung nicht mehr gewährleistet wäre und der Motor mit verminderter Leistung laufen würde. Bei kalter Maschine und kaltem Katalysator könne man ein Katalysatorauto dagegen problemlos anschleppen.

Tendenz leicht steigend

dpa, Bonn

Die Kriminalitätsrate in der Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr wieder leicht zugenommen. Wie aus der Kriminalstatistik 1985 hervorgeht, wurden in diesem Zeitraum 4,2 Millionen Delikte erfaßt. Dies sind zwei Prozent mehr als im Jahr davor. Damit habe sich die für 1984 erstmals seit elf Jahren festgestellte Kriminalitätsabnahme nicht wiederholt, heißt es in dem von den Innenministern des Bundes und der Länder vorgelegten Bericht. Die Gesamtkriminalität stagniere „auf hohem Stand".

Schneller Schneckenesser

AFP, Dijon

Mit 203 Schnecken binnen 15 Minuten hat der Franzose Robert Benoit den Schneckenesser-Wettbewerb gewonnen, der alle zwei Jahre in dem Dorf Bassou in der Nähe von Dijon veranstaltet wird. Der Arbeiter schluckte alle viereinhalb Sekunden eine Schnecke.

600 000 Mark für Oldtimer

AFP, Paris

1,9 Millionen Franc (über 600 000 Mark) hat ein „Atalante"-Modell von Bugatti aus dem Jahr 1935 bei einer Versteigerung edler Oldtimer in Fontainebleau erzielt. Der neue französische Besitzer des Luxusfahrzeugs, dessen Karosserie von Gangloff entworfen wurde, wollte anonym bleiben.

Familientragödie

dpa, Mitwitz

Ein 23jähriger Kraftfahrzeugmechaniker hat in der oberfränkischen Gemeinde Mitwitz (Landkreis Kronach) seinen 21 Monate alten Sohn und sich selbst erhängt. Die 21jährige Ehefrau und Mutter entdeckte die Toten, als sie gegen 23.30 Uhr in die Wohnung zurückkehrte. Sie hatte in Coburg eine Operettenaufführung besucht.

Zwei Deutsche erstochen

AP, Al Hoceima/Marokko

Im Zentrum der nordmarokkanischen Küstenstadt Al Hoceima sind nach Mitteilung der Polizei am Sonntag zwei deutsche Touristen von einem Mann erstochen worden, der früher Patient in einer Geistesheilanstalt gewesen sein soll. Die Namen der Erstochenen wurden mit Fritz Horst John (58) und Stephanie Schiefer (20) angegeben.

Mireille Mathieu in China

AP, Peking

Als erste französische Schlagersängerin hat Mireille Mathieu eine Konzertreise in der Volksrepublik China angetreten. Vorgesehen sind insgesamt sieben Konzerte in Peking und Shanghai. Die Eintrittskarten kosten vier Yuan (knapp drei Mark). Das entspricht ungefähr einem Tageslohn.

ZU GUTER LETZT

Ein Indonesier hat einen Hund totgebissen, der einen sechsjährigen Jungen angefallen hatte. Die Tageszeitung „Merdeka" in Jakarta berichtet, der 24 Jahre alte Reisbauer Oni habe erst mit einem Stock auf das Tier eingeschlagen und ihm dann die Kehle durchgebissen.

WETTER: Gelegentlich Regen

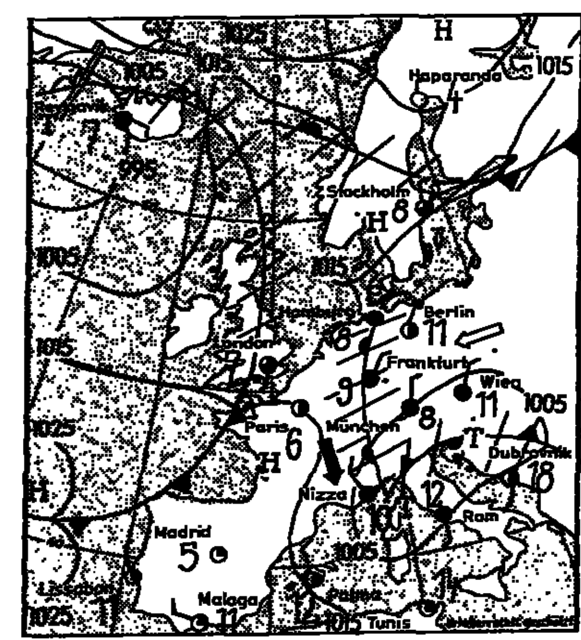
Lage: In der Höhe wird von Süden her wolkenreiche Warmluft nach Deutschland geführt. Sie kann sich nach Wochenmitte unter zunehmendem Hochdruckeinfluß bis zum Boden durchsetzen.

Vorhersage für Dienstag: Im Nordosten anfangs noch aufgelockerte, vorherrschend aber starke Bewölkung mit gelegentlichen, im Süden gebietsweise länger anhaltenden Regenfällen. Frühtemperaturen um 8, Höchstwerte 14 bis 18, im höheren Bergland um 12 Grad. Im allgemeinen schwacher Wind aus unterschiedlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Nachlassender Regen, beginnende Wolkenauflockerung und steigende Temperaturen.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.57 Uhr*, Untergang: 20.42 Uhr; **Mondaufgang:** 3.18 Uhr, Untergang: 10.36 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 29. April, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	18	be
Bielefeld	15	be
Braunlage	15	bw
Bremen	15	be
Dortmund	14	bw
Dresden	17	bw
Düsseldorf	12	bw
Erfurt	14	bd
Essen	11	bw
Feldberg/S.	2	R
Flensburg	15	be
Frankfurt/M.	16	bw
Freiburg	9	Sp
Garmisch	10	bd
Greifswald	9	bw
Hamburg	18	be
Hannover	17	bw
Kahler Asten	11	bw
Kassel	15	bw
Kempten	10	bd
Kiel	16	be
Koblenz	13	bw
Köln-Bonn	13	bw
Konstanz	9	bd
Leipzig	14	bd
List/Sylt	8	bw
Lübeck	18	be
Mannheim	15	bd
München	12	bw
Münster	11	bw
Norderney	9	bd
Nürnberg	17	bw
Oberstdorf	8	bd
Passau	18	bw
Saarbrücken	12	be
Stuttgart	11	R
Trier	11	bw
Zugspitze	-3	S

Ausland:

Algier	17	bw
Amsterdam	10	bd
Athen	21	wl
Barcelona	16	be
Belgrad	25	wl
Bordeaux	11	bd
Bozen	14	bd
Brüssel	11	bd
Budapest	24	be
Bukarest	24	be
Casablanca	16	be
Dublin	10	bw
Dubrovnik	18	bw
Edinburgh	9	R
Faro	15	bw
Florenz	15	bw
Genf	9	bw
Helsinki	16	wl
Hongkong	30	be
Innsbruck	14	bw
Istanbul	23	wl
Kairo	35	wl
Klagenfurt	14	bd
Konstanza	16	be
Kopenhagen	13	be
Korfu	23	bw
Las Palmas	18	bw
Leningrad	24	be
Lissabon	13	bw
Locarno	13	Rs
London	13	be
Los Angeles	20	wl
Luxemburg	11	bd
Madrid	11	be
Mailand	11	R
Malaga	18	be
Mallorca	14	bw
Moskau	23	be
Neapel	12	bw
New York	17	be
Nizza	12	R
Oslo	10	bw
Ostende	8	bw
Palermo	17	be
Paris	15	he
Peking	23	bw
Prag	18	he
Rhodos	24	wl
Rom	14	Sp
Salzburg	14	bd
Singapur	32	bw
Split	20	he
Stockholm	16	he
Straßburg	10	bw
Tel Aviv	26	he
Tokio	30	bd
Tunis	19	he
Valencia	18	wl
Varna	18	he
Venedig	15	bd
Warschau	23	wl
Wien	22	he
Zürich	8	bd

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Mit dem Körper sprechen lernen

ANJA-K. KEYMES, Bonn

Ein ungewöhnlicher Stundenplan wartet auf die Schüler aus dem Berufsvorbereitungslehrgang Wolfstein bei Ludwigshafen und Autun (Frankreich) im Jugenddorf Rheinpfalz in Kirchheimbolanden: Rollenspiel, Pantomime, Lebensgewohnheiten beider Nationen sind eine Woche lang die „neuen Fächer" für die 20 lerneingeschränkten Jugendlichen aus Deutschland und Frankreich. Keiner der 15- bis 17jährigen hat sprachliche Vorkenntnisse des anderen Landes.

„Ich heiße Gérard und wie heißt du?" Kichernd wirft mir der 16jährige Franzose den Ball zu. Ich fange ihn und stelle mich der Runde auf französisch vor. Gleichzeitig übersetzt Michel Mourot, pädagogischer Mitarbeiter des Jugenddorfes Rheinpfalz für die deutschen Schüler. Dann werfe ich den „Kommunikationsball" einer französischen Schülerin zu. Die Stimmung ist leicht verkrampft, wieder wird über die Aussprache gekichert.

Hemmungen abbauen

Das ist am Anfang ganz normal. Die Jugendlichen sollen lernen, während der nächsten sieben Tage ihre *(sprachlichen) Hemmungen* abzubauen. Gegenseitiges Kennenlernen und Verständigung sind Hauptziele des Seminars. Dazu gehört auch der tägliche Sprachunterricht. Die Übungen finden in binationalen Gruppen statt und bestehen aus Sprach- und Rollenspielen, in denen Alltagssituationen aufgegriffen werden, wie etwa das Begrüßen oder das Bestellen in einem Restaurant. Überdies bemühen sich die pädagogischen Mitarbeiter, auch wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge des eigenen und des Nachbarlandes zu vermitteln.

Sehr gespannt reisten die Jugendlichen, aber auch ihre Betreuer, nach Kirchheimbolanden. In der kleinen Stadt in der Pfalz trafen sich die Schüler beider Gruppen. Direkt nach dem Eintreffen wurden sie in „binationale Tandems" auf die Zimmer verteilt. „Zuerst fand ich das ziemlich blöde, mit jemandem ein Zimmer zu teilen, den man gar nicht versteht", sagte Kai (16). „Aber dann haben wir uns Bilder, Ausweise, Geldnoten und Prospekte unserer Region gezeigt, um uns kennenzulernen. Das war sehr lustig."

Nonverbale Kommunikation ist auch ein wichtiger Programmpunkt des Seminars. Mimik, Gestik und Körper sollen nach den Vorstellungen Mourots ganz bewußt als Mittel der Verständigung eingesetzt werden. Erstaunt waren die Jugendlichen über die Vielfalt der Gesten, die international verstanden werden: Sich einen Vogel *zeigen* (übrigens, in Frankreich tippt man sich nicht nur an den Kopf, sondern bohrt den Finger in die Schläfe), mit den Schultern zucken, mit dem Kopf nicken, auf das Handgelenk deuten, um die Uhrzeit zu erfragen, waren leicht zu begreifen. Nur mit Hilfe der Körpersprache machten die Schüler Berufe nach, bis die anderen die Bezeichnung erraten hatten. Zuerst wurde viel gelacht, doch während des Vorspielens wurden viele Hemmungen abgebaut. Einige, die bei den Sprachübungen noch sehr unsicher waren, tauten bei der Pantomime auf. Danach stellten binationale Gruppen die Steinzeit, Römerzeit und das Mittelalter dar. Der erste Erfolg: Die Tische beim Mittagessen waren mit gemischten Gruppen besetzt.

Chance zum Kennenlernen

Acht bis zehn Mal im Jahr werden solche Seminare abgehalten, um die deutsch-französische Verständigung zu fördern. Gerade für Jugendliche aus schwächerem sozialen Umfeld ist dieser einwöchige Kurs des Sozialpädagogischen Instituts des Jugenddorfs eine Chance, mit Gleichaltrigen des Nachbarlandes in Kontakt zu kommen und über die Lebensweise etwas zu erfahren. Durch Teamarbeit verlieren sie ihre Hemmungen und trauen sich auch mit Fremden, deren Sprache sie nicht verstehen, zu kommunizieren.

Das Jugenddorf Rheinpfalz gehört zum Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland (CJD). Das CJD ist das größte freie Bildungs- und Ausbildungswerk in der Bundesrepublik Deutschland, das jährlich rund 75 000 junge Menschen in über 100 Einrichtungen betreut.